

Preussische Allgemeine



Nr. 11 · 15. März 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Ende einer Fahndung

Nach über drei Jahrzehnten ging der Polizei die RAF-Terroristin Daniela Klette ins Netz. Bleibt die Frage, warum die Gesuchte so lange untertauchen konnte Seite 2

Interview Ungarn – „wie ein Gegenpol zur deutschen ‚Ampel‘“ Seite 3

Allenstein Ein polnisches Museum und ein preussischer Kriminalfall Seite 23

VON RENÉ NEHRING

UKRAINEKRIEG

Die Wortmeldung kam einem Tabubruch gleich. In einem Interview mit dem Schweizer Sender RSI forderte Papst Franziskus, die Ukraine solle angesichts der Lage auf den Schlachtfeldern den Mut haben, die „weiße Fahne“ zu hissen, und ein Ende des Krieges mit Russland anstreben. „Wenn man sieht, dass man besiegt wird“, so der Heilige Vater, „dass die Dinge nicht gut laufen, muss man den Mut haben zu verhandeln.“

Damit positionierte sich der Papst gegen die in der westlichen Welt vorherrschende Auffassung, dass Russland mit seinem Angriff auf die Ukraine und gegen die europäische Nachkriegsordnung auf keinen Fall durchkommen dürfe und die Ukraine den Krieg deshalb unbedingt gewinnen müsse. Franziskus stellte dieser Haltung die Frage entgegen, wie viele Tote der Krieg am Ende gefordert haben wird, und sagte in Richtung der Ukrainer, sie sollten sich nicht schämen, „zu verhandeln, bevor es noch schlimmer wird“.

Die Reaktionen kamen prompt – und fielen in Deutschland überwiegend negativ aus. Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) erklärte: „Wer von der Ukraine verlangt, sich einfach zu ergeben, gibt dem Aggressor, was er sich widerrechtlich geholt hat, und akzeptiert damit die Auslöschung der Ukraine.“ Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter schrieb auf der Internetplattform X: „Unglaublich, das Oberhaupt der katholischen Kirche stellt sich auf die Seite des Aggressors.“ Und die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann gab an, sich „als Katholik zu schämen“.

Dass sich indes auch in Deutschland der Blick auf den Ukrainekrieg wandelt, zeigt ein Artikel von Gabor Steingart, Herausgeber des Onlinedienstes „The Pioneer“. In einem Beitrag für den „Focus“ machte er sechs Gründe aus, die dafür sprächen, „dass der Westen den Krieg ver-

Der lange Weg zur Akzeptanz eines unvermeidlichen Endes

Trotz aller Beschwörungen wird immer offensichtlicher, dass die Ukraine den Krieg gegen ihr Land militärisch nicht gewinnen kann

loren gibt und versuchen wird, sich mit Wladimir Putin zu arrangieren“. Neben der Erschöpfung der Ukraine nennt er das Scheitern der Isolationsstrategie gegen Russland, den Wechsel in der Ausrichtung der USA, die Haltung des Bundeskanzlers, eine Eskalation zuzulassen, die Spaltung des konservativen Lagers und nicht zuletzt das Interesse der europäischen Wirtschaft, am Wiederaufbau der Ukraine schon bald mitverdienen zu können.

Wer sich die Aussagen des Papstes und Steingarts ansieht und diese den Äußerungen von Göring-Eckardt, Kiesewetter und Strack-Zimmermann gegenüberstellt, erkennt unschwer, dass die einen davon motiviert sind, wie die Lage ist – und die anderen davon, wie sie die Lage gern hätten.

Eine militärische Niederlage wäre nicht das Ende der Ukraine

Ein grundsätzliches Problem in der Argumentation der drei Letztgenannten – und vieler anderer, die allesamt auch zu den Befürwortern von Lieferungen des „Taurus“-Waffensystems an die Ukraine gehören – ist, dass es keine Option für eine Verbesserung der Lage der Ukraine, geschweige denn einen Sieg gibt. Zwar könnten die ukrainischen Streitkräfte den russischen Invasoren mit „Taurus“-Raketen einige heftige Schläge wie die Zerstörung der Brücke von Kertsch zufügen und sie möglicherweise auch noch eine ganze Weile in ihrem Vormarsch aufhalten, doch könnten

sie damit nicht das zu ihren Ungunsten bestehende Missverhältnis in der Zahl der Soldaten und der zur Verfügung stehenden Munition sowie auch nicht die bestehende russische Lufthoheit wettmachen.

Zur falschen Annahme, dass sich mit stärkeren Waffen das Kriegsgeschehen wenden ließe, kommt ein weiterer Denkfehler – nämlich, dass eine militärische Niederlage das dauerhafte Ende eines Staates bedeutet. Dabei liefert die Geschichte unzählige Beispiele dafür, wie Länder selbst nach katastrophalsten Niederlagen schon bald neue Aufschwünge erlebten. Der Historiker Wolfgang Schivelbusch steigt in sein Buch „Die Kultur der Niederlage“ mit dem „Untergangs- und Neugründungsmythos“ Troja ein, das fast vollständig ausgelöscht war und doch in der Person des Aeneas, der nach Italien fliehen konnte, zur Keimzelle Roms wurde.

Gerade die jüngere Geschichte hat gezeigt, dass Verlierer historischer Ereignisse und Entwicklungen schnell zurückkehren können, sofern sie aus Rückschlägen die richtigen Schlüsse ziehen. Deutschland etwa verlor in zwei Weltkriegen mehr als ein Drittel seines Staatsgebietes. Nach dem Ersten Weltkrieg sann es auf Revanche und erlebte daraufhin im Zweiten Weltkrieg einen Beinahe-Untergang. Heute ist es das politisch und ökonomisch bedeutendste Land Europas.

Das im Falle der Ukraine naheliegendste Beispiel ist der Zerfall des Warschauer

Pakts und anschließend der Sowjetunion 1989/91. Mit der Unabhängigkeit der Ostblockstaaten sowie der vormaligen Sowjetrepubliken wurde der Einflussbereich Moskaus zum Teil über 2000 Kilometer zurückgedrängt. Für die russische Politik war dieser Rückzug nicht nur eine Schmach – die umso größer war, als die Rote Armee weitestgehend kampfflos abziehen musste –, sondern er brachte unzählige Konflikte mit sich, die bis heute anhalten. Gleichwohl erlebten die Russen in den Jahren vor dem Ukrainekrieg einen zuvor nicht gekannten Aufschwung und Wohlstand.

Eine militärische Niederlage muss also keineswegs das Ende der Ukraine bedeuten. Ohnehin dürfte es für die Ukrainer lohnender sein, die immer noch vorhandene Unterstützungsbereitschaft des Westens eher in den Wiederaufbau des Landes zu lenken als in die Fortsetzung eines Krieges, den sie nicht gewinnen können.

Dass zu einer politischen Lösung auch der Kriegsgegner bereit sein muss, ist eine Binsenweisheit. Fakt ist, darauf hat diese Zeitung wiederholt verwiesen, dass auch für Russland der Krieg keineswegs positiv verläuft, womit ein Interesse an einem baldigen Ende auch auf russischer Seite denkbar erscheint. Fakt ist aber auch, dass die Alternative zu einem Verhandlungsfrieden kein ukrainischer Triumph über Russland und dessen Präsidenten sein würde – sondern das lange, aber sichere Ausbluten der Ukraine.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Wie sich Karl Lauterbach eine gefällige Ständige Impfkommission schafft Seite 4

Kultur
Preußenprinz Albrecht als Denkmalpfleger im Stammgebiet der Welfen Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Mit der jüngsten Erweiterung wird die Ostsee zu einem NATO-Binnenmeer Seite 13

Lebensstil
Wie das Stralsunder Ozeaneum seine Besucher für die Meere begeistert Seite 21



Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Schlag gegen die RAF Mit Daniela Klette wurde nach über 30 Jahren ein Mitglied der Dritten Generation der Rote Armee Fraktion gefasst. Doch wie konnte die Terroristin so lange unerkant im Untergrund leben?

Wie konnte das so lange dauern?

Mangelnde Fahndungserfolge werfen Fragen auf: Wer alles hat die Terroristen gedeckt?

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am Abend des 26. Februar verhafteten Zielfahnder des Landeskriminalamtes Niedersachsen mit Unterstützung der – im Vorfeld allerdings nicht informierten – Berliner Polizei die Terroristin Daniela Klette. Dem seit über dreißig Jahren gesuchten Mitglied der sogenannten Dritten Generation der Rote Armee Fraktion (RAF) werden außer der Mitgliedschaft in einer linksterroristischen Vereinigung noch zahlreiche weitere Straftaten vorgeworfen. Die 65-Jährige soll unter anderem an drei Sprengstoff- oder Schusswaffenattentaten auf das Technische Zentrum der Deutschen Bank, die US-amerikanische Botschaft in Bonn und die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt sowie 13 Raubüberfällen auf Geldtransporter und Supermärkte beteiligt gewesen sein. Als Mörderin kommt Klette dahingegen nach jetzigem Kenntnisstand nicht in Betracht. Doch das kann sich noch ändern, weil viele der Tötungsdelikte der RAF bis heute unaufgeklärt blieben. Das gilt besonders für die mit auffälliger Präzision und Effizienz agierende Dritte RAF-Generation.

Die Festnahme von Klette erfolgte aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung, die zumeist eine Reaktion auf die ZDF-Sendung „Aktenzeichen XY“ vom 14. Februar waren. Diese führten auf die Spur der „RAF-Rentnerin“, die unter dem Decknamen Claudia Ivone im fünften Stock eines Mietshauses in der Sebastianstraße in Berlin-Kreuzberg lebte – und das auch keineswegs zurückgezogen. So führte sie mehrmals am Tag ihren Hund aus und gab Schülern privaten Nachhilfeunterricht in Mathematik.

Außerdem war Klette auf Facebook aktiv. Dafür ließ sie sich 2011 sogar ganz ungeniert beim „Karneval der Kulturen“ fotografieren. Dazu kamen Reisen im Inland beziehungsweise ins Ausland, wobei die Ex-Terroristin über das Portal „Besser Mitfahren“ nach Mitfahrgelegenheiten suchte. Darüber hinaus gehörte Klette bis zum Beginn der Corona-Pandemie einer Gruppe an, die dem als Tanz getarnten afrobrasilianischen Kampfsport Capoeira frönte. Dies fand der kanadische Journalist Michael Colborne vom Recherchenetzwerk Bellingcat im Dezember 2023

innerhalb von nur 30 Minuten heraus, indem er Fahndungsfotos mittels der Gesichtserkennungssoftware „PimEyes“ mit Aufnahmen aus dem Internet verglich und dabei auf Bilder von Klette stieß, die bei einem Treffen des Kulturvereins Iêlembrasil entstanden waren.

Das alles legt die Frage nahe, wieso die bundesdeutschen Sicherheitsorgane Klette nicht schon viel früher fassen konnten. In erster Linie stand dabei wohl der Datenschutz im Wege, der es den Behörden nicht erlaubt, polizeiliche Daten einfach in ein privates System wie „PimEyes“ einzuspeisen. Darüber hinaus verfügte Klette offenbar über hochprofessionell gefälschte italienische Personaldokumente. Hinzu kommt, dass das gesellschaftliche Interesse an der RAF heute nur noch sehr gering ist. Hierzu sagte der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter Dirk Peglow: „Es gibt mittlerweile eine ganze Menge Menschen, die nichts mehr über die RAF wissen, geschweige denn über einzelne Personen.“

Außerdem deutet laut Peglow und der Gewerkschaft der Polizei einiges darauf hin, dass Klette Hilfe aus der gut vernetzten und global agierenden linksextremen Szene erhielt. So lebte sie in einer Sozialwohnung der Berliner Wohnungsbaugesellschaft Mitte, die von einem mittlerweile untergetauchten Deutsch-Iraner angemietet wurde. Ebenso muss ihr jemand die scheinbar italienischen Ausweispapiere beschafft haben.

Zwölf weitere gesuchte Terroristen

Die mangelnden Fahndungserfolge im Fall Klette gehen allerdings nicht nur zu Lasten der Polizeibehörden. Immerhin war auch der Verfassungsschutz mit seinen vergleichsweise großen Ressourcen und Möglichkeiten in die Suche nach den bislang noch auf freiem Fuß befindlichen RAF-Terroristen eingebunden.

Deshalb stellte der Verfasser des Buches „Das RAF-Phantom“, Gerhard Wisnewski, die Frage: „War die Frau wirklich untergetaucht, oder wurde sie etwa die

ganze lange Zeit über nicht weiterverfolgt und einfach nicht festgenommen?“ Letzteres, so Wisnewskis Mutmaßung, könnte dem Umstand geschuldet sein, dass sich unter den RAF-Mitgliedern auch V-Leute des Verfassungsschutzes befanden. Zu diesen gehörte beispielsweise Verena Becker.

Auf jeden Fall sehen manche Angehörige von RAF-Opfern nach Klettes Verhaftung wenig Anlass zur Euphorie. So sagte Michael Buback, der Sohn des 1977 ermordeten Generalbundesanwaltes Siegfried Buback: Wenn ein kanadischer Journalist Klette innerhalb von nur 30 Minuten habe aufspüren können, während die Sicherheitsbehörden hierzulande dafür mehr als 30 Jahre brauchten, „muss man sich ... ernsthafte Sorgen um die Qualität deutscher Ermittlungen machen“.

Und tatsächlich scheint es mit der Letzteren nicht weit her zu sein, denn immerhin leben derzeit noch weitere zwölf ehemalige RAF-Mitglieder unentdeckt im Untergrund.



Freiflug in den Knast: Terroristin Daniela Klette wird nach ihrer Festnahme von Bundespolizisten abgeführt

Foto: pa/Uli Deck

MORDERMITTLUNG

Selten gibt es Gewissheit über die Täter

Obwohl Daniela Klette möglicherweise keinen einzigen Mord begangen hat, nährt ihre Verhaftung die Hoffnung auf neue Erkenntnisse über die Tötungsdelikte, welche der RAF zugeschrieben werden. Denn diesbezüglich sind die Ermittler bislang wenig erfolgreich gewesen. Von den 32 Morden, die man der RAF üblicherweise anlastet, konnten nur relativ wenige vollständig aufgeklärt werden, während die Erfolgsquote bei dieser Art von Schwereverbrechen ansonsten bei rund 95 Prozent liegt.

So ist nach wie vor unbekannt, wer genau den Hamburger Polizeibeamten Norbert Schmid erschoss, der am 22. Oktober 1971 zum ersten Opfer der RAF wurde. Nach Schmid starben noch zehn weitere Polizisten oder Zöllner im Kugelhagel der Terroristen. Ermittelt wurden dabei in acht Fällen konkrete Täter: Bei der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer am 5. September 1977 erschossen Peter-Jürgen Boock, Siegfried Hoffmann, Willy Peter Stoll und Stefan Wiesniewski drei Leibwächter und den Fahrer Schleyers. Ebenso steht fest, dass Knut Detlev Folkerts den niederländischen Polizisten Arie Kranenburg bei einem Festnahmeversuch tötete. Des Weiteren ist die Täterschaft im Falle der Ermordung der beiden holländischen Zollbeamten Dionysius de Jong und Johannes Petrus Goemans geklärt: Hier waren Rolf Heißler und Adelheid Schulz die Ausführenden. Gleichermaßen gilt als sicher, dass Manfred Grashof den Chef der Hamburger Staatsschutzabteilung, Hans Eckhardt, tödlich verletzte und Wolfgang Grams den GSG-9-Mann Michael Newrzella erschoss.

Anders verhält es sich dahingegen im Falle der von der RAF ermordeten sieben US-Militärangehörigen und zehn Vertreter von Staat und Wirtschaft der Bundesrepublik. Hier besteht lediglich in einem einzigen Fall echte Gewissheit über die Täter: Der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, starb am 30. Juli 1977 durch die Hand von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar. W.K.

SYMPATHISANTEN

Finstere Woge der Solidarität

Helden des Untergrunds? – In der linken Szene hält die Unterstützung für die RAF-Mitglieder unvermindert an

Nach der Verhaftung der RAF-Terroristin Daniela Klette kam es zu einer Welle der Solidarisierung innerhalb der linken Szene. So geisterten massenhaft Appelle durch die Sozialen Medien, Klette freizulassen und den „Staatsterrorismus“ gegen Links zu stoppen. „Straßenkünstler“ wünschten der Festgenommenen und deren noch in Freiheit befindlichen Mitkämpfern „Viel Glück und Kraft!“

Darüber hinaus sandten die Linksextremisten, die den Anschlag auf die Stromversorgung des Tesla-Werkes in Brandenburg verübten, unzweideutige „Grüße an alle auf der Flucht, im Untergrund, in den Gefängnissen und im Widerstand“. Ähnlich radikale Unterstützer

der untergetauchten RAF-Täter sabotierten sogar die Fahndungsmaßnahmen nach Klettes mutmaßlichen Komplizen Ernst-Volker Staub und Burkhard Garweg, indem sie öffentlich die Bewegungen der Fahrzeuge der Fahnder meldeten.

Parallel hierzu verbreitete das linksextreme Zentrum „Rote Flora“ in Hamburg über den Kurznachrichtendienst X: „Hoffentlich kriegen sie euch nie!“ Dahingegen beklagte das linksextreme Netzwerk Rote Hilfe e.V. die „jahrzehntelange Verfolgungswut“ und das „staatliche Rachebedürfnis“ zu Lasten der RAF.

In die gleiche Kerbe hackte die Tageszeitung „taz“. Hier verkündete der Auslandskorrespondent des Blattes, Jürgen

Gottschlich, unter dem Titel „Härte statt Vernunft“: „Der Staat tut so, als seien die drei ehemaligen RAFler heute noch die Staatsfeinde Nummer 1. Er hätte ihnen längst die Hand reichen können ... Hat Deutschland im Jahr 2024 eigentlich keine anderen Probleme, als RAF-RentnerInnen zu jagen?“ Gleichzeitig entschuldigte der „taz“-Journalist die 13 Raubüberfälle, die Klette, Staub und Garweg zur Last gelegt werden, mit den Worten: „Dabei wollten die drei vermutlich nur ein ganz bürgerliches Leben führen; ihre Straftaten, die sie dann noch verübt haben sollen, dienten dem Lebensunterhalt im Untergrund, weil sie ja aus dem Untergrund nicht auftauchen konnten.“

„Hat Deutschland im Jahr 2024 eigentlich keine anderen Probleme, als RAF-RentnerInnen zu jagen?“

Die Tageszeitung „taz“ in der Ausgabe vom 28. Februar

Außerdem wäre da noch die Wortmeldung des am Tage der Verhaftung Klettes ins Leben gerufenen Bundesarbeitskreises Klassenkampf der Jugendorganisation der Partei Die Linke namens „linksjugend.solid“. Auf die Forderung „Freiheit für Daniela Klette“ folgte die Behauptung, die Rote Armee Fraktion habe gegen einen Staat gekämpft, „der bis zum Erbrechen durchsetzt von Nazis war“, weswegen auch viele RAF-Opfer angeblich „NS-Verbrecher“ gewesen seien.

Daher müsse man die fortwährende Verfolgung der RAF als Versuch des Staates ansehen, die „bis heute ausbleibende Entnazifizierung“ Deutschlands auf ewig hinauszuzögern. W.K.

„... eine verlässliche bürgerliche Politik“

Warum es sich für deutsche Akteure lohnt, die ungarische Regierung nicht einfach nur pauschal zu verdammen, sondern genauer auf die Ursachen des Erfolgs des Ministerpräsidenten Viktor Orbán und seiner Partei „Fidesz“ zu schauen

IM GESPRÄCH MIT BENCE BAUER

Sind Ungarn und sein Regierungschef tatsächlich jene streitlustigen Störenfriede, als die sie in europäischen Debatten fast immer dargestellt werden? Dieser Frage geht ein intimer Kenner sowohl der deutschen als auch der ungarischen Verhältnisse in seinem neuen Buch nach. Ein Gespräch über ein Land, das stets mit großer Anteilnahme und Verbundenheit auf Deutschland blickt – von dort jedoch allzu oft nur Ablehnung erfährt und schroffe Belehrungen zu hören bekommt.

Herr Dr. Bauer, der Titel Ihres Buches lautet: „Ungarn ist anders“. Das wirft die Frage auf: Anders als was oder wer?

Der Titel des Buches weist darauf hin, dass in Ungarn viele Entwicklungen und Debatten anders gelagert sind als in Deutschland. Auch als Land ist Ungarn anders, als ein Großteil der deutschsprachigen Medien es beschreibt. Deshalb versuche ich, in zwei Dutzend Aufsätzen zu Themen wie Nation und Geschichte, politische Positionen oder zum Verhältnis zu den Nachbarn und zur Europäischen Union ein realistischeres Bild von unserem Land zu vermitteln.

Ein zentrales Thema sind die deutsch-ungarischen Beziehungen. Unsere Nationen verbindet eine lange Geschichte. Ungarn ist im weitesten Sinne auch Teil des deutschen Sprach-, Kultur- und Zivilisationsraumes, so dass es den Ungarn nie egal ist, was in Deutschland passiert. Und den Deutschen kann es umgekehrt auch nicht egal sein, was in Ungarn geschieht.

Ihr „kann“ klingt jedoch eher wie eine Beschworung als eine Beschreibung. Haben die Deutschen in Bezug auf Ungarn ein Wahrnehmungsdefizit?

Durchaus. Wobei ich nicht glaube, dass Ungarn den Deutschen egal ist. Ich denke aber, dass die Deutschen noch immer zu wenig wissen – nicht nur von Ungarn, sondern auch von anderen Ländern, die früher aus westlicher Sicht „hinter dem Eisernen Vorhang“ lagen.

In den alltäglichen Debatten erleben wir, dass dieser Zustand nicht trivial ist. Im Zuge der Erweiterungen der Europäischen Union war die Erwartung im Grunde immer, dass sich die Neumitglieder den alten anpassen. Man wollte im Westen vielerorts nicht wahrhaben, dass einige EU-Mitgliedsstaaten zwar gern Teil der europäischen Familie sind, dies aber keineswegs bedeutet, dass sie ihre nationalen Eigenheiten aufgeben wollen.

Wo Ungarn deutlich anders ist als Deutschland, ist die politische Landschaft. Während hierzulande das bürgerliche Lager zersplittert ist, gibt es in Ungarn den starken Bürgerbund „Fidesz“ um Viktor Orbán, der gerade zum fünften Mal regiert und bei der letzten Wahl zusammen mit dem christdemokratischen Partner KDNP sogar eine Zweidrittelmehrheit erzielt hat. Was ist das Geheimnis von „Fidesz“ und Orbán?

Eine wichtige Grundlage des Erfolges ist, dass Orbán und „Fidesz“ keine unnötigen gesellschaftlichen Konfliktlinien eröffnen, sondern eine verlässliche bürgerliche Politik verfolgen, die von großen Teilen der Wähler goutiert wird – und zwar auch von nicht-konservativen. Dies gilt unter anderem für Themen wie Migration, Familie, innere Sicherheit und Wirtschaft.

Bei diesen Themen wirkt die ungarische Regierung übrigens wie ein Gegenpol zur deutschen „Ampel“. Das ist keine Kritik oder eine Lobpreisung in die eine oder andere Richtung, sondern eine Feststellung der Tatsachen. Doch während die Bundesregierung schlechte Zustimmungswerte hat, weil sie auf vielen Feldern eine andere Politik verfolgt als



In Europa umstritten, zu Hause erfolgreich: Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán

Foto: pa

die Mehrheit der Deutschen, fährt Orbán regelmäßig hohe Wahlsiege ein, weil er sich daran orientiert, was seine Landsleute wollen.

Noch ein Blick auf das bürgerliche Lager. In Ungarn gibt es keine Repräsentationslücke. „Fidesz“ deckt ein breites Mitte-Rechts-Spektrum ab, das sich in Deutschland mittlerweile auf verschiedene Parteien verteilt. Das war früher, als die Union alle demokratischen Kräfte rechts der Mitte vereinte, bekanntermaßen anders.

Ungarns Politik wird in Deutschland jedoch zumeist nicht als „bürgerlich“ beschrieben, sondern in die Nähe autokratischer Regime gerückt.

Vieles von dem, was große Teile der überwiegend linksliberalen Medien in Deutschland über Ungarn sagen, trifft einfach nicht zu. Oft stimmt sogar das Gegenteil von dem, was in Deutschland behauptet wird. Ein Beispiel ist der Vorwurf, Orbán würde unser Land aus der EU steuern wollen. Dabei hat er immer wieder klar geäußert, dass er die Union keineswegs verlassen, sondern reformieren will.

Letztlich kommen jene, die Orbán kritisieren, nicht daran vorbei, dass die Ungarn ihn in freien Wahlen immer wieder im Amt bestätigen. Und wer die Debatten in Ungarn verfolgt, kann nicht behaupten, dass die hiesige Opposition und die ihr nahestehenden Medien mundtot wären. Ganz im Gegenteil gibt es zum Teil sehr scharfe Auseinandersetzungen, aus denen jedoch Orbán und seine Partei zumeist als Sieger hervorgehen.

Eine wichtige Person der ungarischen Politik ist auch das Staatsoberhaupt. Staatspräsidentin Katalin Novák ist in Ihrem Buch sogar ein Kapitel gewidmet. Allerdings ist sie unlängst zurückgetreten. Weshalb?

Präsidentin Novák ist am 10. Februar wegen ihres unglücklichen Agierens in einem Begnadigungsfall, der für große öffentliche Entrüstung sorgte, zurückgetreten. Ein stellvertretender Waisenhausleiter war zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden, weil er Opfer sexuellen Missbrauchs nötigen wollte, ihre Aussage gegen den damaligen Direktor dieses Waisenheimes zurückzunehmen. Als er nach einiger Zeit im Gefängnis in den offenen Vollzug wechselte, hat er einen Begnadigungsantrag durch seine Familie stellen lassen. Diesem Begnadigungsantrag wurde von Novák entsprochen, obwohl das Justizministerium das nicht befürwortet hatte. Die Staatspräsidentin gestand ein, dass sie die Situation falsch beurteilt hatte, und trat zurück.

Konsequenzen hatte die Affäre auch für die damalige Justizministerin Judit Varga, die das Gnadengesuch nicht unterstützt hatte, jedoch der üblichen Praxis folgend die durch die Präsidentin bewilligte Begnadigung im Nachhinein gegengezeichnete. Varga hatte bereits 2023 ihr Amt als Ministerin niedergelegt, um sich auf ihre Spitzenkandidatur für die diesjährige Europawahl konzentrieren zu können. Von dieser Kandidatur trat sie im Zuge der Begnadigungsaffäre ebenso zurück wie von ihrem Mandat als Abgeordnete der Nationalversammlung.

Sein Amt niederlegen musste auch der bisherige Präsident der Synode der Reformierten Kirche in Ungarn, Bischof Zoltán Balog, der von 2012 bis 2018 als Minister zuständig für Humanressourcen war. Balog kennt den Verurteilten persönlich und hatte sich bei der Staatspräsidentin für ihn eingesetzt.

Was bedeutet es für die ungarische Politik, wenn derartige politische Schwergewichte ihre Ämter niederlegen müssen?

Für „Fidesz“ ist vor allem der Rücktritt der beiden Damen ein großer Verlust. Obwohl die Präsidentin nicht mehr als Parteipolitikerin in Erscheinung trat, war sie eine wichtige intellektuelle Stütze des bürgerlichen Lagers in Ungarn. Auch die vormalige Justizministerin war als Spitzenkandidatin für Brüssel wichtig für das Erscheinungsbild der Partei.

Beide Damen, mit Mitte 40 noch jung, sind auch intellektuell sowie von ihrer Eloquenz her beispielhaft und vorteilhaft für das Erscheinungsbild von „Fidesz“. Ihr Verlust wird sich nicht so schnell beheben lassen. Allerdings halte ich es für möglich, dass sie nach einigem zeitlichen Abstand wieder in die Politik zurückfinden.

Ist Regierungschef Orbán durch die Affäre beschädigt?

Ich denke nicht. Auch in Ungarn gilt, dass in jeder Krise nicht nur die Ereignisse selbst zählen, sondern auch der Umgang damit. In dieser Hinsicht haben die Rücktritte von Novák und Varga gezeigt, dass die hohen moralischen Ansprüche von „Fidesz“ auch für die eigene Partei gelten. Und mit der Wahl von Tamás Sulyok, dem bisherigen Präsidenten des Verfassungsgerichts, zum neuen Staatsoberhaupt hat Orbán bewiesen, dass er mit der schnellen Nominierung einer fachlich wie persönlich angesehenen Persönlichkeit das Heft des Handelns in der Hand behalten hat. Somit hat er die Krise vielleicht sogar in einen Erfolg ummünzen können.

„Viele Debatten der Deutschen über Ungarn sind im Grunde Debatten der Deutschen über sich selbst“

Zurück zu Ihrem Buch. Mit Blick auf das Staatsverständnis bezeichnen Sie die Deutschen als relativ junge Nation, während Sie Ungarn ein altes Staatsverständnis attestieren. Wie meinen Sie das?

Die ungarische Staatlichkeit geht zurück auf die Krönung des heiligen Königs István/Stephan I. im Jahre 1000. Sie ist damit wesentlich älter als die deutsche, die sich – nach langer Vielstaaterei im alten Kaiserreich und im Deutschen Bund – im Grunde erst mit der Reichsgründung von 1871 herausgebildet hat. Und wenn man sich die Verhältnisse genau ansieht, sind viele Deutsche noch immer nicht mit ihrer Nation im Reinen.

Da Ungarn in seiner Geschichte oft fremdbestimmt war, ist „Nation“ hier keinesfalls negativ besetzt, sondern ein Synonym für das Freiheitsbewusstsein unserer Landsleute. Weshalb selbst ungarische Grüne und Sozialisten für sich in Anspruch nehmen, gute Patrioten zu sein. Anders als in Deutschland ist „Nation“ in Ungarn also kein spaltender, sondern ein integrativer Begriff, um den sich alle politischen Lager vereinen.

Zum unterschiedlichen Verständnis von Nation gehört auch, dass die ungarische größer ist als die Grenzen des heutigen Staates. Mehr als zwei Millionen Magyaren leben in Regionen, die bis zum Vertrag von Trianon zum Königreich Ungarn gehörten. Deshalb wird das Engagement der ungarischen Politik für die im Ausland lebenden Landsleute stets kritisch beäugt.

Mit Ausnahme einer kleinen rechtsradikalen Partei gibt es in Ungarn keine politische Kraft, die sich auch nur gedanklich mit einer eventuellen Revision der bestehenden Grenzen beschäftigen würde.

Allerdings ist die Tatsache, dass die ungarische Nation größer ist als die Staatsgrenzen, ein Faktum. Allein im rumänischen Siebenbürgen leben über 1,2 Millionen ungarische Landsleute in historisch gewachsenen Siedlungsgemeinschaften, die auch künftig als Minderheit bestehen bleiben wollen. Unser Staat sieht es als seine Aufgabe an, diese Gemeinschaften, auch die ungarischen Kirchengemeinden, bei der Erhaltung ihrer Sprache, in der Pflege ihrer Kultur und bei der Wahrung aller sonstigen Minderheitenrechte zu unterstützen.

Wenn dieses Engagement, das in voller Übereinstimmung mit den Regularien der Europäischen Union erfolgt, in Deutschland kritisch beäugt wird, bestätigt das wieder einmal die Erfahrung, dass viele Debatten der Deutschen über Ungarn im Grunde Debatten der Deutschen über sich selbst sind.

Ungarn übernimmt zum 1. Juli die Ratspräsidentschaft in der EU. Was ist dann von der ungarischen Politik zu erwarten?

Ungarn wird in sechs Bereichen Akzente setzen, und zwar in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der europäischen Verteidigungspolitik sowie in der Förderung des EU-Erweiterungsprozesses und damit zusammenhängend die Gestaltung der Zukunft der Kohäsionspolitik. Außerdem wird Ungarn großen Wert auf die externe Dimension der Migration und auf die Bewältigung demographischer Herausforderungen legen.

Schon bei seiner ersten Ratspräsidentschaft 2011 hat Ungarn sich zu einem starken Europa bekannt. Dass seitdem die Macht der Brüsseler Institutionen gestiegen, zugleich jedoch der Einfluss Europas in der Welt geringer geworden ist, zeigt, dass zu einem starken Europa unbedingt auch souveräne Mitgliedsnationen gehören.

Das Gespräch führte René Nehring.

Buch-Tipp



Bence Bauer
Ungarn ist anders
MCC Press 2023,
Paperback, 262 Seiten,
ISBN 9789636440343,
16,05 Euro

● **Dr. Bence Bauer** ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts am Mathias-Corvinus-Collegium in Budapest.

www.mcc.hu
<https://magyarnemetintezet.hu/de/>

MELDUNGEN

Abzocke mit Bezahlkarten

Berlin – Noch vor der bundesweiten Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber sollen kriminelle Clans bereits über Möglichkeiten nachdenken, wie sie von dem neuen Bezahlverfahren profitieren können. Laut einem Bericht der „Bild“ könnte eine Möglichkeit darin bestehen, gegen Gebühren Scheingeschäfte mit Asylbewerbern abzuwickeln. Dabei würde beispielsweise in Läden, die von Clans kontrolliert werden, die Bezahlung von Lebensmitteln mit der Karte vorgeführt. Wie „Bild“ unter Berufung auf einen Insider berichtet, könnten für einen „fiktiven“ Einkauf über die Bezahlkarte 400 Euro abgerechnet werden. Der Bezahlkarten-Besitzer bekäme dann 360 Euro in bar ausgezahlt. Der Clan würde wiederum eine Vermittlungsgebühr von 40 Euro kassieren. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) zeigte sich nicht überrascht, dass Clans immer wieder neue Möglichkeiten für „ihre windigen Geschäfte“ suchen. *H.M.*

Bruch von UN-Recht

München – Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) hat am 28. Februar ein Gutachten des Jura-Professors Bernhard Wegener von der Uni Erlangen-Nürnberg zur Cannabis-Legalisierung vorgestellt. Darin kommt der Rechtswissenschaftler zu dem Ergebnis, dass die von der Bundesregierung geplante Cannabis-Legalisierung völker- und europarechtlichen Vorgaben widerspricht. Aus Sicht des Jura-Professors verstößt das Projekt vor allem gegen die Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Drogenbekämpfung. Zudem beschreitet die Bundesregierung laut dem Gutachten auch im europäischen Vergleich einen Sonderweg, indem sie sich für eine besonders weitgehende Cannabis-Legalisierung entschieden hat. Der Bundestag hat am 23. Februar eine kontrollierte Freigabe von Cannabis in Deutschland beschlossen. Für Volljährige soll der Besitz und der Anbau der Droge für den Eigenkonsum in bestimmten Mengen ab dem 1. April erlaubt sein. *H.M.*

Zu wenig Bewegung

Hannover – Der Alltag vieler Kinder und Jugendlicher ist sehr bewegungsarm. Und die Folgen sind gravierend. Dies geht aus einer aktuellen Datenanalyse der Kaufmännische Krankenkasse – KKH hervor. Demnach stieg der Anteil schulpflichtiger Heranwachsender, die unter motorischen Entwicklungsstörungen leiden, von 2012 auf 2022 um 44 Prozent. Motorische Entwicklungsdefizite können die Grobmotorik betreffen sowie die Feinmotorik. Die Corona-Pandemie mit zeitweise geschlossenen Schulen und Sportvereinen habe den Trend bei den Jüngsten hin zu Bewegungsarmut forciert. Dies könne langfristig fatale körperliche wie seelische Folgen für junge Menschen haben. Angelehnt an Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation sagt die KKH, dass schulpflichtige Kinder und Jugendliche täglich mindestens 60 Minuten körperliche Aktivität durchführen sollten. *P.E.*



Glückwünsche zum Geburtstag: Geburtstagskind Karl Lauterbach und Gratulant Olaf Scholz (von links) Foto: dpa Picture-Alliance

STÄNDIGE IMPFKOMMISSION

Neue STIKO zum Geburtstag

Viele der von Karl Lauterbach neu berufenen Mitglieder sind umstritten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 21. Februar beging Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach seinen 61. Geburtstag. Sein Parteifreund Olaf Scholz begrüßte ihn zur Kabinettsitzung des Tages mit einem Blumenstrauß. Wenige Tage zuvor hatte sich das Geburtstagskind bereits selbst ein Geschenk machen können: eine maßgeblich von ihm neu zusammengesetzte Ständige Impfkommision (STIKO).

Deren zentrale Aufgabe besteht darin, Impfpfehlungen herauszugeben, die dann in der Bundesrepublik als offizieller medizinischer Standard gelten. Die Mitglieder dieser ehrenamtlichen Expertengruppe beim Robert-Koch-Institut, der biomedizinischen Leitforschungseinrichtung der deutschen Bundesregierung, werden vom Bundesgesundheitsministerium (BMG) „im Benehmen mit den obersten Gesundheitsbehörden der Länder turnusmäßig“ neu berufen.

Nun war es wieder so weit. Diese Woche ist die neue Kommission zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Obwohl sich die bisherige STIKO während der Corona-Impfkampagne als feste Stütze der Bundesregierung erwiesen hatte, entschied Lauterbach, zwölf der früher 17 Mitglieder durch 14 andere Personen zu ersetzen und dadurch das Gremium auf 19 Mitglieder zu erweitern.

Nur fünf wurden erneut berufen

Dazu teilte er mit: „Die STIKO hat in der Pandemie große Leistungen erbracht. Jetzt wird sie mit vielen neuen Mitgliedern aus sehr unterschiedlichen Fachbereichen jünger und noch interdisziplinärer besetzt ... Die Unabhängigkeit der STIKO von politischer Einflussnahme hat sich bewährt und bleibt weiter bestehen.“

Das sieht der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Sichert, deutlich anders. Er begründet dies in einer Presseerklärung mit folgenden Worten: „Bei den Neubeset-

zungen wird ganz auf ‚Linientreue‘ geachtet – in die STIKO berufen werden neben Pfizer-Leuten, also klassischen Pharmalobbyisten, mehrere Klimaaktivisten und angebliche ‚Gesundheitsexperten‘, die jedoch in finanzieller Abhängigkeit diverser Bundesministerien stehen. Interessenkonflikte sind vorprogrammiert.“ Deswegen befürchte die AfD, dass sich die „einst vertrauenswürdige STIKO“ zu einer „regierungstreuen ‚Abnick-Organisation‘“ entwickle.

Im Detail schreibt Sichert über die neuen STIKO-Mitglieder: „Sieben Personen sind nicht nur nachweisliche Impffanatiker, machen sich Gedanken über den ‚Umgang mit Impfskeptikern‘, vier von ihnen erhalten Honorare und finanzielle Forschungsunterstützung von großen Pharmaunternehmen. Eine Person ist sogar Mitglied im Beirat von Pfizer. Auch eine Beteiligung ... an einem Projekt eines Impfstoffherstellers konnten wir nachweisen. Die Liste der Pharma-Sponsoren dieser Personen ist lang: Da sind unter anderem Novartis, Sanofi Pasteur,

AstraZeneca, MSD, GlaxoSmithKline, Infectopharm, Amgen, Bayer und Seqirus aufgezählt.“

Damit meint Sichert beispielsweise Reinhard Berner von der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin am Universitätsklinikum Dresden, der von Pharmaunternehmen wie Novartis gefördert wurde, und Anja Kwetkat, die neben ihrer Tätigkeit in der Abteilung für Geriatrie und Palliativ-Medizin am Klinikum Os-nabrück auch im Beirat des Impfstoffherstellers Pfizer sitzt und Geld von dem Pharma-Riesen erhielt.

AfD vermisst Unabhängigkeit

Des Weiteren kritisiert der AfD-Politiker die Berufung von „drei jungen Frauen“, „die fanatische Klima-Aktivistinnen sind“ und somit absolut nichts in einer staatlichen Impfkommision verloren hätten. Dieses Urteil basiert darauf, dass die neuen STIKO-Mitglieder Beate Müller, Andrea Kaifie-Pechmann und Julia Tabatabai allesamt die Ansicht vertreten, die Klimakrise sei auch eine Gesundheitskrise, während sie gleichzeitig keinerlei Expertise auf dem Gebiet der Impfstoffherstellung und -anwendung vorzuweisen haben.

Ebenfalls bemängelt Sichert „die Einberufung einer ‚Expertin‘, die erst 2019 für Bündnis 90/Die Grünen in Freiburg zur Kommunalwahl kandidiert hat“. In diesem Falle geht es um Berit Lange vom Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig, die sich während der Corona-Pandemie genau wie Lauterbach vehement für Schulschließungen und „Homeschooling“ aussprach.

Und dann erwähnt der Gesundheits-experte der AfD noch „eine neue Frau im Team, die auf Gesundheitskommunikation und Medienwirkung spezialisiert ist. Es sieht sehr danach aus, dass sie als PR-Strategin die Impfpfehlungen wirksam an die Leute herantragen soll. Anders kann man sich ihre Rolle nicht erklären.“ Diese Person ist Constanze Rossmann, die am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Universität München arbeitet und unter anderem untersucht hat, wie Krankenhausserien das Bild von der Medizin innerhalb der Bevölkerung beeinflussen.

Zusammenfassend meint Sichert hierzu: „Bei dem künftigen Personaltableau schaudert es einen: Von Unabhängigkeit kann keine Rede sein. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert Minister Lauterbach daher eindringlich dazu auf, den bereits initiierten Lobbyismus zu stoppen und dafür zu sorgen, dass die STIKO unabhängig – gerade auch von politischer Einflussnahme und links-grünen Ideologien – bleibt.“

SOZIALWOHNUNGSBAU

50 Milliarden Euro gefordert

Bündnis „Soziales Wohnen“ stellt Studie vor und verlangt 910.000 neue Sozialwohnungen

Laut einer im Auftrag des Bündnisses „Soziales Wohnen“ aus Mieterbund, Baugewerkschaft sowie Sozial- und Branchenverbänden in Auftrag gegebenen Studie des Berliner Pestel-Instituts gab es 2022 rund 1,088 Millionen Sozialwohnungen in Deutschland. Dem stand ein Fehlbedarf von 910.000 Sozialwohnungen gegenüber, der sich unter anderem aus einer Rekord-Zuwanderung von Personen aus Osteuropa einschließlich der Ukraine, der Türkei sowie aus west- und ostasiatischen Ländern von 2000 bis 2021 ergab. Der Fehlbedarf dürfte aktuell aufgrund der weiter gestiegenen Zuwanderung noch höher liegen.

Das Bündnis kritisiert, dass Bund und Länder die Förderung von Sozialwohnungen massiv vernachlässigt hätten. Im Koalitionsvertrag der Regierung ist der Bau

von jährlich 400.000 neuen Wohnungen festgelegt, davon ein Viertel Sozialwohnungen. Bislang wird das Ziel deutlich verfehlt. 2023 wurden rund 30.000 Sozialwohnungen fertiggestellt, in den beiden Jahren zuvor nur 25.000.

An der Spitze stehen die vier Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und Niedersachsen. Insgesamt haben elf Millionen Mieterhaushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung. Somit reiche der Bestand nur für jeden zehnten dieser Haushalte. In den kommenden Jahren müsse, so die Wissenschaftler, nicht nur der Bedarf „abgearbeitet“ werden, der sich aus der demografischen Entwicklung ergebe, sondern es müssten zugleich auch die aufgelaufenen Defizite so schnell wie möglich beseitigt werden. Denn weiterhin gelte, dass als Flüchtlinge Anerkannte

spätestens nach einem Jahr in Wohnungen leben sollen.

Zuletzt lagen die Ausgaben von Bund und Ländern für den sozialen Wohnungsbau bei gut vier Milliarden Euro jährlich. Fünfmal so hoch waren dagegen die Sozialausgaben für das Wohnen. 2023 zahlte die Job-Center 20 Milliarden Euro allein für die Wohnkosten der Bürgergeldempfänger. Um bedürftigen Haushalten das Wohnen zu ermöglichen, ist der Staat gezwungen, auch die steigenden „Turbo-Mieten“ auf den überangespannten Wohnungsmärkten zu zahlen, wenn es an bezahlbaren Alternativen mangelt. Gegensteuern könne der Staat nur, wenn er jetzt anfangs, „massiv in die Schaffung von deutlich mehr Sozialwohnungen zu investieren“. Das Bündnis „Soziales Wohnen“ fordert von Bund und Ländern, umge-

hend 50 Milliarden Euro für den Bau von Sozialwohnungen bereitzustellen.

Die Forderung ist absolut unrealistisch. Vor dem Hintergrund der Krise in der Bauwirtschaft hatten sich die Bundesregierung und Branchenvertreter bereits im September 2023 auf eine Reihe von Maßnahmen zur Konjunkturbelebung der Bau- und Immobilienbranche geeinigt.

Eine Maßnahme betrifft die Bereitstellung von „dauerhaft bezahlbarem Wohnraum“ durch die Einführung einer Neuen Wohngemeinnützigkeit ab 2024. Durch eine Sonderregelung im Baugesetzbuch soll es Städten und Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten bis Ende 2026 ermöglicht werden, den Bau von bezahlbarem Wohnraum vereinfacht und beschleunigt zu planen.

Dagmar Jestrzemska

SICHERHEIT

Auf dem falschen Fuß erwischt

In Berlin hat sich eine riesige linksextreme Szene etabliert, während die Politik fast nur nach rechts blickte

VON HERMANN MÜLLER

„Demos gegen rechts“ waren noch vor Kurzem ein Hauptthema für viele Medien und Politiker. Mit der Fahndung nach früheren RAF-Terroristen und einem Anschlag auf die Stromversorgung in Brandenburg ist nun jedoch das Thema des linksextremen Terrorismus wieder brandaktuell. Die Ampel-Koalition wird von dieser Entwicklung auf dem falschen Fuß erwischt.

Erst Mitte Februar hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser ein Maßnahmenpaket für den Kampf gegen den Rechtsextremismus vorgestellt. Die SPD-Politikerin hatte bei der Präsentation ihres Programms „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen – Instrumente der wehrhaften Demokratie nutzen“ gesagt, der Rechtsextremismus bleibe „die größte Bedrohung“ für die freiheitliche Grundordnung in Deutschland. Nur gut drei Wochen später war von Faeser dann jedoch zu hören: „Das vom Linksextremismus ausgehende Gefährdungspotenzial ist nach wie vor hoch.“

Die Verhaftung der mutmaßlichen RAF-Terroristen Daniela Klette und der Anschlag auf die Stromversorgung des Autobauers Tesla zwingt die Innenministerin und andere Ampel-Politiker nunmehr dazu, Stellung zu beziehen, wie ein Kampf gegen extremistische Linke geführt werden kann.

Hunderte RAF-Sympathisanten

Ende Februar war Klette festgenommen worden. Sie hatte unter falschem Namen offenbar viele Jahre unerkannt in Berlin-Kreuzberg gelebt. Beobachter wiesen inzwischen darauf hin, dass Klette diesen Ort zum Untertauchen möglicherweise ganz bewusst ausgesucht hat. Butz Peters, Experte für den Terror der RAF und des NSU, sprach gegenüber der „Berliner Zeitung“ mit Blick auf Kreuzberg, dieser Bezirk sei ein „einmaliges soziales Biotop in dieser Republik“. Peters präzierte: „In Kreuzberg ist viel linke Militanz daheim. So manchem, der jetzt dort lebt, gefällt oder gefiel das, was die RAF machte, der militante Kampf gegen Repräsentanten des Staates.“

Ins Bild passt eine Demonstration, die am 9. März durch Kreuzberg rollte. Dabei



Solidarität mit mutmaßlichen Terroristen: Linke Demo in Berlin-Kreuzberg am 9. März

Foto: pa/Jörg Carstensen

zogen mehrere Hundert Demonstranten durch den Bezirk, um ihre Sympathie mit mutmaßlichen Mitgliedern der linksterroristischen RAF zu bekunden. Motto der Demonstration war die Parole „Stoppt den Staatsterrorismus – Solidarität mit den Untergetauchten und Gefangenen“. Auch bei der Fahndung nach den mutmaßlichen Klette-Komplizen Ernst-Volker Staub und Burkhard Garweg konzentrierten sich die Ermittler zunächst auf den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Am 3. März hatten 130 Beamte in Berlin-Friedrichshain eine Wohnung und ein von der linksalternativen Szene genutztes Gelände durchsucht. Die Ermittler gehen davon aus, dass Garweg auf diesem Gelände einen Wohnwagen als zeitweilige Unterkunft genutzt hat.

Begleitet wurde die Fahndung von einem Beitrag anonymen Autoren auf der linksradikalen Internetseite „Indymedia“. Darin wurden Bilder von zivilen Polizei-

transportern und Nummernschildern von Fahrzeugen von Ermittlern veröffentlicht, die an der Fahndung nach den mutmaßlichen RAF-Terroristen beteiligt waren. Verbunden war dies mit einer Solidaritätsbekundung: „Wir möchten dieser Menschenjagd etwas entgegensetzen und unsere Solidarität mit Burkhard, Ernst-Volker, Daniela und allen untergetauchten Linken auf dieser Welt zeigen.“

Tesla: Der linke Terror lebt

Ebenfalls auf „Indymedia“ veröffentlichte eine „Vulkangruppe Tesla abschalten!“ einen Beitrag, in dem sie sich zum Anschlag auf die Stromversorgung des Autobauers bekannte. In dem Schreiben bezeichnete die linksextreme Gruppe das Unternehmen Tesla als Symbol für einen „grünen Kapitalismus“ und einen „totalitären technologischen Angriff auf Gesellschaft“. Dem Tesla-Gründer Elons Musk warf die linksextreme Gruppe vor, auf sei-

nem Internetmedium „X“ würden sich „Anhänger:innen einer imperialen Lebensweise“ und „Antisemit:innen, Antifeministen, Autoritäre, Chauvinist:innen, Faschist:innen“ organisieren: „Hier treffen die Arier der AfD ihrgleichen“, so die Gruppe in ihrem Bekennterschreiben.

Bei dem Anschlag hatten die Täter am 7. März an einem Strommast im Landkreis Oder-Spree ein Feuer gelegt. Als Folge des Anschlags fiel in Teslas Autowerk in Grünheide bei Berlin der Strom aus und stand für Tage die Produktion still. Vom Stromausfall betroffen war auch ein Logistiklager von Edeka.

Die Ermittlungen wegen verfassungsfeindlicher Sabotage, Störung öffentlicher Betriebe und Brandstiftung hatte zunächst die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) aufgenommen. Wegen der Bedeutung des Anschlags hat mittlerweile die Bundesanwaltschaft diese Ermittlungen übernommen.

SOZIALES

Berlins Sozialämter sind völlig überlastet

Folgen dramatisch: Einem Rentner drohte sogar Wohnungsverlust, weil die Grundsicherung so spät kam

Schon jetzt gelten 20 Prozent der Einwohner Berlins als armutsgefährdet. Insbesondere für Bezieher kleiner Renten können sich hohe Nachforderungen bei der Stromrechnung oder bei den Heizkosten zum Existenzrisiko auswachsen. In der Hauptstadt berichten Zeitungen von Fällen, bei denen sich Rentner mit Nachforderungen von mehr als 800 oder sogar 2000 Euro konfrontiert sehen.

Sozialverbände und der Deutsche Mieterbund warnen vor einer sozialen Katastrophe und fordern Betroffene auf, ihnen zustehende staatliche Hilfen auch in Anspruch zu nehmen. Tatsächlich können Rentner für ihren Lebensunterhalt eine Grundsicherung erhalten. Solche Hilfe erhielten im vergangenen Jahr fast 48.000 Berliner, die eine Altersrente oder eine Rente wegen Erwerbsminderung erhalten. Bis die Grundsicherung tatsächlich

gezahlt wird, können an der Spree jedoch zwei oder drei Monate vergehen.

Hinter den langen Wartezeiten auf die Zahlung steckt ein akuter Personalmangel auf den Sozialämtern der Hauptstadt. Wie der Sender rbb berichtet, fehlen in den Sozialämtern Berlins 630 Mitarbeiter. Fast jede vierte Stelle ist sogar dauerhaft nicht besetzt.

Die Überlastung der Sozialämter ist in Berlin nicht neu. Bereits im Dezember 2022 hatten Bezirksstadträte in einem Brandbrief an die damalige Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) erklärt, dass die Sozialämter „seit Jahren im Krisenmodus“ arbeiteten. Seitdem hat sich die Lage nicht gebessert. Lediglich in Reinickendorf hat sich durch den Einsatz kurzfristiger Aushilfen, die unter anderem vom Jobcenter kamen, die Lage etwas verbessert. In Charlottenburg-Wilmers-

dorf und Neukölln soll sich die Personallage seit dem Brandbrief der Stadträte sogar weiter verschlechtert haben.

Enormer bürokratischer Aufwand

Verschärft wird der Mangel an Sachbearbeitern noch durch den hohen Bearbeitungsaufwand bei der Grundsicherung. Die Ämter müssen nicht nur jede vorgelegte Nebenkostenrechnung prüfen, die von den Antragstellern vorzuweisen ist. Auch die kleinste Erhöhung der Rente oder des Krankenkassenbeitrages löst auf den Sozialämtern eine Neuberechnung der Grundsicherung aus. Als Folge dieser Gemengelage dauert die Bearbeitung für Neuanträge auf Grundsicherung in vielen Bezirken Berlins mittlerweile oftmals ein Vierteljahr.

Die Zeitung „B.Z.“ berichtete im vergangenen Januar sogar über einen Fall, bei

dem das Sozialamt auf sechs Anträge eines Rentners auf Grundsicherung ein Jahr lang nicht reagiert haben soll. Wie viele andere Berliner hatte den 80-Jährigen eine hohe Nachforderung für Heizkosten hart getroffen. Den Verlust seiner Wohnung konnte der Senior aus Charlottenburg nur abwenden, weil eine Freundin ihm Geld geliehen hatte. Rentnern, die auf keine Hilfe rechnen können und die mit ihren Mietzahlungen länger in Verzug geraten, kann hingegen eine fristlose Kündigung ihrer Wohnung drohen.

Trotz der schwierigen Situation der Rentner sind im Doppelhaushalt des Landes Berlin keine zusätzlichen Stellen für die Sozialämter vorgesehen. Zur Abhilfe hoffen die Berliner Bezirke, Mitarbeiter aus anderen Abteilungen zumindest zeitweilig in den Sozialämtern einsetzen zu können. H.M.

KOLUMNE

Zweierlei Maß

VON THEO MAASS

Seit mehr als einem Jahr sitzt eine bislang unbescholtene Juristin in Berlin in Untersuchungshaft. Der Vorwurf lautet, sie habe mit anderen – meist älteren Leuten – einen Staatsstreich geplant. Nancy Faeser ist dem Putsch gerade noch zuvorgekommen, so der Eindruck, der verbreitet wurde. Henryk M. Broder sprach in diesem Zusammenhang von einem Rollator-Putsch.

Andererseits konnten mindestens drei RAF-Terroristen geschlagene 30 Jahre im links-grünen Bezirk Kreuzberg untertauchen und dort unbehelligt leben. Offenbar flog die Terroristin Daniela Klette nur auf, weil Bilder von ihr auf Straßenfesten im Internet kursierten. Ihre beiden mutmaßlichen Mittäter Burkhard Garweg und Ernst-Volker Staub sind weiter flüchtig. Aufgegriffen haben Klette Spezialeinsatzkommandos aus Niedersachsen.

Terror-Sympathisanten (immerhin etwa 600) zogen anlässlich des sogenannten Internationalen Weltfrauentages unbehelligt durch die Straßen. Bundesinnenministerin Faeser verurteilte die Demo. Diese Verurteilung hat einen faden Beigeschmack, denn in ihrer Zeit als Landesvorsitzende der hessischen SPD schrieb Faeser in der Zeitschrift „Antifa“ einen Beitrag. Kein Wunder, dass sie den Rechtsextremismus als die stärkste Bedrohung unseres Staats ausmacht.

Damals schrieb CDU-Innenexperte Christoph de Vries: „Wie sollen sich die Mitarbeiter der Verfassungsschutzämter fühlen, deren Auftrag die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist, wenn ihre oberste Dienstherrin mit Verfassungsfeinden auf Tuchfühlung geht?“ Damit wir das richtig einordnen: Rentner und Senioren, die am Stammtisch vielleicht Gewaltphantasien und Umsturzpläne äußern, mögen gefährlich sein. Dass tatsächliche Terroristen aber nur halbherzig verfolgt werden, ist nicht hinnehmbar. Es ist offenbar vor allem eine Frage der Gesinnung – in Berlin wie im Bund.

MELDUNG

AfD: Posten vorenthalten

Berlin – Der AfD-Kandidat für das Amt eines Stadtrates in Berlin-Marzahn-Hellersdorf ist in der Wahl durch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gescheitert. Die Klagen gegen die Nichtberücksichtigung der AfD vor dem Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht ebenfalls. In dem Gesetz über die Bildung der Bezirksamter heißt es, das Amt setze sich proportional zum bezirklichen Wahlergebnis aus den von den verschiedenen Fraktionen vorgeschlagenen und von der BVV gewählten Kandidaten zusammen. Die CDU stellt in der BVV 19 Vertreter, die AfD zwölf, die SPD zehn, die Linkspartei neun, die Grünen drei und die Tierschutzpartei zwei. Die CDU stellt die Bezirksbürgermeisterin und drei Stadträte, die Linke einen. Der der AfD zustehende Posten bleibt vakant, ein Übergehen des Vorschlagsrechts an eine andere Partei ist unzulässig. Die Grünen kommentierten das Urteil des Oberverwaltungsgerichts: „Marzahn-Hellersdorf bleibt stabil.“ F.B.

● MELDUNGEN

Aus für Gender-Forschung

Gainesville – Die staatliche University of Florida in Gainesville hat beschlossen, sämtliche Gender-Projekte zu stoppen und alle Mitarbeiter, die sich bislang mit den Themen Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion befasst haben, zu entlassen oder auf andere Arbeitsplätze umzusetzen. Damit will die siebtgrößte Universität der USA mehrere Millionen Dollar pro Jahr einsparen, die den Studenten zugutekommen sollen. Die Universitätsleitung folgte bei ihrem Schritt den politischen Vorgaben der Regierung des Bundesstaates Florida unter dem republikanischen Gouverneur Ronald DeSantis, der in letzter Zeit zu einem der konsequentesten Vorkämpfer des Konservatismus in den USA avancierte. So ist es in Florida inzwischen strikt verboten, Personen aufgrund ihrer Hautfarbe, ethnischen Herkunft oder sexuellen Orientierung in irgendeiner Weise zu bevorzugen oder zu fördern. **W.K.**

Polen fordert Ausnahmen

Warschau – Polens Regierung setzt sich angesichts anhaltender Bauernproteste dafür ein, dass die EU einige Regelungen ihrer Agrarpolitik aussetzt oder abändert. Entsprechende Gespräche mit der EU-Kommission hat der stellvertretende Außenminister Andrzej Szejna (Neue Linke) gegenüber polnischen Medien bestätigt. Als Argument führt die Regierung an, dass für die ukrainische Konkurrenz im Osten die EU-Restriktionen nicht gelten. Der Green Deal der EU und die Markttöffnung für ukrainische Agrarprodukte sind Hauptpunkte bei den Bauernprotesten. Polens Minister für EU-Angelegenheiten erklärte, der Green Deal sei mit der Vorgängerregierung ausgehandelt worden und müsse nun geändert werden. Szejna kündigte gegenüber dem Radiosender ZE Maßnahmen wie Grenzblockaden und einseitige Zölle gegen die Ukraine an, sollten die Verhandlungen mit der EU zu lange dauern. **H.M.**

Drohende Katastrophe

Ulaanbaatar/New York City – In der Mongolei herrscht derzeit eine extreme Schnee- und Eis-Wetterlage, in deren Verlauf bereits mehr als eineinhalb Millionen Nutztiere verendet sind. Auslöser dieses Wetterphänomens namens „Eiserner Dzd“ sind heftige Schneestürme zum Jahreswechsel, denen ein Temperatursturz auf minus 47 Grad folgte, der mit weiteren Neuschneemengen von 60 Zentimetern einherging. Der Schnee bedeckt nun fast neun Zehntel der Fläche des zentralasiatischen Binnenstaates und sorgt für einen gravierenden Futtermangel. Zusätzlich zu dem Tiersterben müssen die Mongolen auch noch eine starke Teuerung bei Nahrungsmitteln und Treibstoffen verkraften. Deshalb droht nach Angaben des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen (UNICEF) in der Mongolei nun eine humanitäre Katastrophe, die besonders jene 190.000 Haushalte des 3,3 Millionen Einwohner zählenden Staates zwischen Russland und China treffen könnte, die von der Viehzucht leben. **W.K.**

TAURUS-ABHÖRFALL

„Die Deutschen sind inkompetent“

Die Affäre um das abgehörte Generalsgespräch irritiert NATO-Verbündete

VON CLAUDIA HANSEN

Die Affäre um das abgehörte Gespräch höchster Luftwaffenoffiziere hat weltweit Irritationen ausgelöst. Auch ein Satz von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) sorgte in London, Paris und Washington für Stirnrunzeln. Pistorius widersprach der Ansicht, dass die „Taurus-Leak“-Affäre dem deutschen Ansehen geschadet habe. „Das Vertrauen in Deutschland ist ungebrochen“, behauptete er. In britischen Regierungskreisen und in der britischen Presse sieht man das ganz anders.

Der frühere Verteidigungsminister Ben Wallace von den Konservativen nahm die Deutschen in besonders scharfen Worten aufs Korn. „Wir wissen, dass Deutschland ziemlich stark durchdrungen ist von russischen Geheimdiensten, also zeigt dies (die Taurus-Affäre), dass sie weder sicher noch verlässlich sind“, sagte Wallace, einer der engagiertesten Ukraineunterstützer seit Beginn des Krieges. Zuvor hatte Wallace sich schon Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) vorgeknöpft

nach dessen Weigerung, der Ukraine deutsche Taurus-Marschflugkörper zu geben. Scholz sei, „sofern es um die Sicherheit Europas geht, der falsche Mann im falschen Job zur falschen Zeit“, polterte Wallace.

Politik und Presse Großbritanniens

Andere Politiker der regierenden Tories haben sich nur unwesentlich moderater über den Kanzler ausgelassen. Dass Scholz öffentlich das nicht (mehr sehr geheime) Geheimnis ausplauderte, dass britische Soldaten in der Ukraine vor Ort tätig sind und militärisch helfen, verärgerte viele. Alicia Kerns, die Vorsitzende des Verteidigungskomitees, nannte Schulz' Lapsus „falsch, unverantwortlich und einen Schlag ins Gesicht“.

Ein Teil der britischen Presse, die ohnehin gerne scharf Deutschland-kritische Beiträge bringt, hat sich mit Genuss auf die Taurus-Affäre gestürzt. Beispielsweise schrieb der Journalist und liberale Politiker Edward Lucas in der „Daily Mail“ eine ganze Seite mit der knalligen Überschrift „Wenn Du ein Geheimnis an den Kreml durchstechen willst, dann gib es den

Deutschen – ihre Geheimdienstler sind ein Haufen total Inkompetenter“. Lucas, der in den späten 1980ern in Deutschland die letzten Jahre des Kalten Kriegs verfolgte, erinnerte an die große Zahl von östlichen Spionen, die damals die deutsche Szene infiltriert hatten. Auch heute sei Deutschland ein Hauptziel russischer Spionage. Berlin habe den Ernst der Lage durch die russische Aggression nicht erkannt. „Deutschland schläft, während Europa brennt“, so Lucas.

Der frühere Oberbefehlshaber des Land Command und Generalstabschef der britischen Armee, der Lord und General a.D. Richard Dannatt, sagte, die beteiligten deutschen Offiziere, die über eine ungesicherte Verbindung gesprochen haben, müssten „schwer disziplinarisch gemahnt“ werden. Als Konsequenz aus dem abgehörten Gespräch zwischen dem Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz, dem Abteilungsleiter für Einsätze und Übungen im Kommando Luftwaffe in Berlin, Brigadegeneral Frank Gräfe, und zwei Oberstleutnants, in denen diese einige Details der britischen und französischen Operationen in der

Ukraine andeuten, habe London seine Sicherheitsstrategie für militärisches Personal in dem Land überprüft, heißt es in der „Times“. „Offiziell sind die einzigen britischen Soldaten in der Ukraine mit dem Schutz von Diplomaten und medizinischer Ausbildung beschäftigt“, schreibt das Blatt. Das Taurus-Leck habe „eine große Peinlichkeit für Deutschland“ verursacht, so die „Times“.

Echo aus anderen NATO-Staaten

Während die Taurus-Affäre zu einer schweren öffentlichen Verstimmung zwischen London und Berlin geführt hat, wollen andere NATO-Verbündete ihren Ärger nicht so offen zeigen. Der Sprecher des Weißen Hauses für die Nationale Sicherheit, Admiral John Kirby, sagte, Russland wolle mit dem veröffentlichten Taurus-Gespräch Zwietracht zwischen der Ukraine und ihren westlichen Verbündeten säen. Pariser Politiker sehen die Affäre im Zusammenhang mit Moskaus „Informationskrieg“. Der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung, Jean-Louis Bourlanges, attackierte Bundeskanzler Scholz indes sehr unverblümt. Der Kanzler mache Moskau „ein völlig ungerechtfertigtes Geschenk“, indem er die Lieferung der Marschflugkörper ablehne. Politiker des Lagers um Präsident Emmanuel Macron erhöhten den Druck auf Berlin, Taurus-Raketen an die Ukraine zu liefern.

Dass es dazu kommt, erscheint aber nach Scholz' neuerlicher Bekräftigung als eher unwahrscheinlich. Der Kanzler kann sich dabei auf Rückendeckung durch die öffentliche Meinung verlassen. Laut dem ZDF-Deutschlandtrend ist die große Mehrheit gegen die Lieferung des Taurus. 61 Prozent der Befragten sind dagegen. Nur unter den Anhängern der Grünen gibt es dafür eine Mehrheit.

Großbritannien versuchte unterdessen einen neuen Vorstoß. Außenminister David Cameron schlug einen Ringtausch vor. Deutschland könne seine Taurus-Marschflugkörper an die Briten liefern, die ihrerseits weitere „Storm Shadow“-Raketen an die Ukrainer geben würden. So würde Deutschland vermeiden, seine Marschflugkörper mit bis zu 500 Kilometer Reichweite direkt ins Kriegsgebiet zu liefern. Außenministerin Annalena Baerbock nannte den Vorschlag eines Ringtausches am Montag „eine Option“.



Aus den Reihen der NATO kritisiert: Bundeskanzler Scholz und der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Gerhartz (v. l.)

FOTO: IMAGO/BÖRN TROTZKI

NORD-STREAM-ANSCHLÄGE

Nun ermitteln nur noch Russland und Deutschland

Nach Schweden hat auch Dänemark die Ermittlungen eingestellt

Am 26. September 2022 fand der bislang schwerste Anschlag auf die deutsche Energie-Infrastruktur statt. Unbekannte Täter sprengten drei der vier Stränge der Unterwasser-Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 auf dem Meeresgrund südöstlich und nordöstlich von Bornholm und damit in den jeweiligen Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) Dänemarks und Schwedens. Deswegen beteiligten sich auch Ermittler aus den beiden skandinavischen Königreichen an der Aufklärung der Terrorakte. Diese haben ihre Arbeit allerdings nun eingestellt.

Mats Ljungqvist von der schwedischen Staatsanwaltschaft begründete den Rückzug mit dem Umstand, dass man keine Hinweise auf eine Tatbeteiligung schwedischer Bürger gefunden habe – vielmehr müsse von der Aktion „eines staatlichen

Akteurs“ ausgegangen werden, womit die Justiz seines Landes „nicht zuständig“ sei.

Ähnlich argumentierte die Kopenhagener Polizei: Sie habe im Einvernehmen mit dem dänischen Inlands-Geheimdienst PET entschieden, die „strafrechtlichen Ermittlungen zu den Explosionen abzuschließen“, weil die Täter, welche die Pipelines „sabotierten“, nicht gefunden werden konnten.

Damit ermitteln nun nur noch Russland und Deutschland wegen der Anschläge. Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat ein Verfahren wegen eines internationalen Terrorakts eingeleitet, stößt damit aber an Grenzen, weil ihr jegliche Form von Rechtshilfe seitens der anderen involvierten Staaten verweigert wird.

Hierzulande liegt der Fall federführend bei der Generalbundesanwaltschaft

in Karlsruhe, wobei diese offenbar Amtshilfe vom Bundeskriminalamt erhält. Dagegen ist nichts über eine Beteiligung des deutschen In- und Auslandsgeheimdienstes bekannt.

Die Ermittlungen stehen seit dem 4. März unter der Aufsicht des neuen Generalbundesanwaltes Jens Rommel, der zuvor Richter am Bundesgerichtshof beziehungsweise mit der Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen befasst war. Er löste Peter Frank ab, dem es während seiner Amtszeit nicht gelungen war, substanzielle Erfolge bei der Suche nach den Verantwortlichen für die Anschläge zu erzielen.

Bislang wurden Presseanfragen zum Stand der Ermittlungen stets mit Verweisen auf das „Staatswohl“ und die „Restriktionen der Third-Party-Rule“ abgeschmet-

tert, denen zufolge keine Informationen preisgegeben werden dürfen, die von Geheimdiensten anderer Länder stammen.

Nun stellt sich die Frage, ob Rommel ebenfalls so argumentieren kann, nachdem die Nachrichtendienste Dänemarks und Schwedens aus den Ermittlungen ausgestiegen sind. Andererseits ist der Generalbundesanwalt dem Bundesjustizminister gegenüber weisungsgebunden. Deswegen könnte jedes für die Bundesregierung politisch brisante Ermittlungsergebnis geheim bleiben. So wäre es kaum opportun, die USA oder die Ukraine als Täter zu entlarven. Alternative Möglichkeiten bestehen aber nicht – abgesehen von Schuldzuweisungen an Russland oder dem Eingeständnis einer Sprengung durch eigene Kräfte, um die Abhängigkeit von Moskau zu beenden. **Wolfgang Kaufmann**

VON HERMANN MÜLLER

Die Idee, Kunststoffabfälle in Blumentöpfe oder Gartenmöbel zu verwandeln, trifft in der Bevölkerung auf deutlich mehr Zustimmung als beispielsweise der Zwang zur Installation von Wärmepumpen oder der Bau von Windrädern in Wäldern. International genießen die Deutschen den Ruf, Mülltrennung mit ganz besonderem Eifer und Ernst zu betreiben.

Trotz dieser günstigen Voraussetzungen steckt die Branche für Kunststoffrecycling in einer tiefen Krise. Mehrere Unternehmen haben Recyclinganlagen für Plastikmüll geschlossen. Zum Jahreswechsel hat der französische Entsorger Veolia in Rostock seinen bisherigen Standort zum Recycling von PET-Getränkflaschen geschlossen. Der Entschluss, die Anlage nach über 20 Jahren aufzugeben, beruht laut dem Branchenriesen auf einer Einschätzung des Marktes. Demnach ist es nicht gelungen, den Absatz von recyceltem PET mit der Getränkeindustrie und dem Handel abzusichern. Bereits Anfang Mai vergangenen Jahres hatte der Folienrecycler FVH seine Produktion in Schwerin eingestellt. Das Recyclingunternehmen HC Plastics GmbH mit Sitz in Swisttal bei Bonn meldete vergangenes Jahr sogar Insolvenz an. Das Unternehmen hatte erst Ende 2022 eine hochmoderne Anlage zum Recycling von Kunststoffen in Betrieb genommen.

Rom gegen Verpackungsverordnung

Bei einer Umfrage des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung (BVSE) im Schlussquartal 2023 schätzte jedes dritte im Verband organisierte Kunststoffrecycling-Unternehmen die eigene wirtschaftliche Lage entweder als mangelhaft oder als ungenügend ein. Das Problem der Branche besteht nicht nur in einer mangelnden Nachfrage, weil die Verbraucher aufgrund der allgemeinen Wirtschaftslage derzeit in trüber Konsumlaune sind. Vielmehr greifen Abnehmer in der Industrie verstärkt auf Neuware zurück. Vor allem Hersteller in Asien verdrängen mit preiswerten Angeboten die Recyclingkunststoffe. Der europäische Recycling-Verband EuRIC beklagt dabei einen unfairen Wettbewerb. „Diese hauptsächlich aus Asien importierten Kunststoffe werden unter Bedingungen verarbeitet, die nicht den EU-Normen entsprechen“, so der Verband. Zusätzlich



Der Branche für Kunststoffrecycling geht es schlecht. Ihre Lobby ruft nach staatlichen „Anreizen“ im Allgemeinen und der geplanten EU-Verpackungsverordnung im Besonderen: Veolia Umweltservice Nord Niederlassung EVG GmbH in Rostocks Seehafen

EUROPÄISCHE UNION

Liberaler Doppelschlag gegen Brüssels Markteingriffe?

Bundeswirtschaftsminister Lindner (FDP) soll mit Italien an Bündnis gegen geplanter Verpackungsverordnung und Lieferkettenrichtlinie der EU arbeiten

erschwert wird die Situation der europäischen Unternehmen durch hohe Energiepreise und das Lohnniveau in der EU.

FDP gegen Lieferkettenrichtlinie

Ob die Branche in Europa eine Zukunft hat, hängt damit stark von den politischen Rahmenbedingungen ab. Herwart Wilms, der Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft, sieht die Politik in der Pflicht, für den Einsatz von Recyclingrohstoffen „endlich Anreize“ zu schaffen. Deutlich verbessern könnten sich die Aussichten der Branche mit einer EU-Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle. Parlament und Kommission der EU wollten die neue Verordnung ursprünglich noch vor den Europawahlen im Juni beschließen. Inzwischen

warnet der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft jedoch vor einem Scheitern der Verpackungsverordnung noch auf den letzten Metern. Anlass für die Warnung ist ein Bericht über einen Deal, der innerhalb der Ampelkoalition noch für erheblichen Streit sorgen kann.

Wie der Informationsdienst „Table Media“ und dessen Partner „Focus“ gemeldet haben, soll Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) Italien Hilfe zugesagt haben, die geplante Verpackungsverordnung zu blockieren. Als Gegenleistung wird laut dem Bericht von der italienischen Regierung Unterstützung dabei erwartet, eine Sperrminorität für die EU-Lieferkettenrichtlinie zu erreichen. Der bisherige Entwurf für diese Richtlinie wird von mehreren deutschen Industrieverbänden abgelehnt.

Der „Focus“ bewertete einen entsprechenden Vorstoß des liberalen Finanzministers als einen Versuch, Grüne und SPD zu umgehen. Brüskiert vorkommen müssten sich vor allem Wirtschaftsminister Robert Habeck und die Umweltministerin Steffi Lemke (beide Grüne). Lemke führt auf der EU-Ebene nämlich die Verhandlungen über die Verpackungsverordnung für Deutschland. Mittlerweile muss sie damit rechnen, dass die Verpackungsverordnung nicht mehr vor der EU-Wahl im Juni beschlossen wird.

Die letzte Plenartagung des Europaparlaments in dieser Wahlperiode ist nämlich schon für die letzte Aprilwoche geplant. Sollte bis dahin keine Einigung erzielt sein, steht in den Sternen, wie ein neu gewähltes EU-Parlament mit der Verpackungsverordnung umgehen wird.

MELDUNGEN

Verfrühter Ruf nach Senkung

Wiesbaden – Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden ist die Inflation im Februar auf zweieinhalb Prozent gesunken. Das wäre der niedrigste Wert seit dem Juni des Jahres 2021. Deshalb ertönt nun der Ruf nach Zinssenkungen. Vor diesen warnen jedoch Experten wie der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Robin Winkler, und der Präsident der Bundesbank, Joachim Nagel. Sie verweisen insbesondere auf die sogenannte Kerninflation, die weiterhin bei 3,4 Prozent liegt. Bei der Berechnung der Kerninflation werden die ständig schwankenden Preise für Energie und Nahrungsmittel ausgeblendet, um zu ermitteln, wie stark die Teuerung in den zentralen Wirtschaftsbereichen ist. Und diese Kerninflation dürfte auch in den kommenden Monaten kaum sinken. Das resultiert vor allem aus der Entwicklung der Löhne. Diese stiegen vergangenes Jahr um durchschnittlich sechs Prozent, weswegen die Europäische Zentralbank „Zweitundeneffekte“ bei den Preisen befürchtet. W.K.

Prämien für Nicht-Weiße

Redmond – Beim US-amerikanischen Software- und Technologieunternehmen Microsoft Corporation haben Angehörige „rassischer und ethnischer Minderheitengruppen ... Anspruch auf Prämien“. Das geht aus dem „Diversity and Inclusion Report“ des Konzerns für 2023 hervor. Die Prämie beträgt bei Schwarzen oder Latinos 0,4 und bei Asiaten 1,2 Prozent des Gehalts. Ein ähnliches Prinzip gilt bei der Bezahlung von Frauen. Deren Lohnplus gegenüber männlichen Kollegen beträgt 0,7 Prozent. Kritiker dieser Prämien halten sie für ungesetzlich, da sie beispielsweise gegen den Genetic Information Non-discrimination Act (GINA) von 2008 verstießen. W.K.

ANZEIGE

JF

www.jf-aktion.de/paz



Auch in unserer Redaktion ist Preußen nicht vergessen. Eher vermisst.

Die JUNGE FREIHEIT fordert seit mehr als 30 Jahren den linken Zeitgeist in Deutschland heraus. Mit 45 Redakteuren und Mitarbeitern, über 150 freien Journalisten, Publizisten und Wissenschaftlern, über 50.000 Lesern pro Woche und mehr als 4 Millionen Website-Aufrufen im Monat sind wir die starke Stimme im konservativ-freiheitlichen Spektrum. Wir freuen uns aber über jede Konkurrenz. Die lebt bekanntlich das Geschäft. Und noch viel wichtiger: den politischen Diskurs. Denn eines ist sicher: Unabhängige Stimmen kann es nicht genug geben. Wir wünschen der »Preußischen Allgemeinen« daher weiterhin viel Erfolg. Für die Meinungsvielfalt. Für Deutschland. Für alle, die es wissen wollen.

Neugierig?
Jetzt 4 Wochen
gratis lesen:



JUNGE FREIHEIT
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.

KOMMENTAR

Schweigen zu Zypern

BODO BOST

Mitglieder der Bundesregierung behaupten, dass sie seit dem 7. Oktober 2023 verstärkt den Antisemitismus bekämpfen. Dabei verfallen sie selbst auf antisemitische Diskurse, und merken es noch nicht einmal.

Ein Zeichen von Antisemitismus ist, dass der Staat Israel nur, weil er von Juden gegründet wurde, strenger behandelt wird als andere Staaten. Die deutsche Regierung hat seit dem 7. Oktober mehrmals behauptet, dass das Existenzrecht und die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson gehöre. Aber immer wieder kritisiert sie die israelische Siedlungspolitik im besetzten Westjordanland, nicht jedoch die türkische im seit 50 Jahren besetzten Nordzypern, wo die Siedlungen ein im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung viel größeres Ausmaß angenommen haben als im Westjordanland. Man behauptet, dass man damit die Politik des „Rechtsextremisten“ Netanjahu und nicht das Existenzrecht Israels kritisiere, dabei verschweigt man, dass unter den vielen Jahren der Linksregierungen in Israel die meisten Siedlungen seit 1967 angelegt wurden.

1974 hatte das NATO-Mitglied Türkei ohne Kriegserklärung das NATO-Mitglied Zypern angegriffen, den Nordteil der Insel völkerrechtswidrig besetzt und die griechische Bevölkerung getötet oder vertrieben. Es war der erste Krieg zwischen zwei NATO-Staaten. Vorwand war ein Staatsstreich auf Zypern. Aber in der Türkei gab es in dieser Zeit mehrere Staatsstrieche, und nie hat ein anderes NATO-Land die Türkei angegriffen.

Kritik aus Berlin? Fehlzanzeige

Die Türkei hat die Besetzung seitdem nicht beendet, auch nicht, als der Südteil der Insel 2004 EU-Mitglied wurde, sondern versucht, mit einer Siedlungspolitik im Sinne einer Türkisierung vollendete Tatsachen zu schaffen. Wurde die Türkei dafür von Deutschland oder anderen EU-Staaten kritisiert wie Israel für seine Siedlungspolitik? Fehlzanzeige. Lediglich die einzige international anerkannte zypriote Regierung kritisiert diese Siedlungspolitik, die jegliche Chancen auf eine Wiedervereinigung unmöglich macht.

Das offensichtliche Ziel Ankaras ist es, den besetzten Teil Zyperns zu assi-

milieren und irgendwann für die Türkei zu annektieren. In einem Interview für die türkisch-zypriotische Zeitung „Vatan“ hat der ehemalige türkisch-zypriotische Führer Mehmet Ali Talat die Siedlungspolitik der Türken eingestanden. Er sagte sogar unter anderem, dass „die türkisch-zypriotische Staatsbürgerschaft manchmal auch in Restaurants verteilt“ werde. Es gebe Leute, welche niemals nach Zypern gekommen seien und „trotzdem die Staatsbürgerschaft bekommen“ hätten. Laut Informationen, welche sowohl von der türkischen als auch von der türkisch-zypriotischen Presse bestätigt wurden, sind die Siedler entweder Türken oder von türkischer Abstammung (wie etwa türkischsprachige Bulgaren).

Selbst türkische Zyprioten gehen

Die Besiedlung verletzt die Eigentumsrechte der griechisch-zypriotischen Vertriebenen. Laut der türkisch-zypriotischen Zeitung „Avrupa“ sind seit 1974 mindestens 40.000 Eigentumsurkunden an Siedler vergeben worden. Laut dem Bericht geht es um mehr als die Hälfte der Fläche Nordzyperns. Parallel mit der Besiedlung sind zahlreiche eingeborene türkische Zyprioten ausgewandert. Heute leben in Nordzypern mehr als 200.000 anatolisch-türkische Siedler, dazu kommen 45.000 türkische Soldaten, aber weniger als 100.000 eingeborene türkische Zyprioten. Die türkischen Zyprioten sind eine Minderheit in der eigenen Heimat, griechische Zyprioten leben im Norden nur noch einige Hundert, zumeist in Mischehen.

Zum Vergleich: Im Westjordanland stehen den etwa 3,5 Millionen Palästinensern nur etwa 430.000 israelische Siedler gegenüber. Anatolische Siedler stellen im Parlament von Nordzypern bereits die größte Fraktion. Türkisch ist alleinige Amtssprache im Norden, während im Süden weiterhin Griechisch und Türkisch gleichberechtigt sind, wie es in Zypern seit dessen Unabhängigkeit 1960 immer war. Im Norden ist die türkische Lira, die bald nichts mehr wert ist, die offizielle Währung und im Süden der Euro, weswegen immer mehr der alteingesessenen türkischen Zyprioten, die weiterhin die gesamtzypriotische Staatsbürgerschaft haben, sich im Süden niederlassen. Umgekehrt dürfen das griechisch-zypriotische Flüchtlinge aus dem Norden in ihrer alten Heimat nicht.



Nimmt kein Blatt vor den Mund: Kay Scheller, Präsident des Bundesrechnungshofs

Foto: imago/Reiner Zensen

LEITARTIKEL

Fachleute ausmanövriert

HANS HECKEL

Die Neubesetzung der Mehrheit der Posten in der Ständigen Impfkommision (STIKO) hat heftige Kritik ausgelöst (siehe S. 4). Handelt es sich dabei bloß um das erwartbare Getöse der Opposition, hier der AfD, die mit ihrer Kritik an der Entscheidung eines Mitglieds des Bundeskabinetts die Regierung vorführen will? Nein, denn wie es scheint, ist die Kritik des AfD-Gesundheitspolitikers durchaus fundiert. An die Stelle von weitgehend unabhängigen Fachleuten tritt eine Riege von Personen, bei denen sich der Verdacht aufdrängt, dass auch Lobby-Interessen oder ideologische Vorgaben ihr Handeln beeinflussen könnten.

Besonders bedenklich ist, dass die Umbesetzung bei der STIKO einem allgemeinen Trend zu folgen scheint. Vor allem die Partei der Grünen fällt damit auf, dass sie Aufgaben, die bislang nach rein fachlicher Eignung vergeben wurden, nach einer grünen Regierungsübernahme bevorzugt unter das Kommando von Parteifreunden stellt. Vor diesem Hintergrund überrascht ein Vorgang aus den vergangenen Tagen schon weniger: Es war der Präsident des Bundesrechnungshofs, Kay Scheller, welcher die Energiepolitik der Bundesregierung einer vernichtenden Kritik unterzog.

Scheller zeigt minutiös und in klarer Sprache auf, von welch falschen Annahmen und völlig unrealistischen Erwartung Habecks grüne Energiewende getrieben wird und welch immensen Schaden diese Politik für das Land anrichten dürfte. Der zuständige Minister Robert Habeck reagierte deutlich verärgert auf die sachlich sehr fundierte Abrechnung.

Sachargumente zählen nicht

Aber halt: Warum kommt eine solche Kritik nur vom Rechnungshof? Wäre nicht viel eher die Bundesnetzagentur von Amts wegen berufen, hier ihre Stimme zu erheben? Die Agentur soll die Sicherheit und Bezahlbarkeit der deutschen Energieversorgung überwachen, doch von dort sind keine Warnungen zu hören, die an die Dringlichkeit von Schellers schonungsloser Analyse auch nur annähernd heranreichen.

Die Antwort lieferte Anna Veronika Wendland, einst harsche Gegnerin der Kernkraft und mittlerweile Befürworterin dieser Technologie, im Interview mit der

PAZ schon im Jahr 2022 (24/2022), als sie hinsichtlich des Chefs der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, lapidar feststellte: „Allerdings ist mit Klaus Müller auch der Chef der Bundesnetzagentur ein Grüner. Und der wird den Teufel tun und erzählen, dass die Netzstabilität ernsthaft ge-

te Expertise. Anders wäre die Berufung von Jennifer Morgan, gelernte Klima-Aktivistin und vormals Co-Chefin von Greenpeace, zur Staatssekretärin in Annalena Baerbocks Auswärtigem Amt kaum zu erklären.

Nun sind in den Ämtern und Ministerien ungeachtet dessen weiterhin echte Fachleute aktiv – auch wenn etwa Baerbock die Anforderungen für die Aufnahme in den Auswärtigen Dienst absenken ließ, möglicherweise, um mehr wenig qualifizierten Parteifreunde in die Positionen hieven zu können.

Trotzdem, die Fachleute gibt es noch. Aber wenn diese lieber schweigen als ihren irrlaufenden Vorgesetzten in den Arm zu fallen, dann womöglich mit gutem Grund. Im Sommer 2022 gerieten hochqualifizierte Beamte des Wirtschaftsministeriums ins Visier des Verfassungsschutzes wegen des Verdachts auf Spionage für Russland.

Widerspruch wird gefährlich

Tatsächlich hatten die Spitzenbeamte lediglich auf die möglicherweise schlimmen Folgen der Russland-Sanktionen für die deutsche Wirtschaft hingewiesen. Wer den Geheimdienst auf die Experten angesetzt hat, wurde nie ganz geklärt. Der Verdacht fiel auf Habecks Staatssekretär Patrick Graichen. Der als „Architekt der grünen Energiewende“ bekannte Politiker musste im Mai 2023 seinen Stuhl räumen wegen des Vorwurfs der Vetternwirtschaft („Trauzeugen-Affäre“). Der Spionageverdacht gegen die Beamten löste sich in Luft auf. Sie hatten nichts anderes getan als ihre Pflicht. Dennoch müssen sie jetzt mit der Tatsache leben, dass in ihrem Lebenslauf steht, sie hätten zeitweilig unter dem Verdacht der Spionage gestanden.

Anderer Meinung zu sein als der Minister und seine ministerielle Partei-Entourage reicht also, um ins Visier zu geraten. Arne Schönbohm, bis Ende 2022 Präsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, verlor sein Amt offenbar nur deshalb, weil seine politische Grundausrichtung seiner obersten Dienstherrin, der Bundesinnenministerin Nancy Faeser, nicht genehm war.

In einem solchen System der Parteiloyalisierung von Fachebenen entstehen ideologisch abgeschirmte Ministerialblasen, in denen niemand mehr widersprechen mag – und in denen Fehler unentdeckt aufwachsen können, weil niemand rechtzeitig zu warnen wagte.

Wo Expertise gefragt wäre, geben Parteigänger den Ton an

fährdet ist. Stattdessen wird auch er behaupten, dass es sich hier nur um Übergangsschwierigkeiten handle.“

Hier liegt das Problem, das bei Weitem nicht auf das Habeck-Ministerium begrenzt ist. So stehen auch dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit mit dessen Chef Wolfram König, dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung unter Christian Kühn, dem Umweltbundesamt mit Dirk Messner an der Spitze und dem von Sabine Riewenheim geführten Bundesamt für Naturschutz grüne Parteigänger vor.

Dort mag der Grund dafür zu suchen sein, warum beispielsweise die teils verheerenden Auswirkungen von Wind- und Solarstromgewinnung auf die Natur kaum je von den zuständigen Bundesämtern thematisiert werden.

Weshalb die in der Öffentlichkeit immer sachlicher geführte Debatte über die Kernkraft vom Habeck-Ministerium so harsch wie unreflektiert beiseitegeschoben wird, dafür gab Wendland ebenfalls schon 2022 die passende Antwort in der PAZ: „Die Argumente von Herrn Habeck stammen aus dem Bundesumweltministerium, wo faktisch seit Jahren die bürokratisierte Anti-AKW-Bewegung sitzt, die nun auf ministerieller Ebene Politik macht ... Das Problem ist, das an den Spitzen der zuständigen Umweltbehörden grüne Funktionäre sitzen, die über die Atomkraft nur Angstbotschaften verbreiten. Diese Leute werden voraussichtlich nie ein Endlager finden.“

Auch in anderen Ministerien scheint ideologische Gefolgschaft selbst in Spitzenfunktionen, die einst Fachleuten vorbehalten waren, wichtiger zu sein als ech-

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

| | |
|------------------------|------------------------|
| Telefon | (040) 4140 08-0 |
| Telefon Redaktion | (040) 4140 08-32 |
| Fax Redaktion/Anzeigen | (040) 4140 08-50 |
| Telefon Anzeigen | (040) 4140 08-32 |
| Telefon Vertrieb | (040) 4140 08-42 |
| Fax Vertrieb | (040) 4140 08-51 |

Internet: www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Der Retter aus Preußen

Ein Fan des Historismus und ein Sanierer mit Geschmack – Preußenprinz Albrecht als Denkmalpfleger im Stammgebiet der Welfen

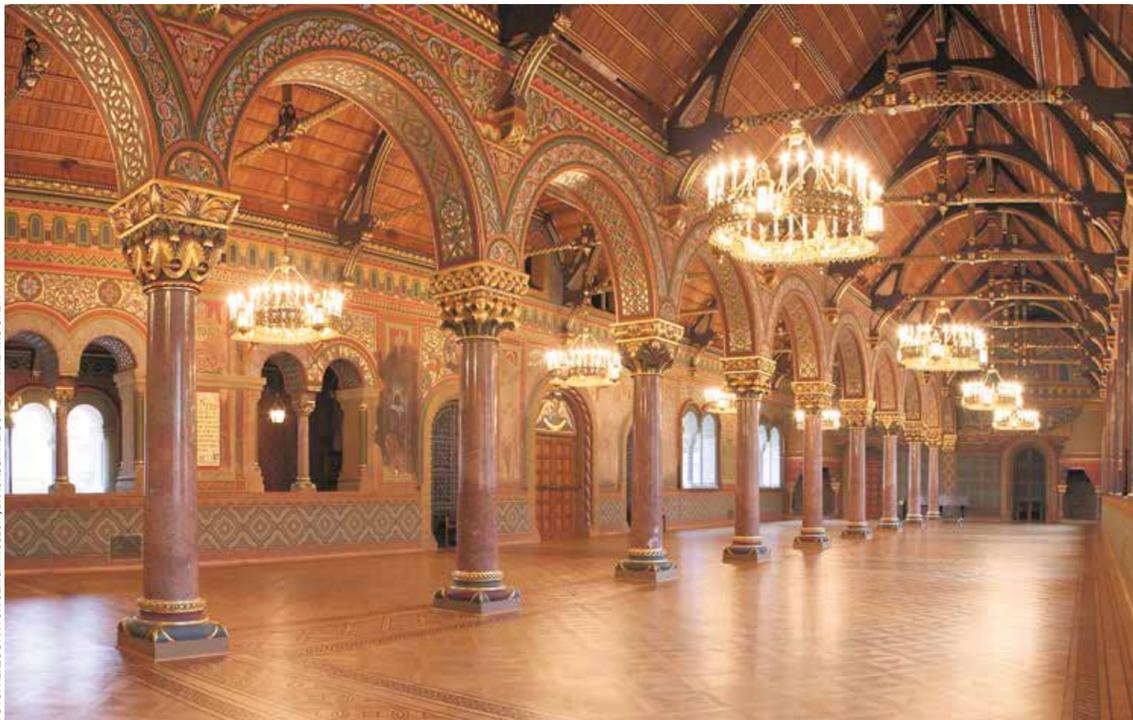
VON HELGA SCHNEHAGEN

Braunschweig bewahrt mit dem Prinz-Albrecht-Park und Prinz-Albrecht-Denkmal die Erinnerungen an Prinz Albrecht von Preußen (1837–1906), Neffe Kaiser Wilhelms I. und Enkel von Königin Luise und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen. Als Interimsregent hat er im alten Herzogtum Braunschweig beachtliche kunsthistorische Spuren hinterlassen.

Wie kam es dazu? Nachdem Preußen 1866 das Königreich Hannover annektiert hatte, behielt das Herzogtum Braunschweig seine Eigenstaatlichkeit. Als Herzog Wilhelm 1884 ohne legitimen Erben starb, sorgte Bismarck dafür, dass die braunschweigische Landesversammlung am 2. November 1885 Prinz Albrecht zum Regenten des Herzogtums wählte und das Stammgebiet der Welfen damit unter preußischen Einfluss kam. 21 Jahre lang, bis zu seinem Tod, sollte der Prinz die Geschichte des Fürstentums lenken.

Der Preußenprinz erwies sich als ein an der Landesgeschichte überaus interessierter Denkmalpfleger, der persönlich dazu beitrug, dass Braunschweigs Herz und Zentrum, der Burgplatz, seine geschichtliche und kulturelle Bedeutung bewahren konnte. Seit dem 9. Jahrhundert lag an diesem Ort der Fürstensitz der Brunonen. Im 12. Jahrhundert wurde er zum Repräsentationszentrum welfischer Macht. Heinrich der Löwe, berühmtester und mächtigster Sohn der Familie, ließ hier die Burg Dankwarderode, die Stiftskirche St. Blasii, den heutigen Dom, mit der Grablege der Welfendynastie und das Standbild des Löwen errichten.

Die mehrfach zerstörte und wiedererrichtete Burg hatte 1873 ein Feuer derart stark beschädigt, dass die Stadt sie abreißen wollte. Als aber verwertbare romanische Gebäudeteile „entdeckt“ wurden, stoppte der Protest geschichtsbewusster Bürger das Vorhaben. Schließlich erstellte der Braunschweiger Architekt und Stadt-



Glanzvolles Erbe: Der von Prinz Albrecht von Preußen vor dem Verfall gerettete Kaisersaal von Burg Dankwarderode

baurat Ludwig Winter ein Gutachten für den Wiederaufbau. Die errechneten Kosten sprengten jedoch jeden Rahmen.

Mit dem Amtsantritt Albrechts von Preußen kam neuer Schwung in die Sache. Der Prinz beschloss 1886, den Wiederaufbau der Burg mit Privatmitteln zu finanzieren. Dabei wurde aus der wissenschaftlich fundierten Rekonstruktion eine historische Inszenierung nach Wünschen des Prinzen, die sich an der Goslarer Kaiserpfalz, der Wartburg und Schloss Neuschwanstein orientierte.

Die heutige Burg aber ist die Rekonstruktion der Rekonstruktion von 1906. Bei den Luftangriffen von 1944, die Braunschweigs Innenstadt zu 90 Prozent vernichteten, wurde auch Burg Dankwarderode stark beschädigt. Die Gedenktafel

für Prinz Albrecht von Preußen als Wiederhersteller der Burg im glanzvollen Rittersaal hat dennoch ihre volle Berechtigung. Ohne seinen Einsatz, Herzog Heinrich des Löwen verfallene Burg im alten Glanz neu erstehen zu lassen, gäbe es auch den heutigen Bau von 1995 nicht.

Kaiserdome Königslutter zerfiel

Der Burgplatz ist neben Aegidienviertel, Altstadtmarkt, Magniviertel und Michaelisviertel eine der fünf wiederaufgebauten Traditionensinseln, die Braunschweig nicht nur reizvolles Altstadtflair verschaffen, sondern auch eine belebte und beliebte Innenstadt. Die komplette Rekonstruktion des klassizistischen Herzogschlösses fügt seit 2006 noch die Aura der alten Residenzstadt hinzu. Nicht ohne Grund ha-

ben Lokalpolitiker mit dem Gedanken gespielt, sich mit Braunschweigs Traditionensinseln für die Welterbeliste der UNESCO zu bewerben.

Weniger bekannt als die Kaiserdome von Mainz, Worms, Speyer, aber auch von Aachen, Frankfurt am Main, Bamberg, Magdeburg und Merseburg ist der Kaiserdome Königslutter im heutigen Landkreis Helmstedt. Die Instandsetzung dieses bedeutenden Baus der Romanik ist ebenfalls Prinz Albrecht zu verdanken.

Nach der Auflösung des von Kaiser Lothar III., dem Großvater von Heinrich dem Löwen, 1135 gegründeten Klosters im Jahr 1809 verfiel die Abteikirche, der heutige Kaiserdome, immer mehr. Ende des 19. Jahrhunderts war der Zustand der Kirche so schlecht, dass die Renovierung un-

gänglich war. Prinz Albrecht veranlassete eine der Bedeutung der kaiserlichen Grablege angemessene vollständige Neugestaltung des Innenraums. Parallel zur Rekonstruktion von Burg Dankwarderode begann die Neuausmalung des Kaiserdoms durch den Braunschweiger Hof- und Dekorationsmaler Adolf Quensen, der nach deren Fertigstellung 1894 seine Arbeit in der Burg fortsetzte.

Das Bild-Programm lieferte August Essenwein, der als Experte für romanische Kunstgeschichte galt. Auf der Basis von Resten alter Malerei ging er davon aus, dass die Kirche im Mittelalter vollständig mit biblischen Szenen und dekorativen Elementen ausgemalt war. Somit machte er den Raum zu einer Art Prozessionsstraße, deren Ziel die Majestas Domini in der Hauptapsis ist.

Unter den Darstellungen fallen die Verkörperungen der vier Elemente an der Südwand und der vier Tageszeiten an der Nordwand auf. Das Querhaus bestimmen Darstellungen singender und musizierender Engelschöre, denen im südlichen Kreuzarm alttestamentarische Texte, im nördlichen neuteamentarische zugeordnet sind. An den Vierungspfeilern prangen großfigurige Idealporträts der Kirchenstifter, des Kaisers Lothar III. und seiner Ehegattin Richenza, sowie Johannes des Täufers und Moses'. An der Decke erstrahlt das himmlische Jerusalem.

Der Kaiserdome teilte das Schicksal der Restaurierung der Restaurierung quasi in letzter Minute. Rund hundert Jahre nach Fertigstellung der Malereien waren diese durch Verunreinigungen, Salzausblühungen und Baumaßnahmen kaum noch rettbar beschädigt und zu großen Teilen überfüncht. Nur zögerlich erkannte man den Wert des historischen Gesamtkunstwerks an. Doch 2001 entschloss man sich zu einer umfassenden Restaurierung, die 2010, pünktlich zur 875-Jahr-Feier des Kaiserdoms, abgeschlossen wurde und den Besucher heute staunend in ihren Bann zieht.

AUSSTELLUNG

Eine Zoo-Dauerkarte zum Erfolg

Meister der Tierplastiken – Ein hessisches Museum präsentiert dauerhaft Werke von August Gaul

Zu den Wahrzeichen von Königsberg gehört die 1912 aufgestellte Plastik der „Kämpfenden Wisente“, die dort noch heute unversehrt in der Hufenallee [Prospekt Mira] steht. Sie stammt von dem Tierbildhauer August Gaul, dem im Hanauer „Museum Großauheim“ eine kleine Dauerausstellung gewidmet ist.

Gaul wurde 1869 als Sohn eines Steinmetzes im vormals kurhessischen Großauheim geboren, das drei Jahre zuvor preußisch geworden war. Ausgebildet wurde er an der Königlichen Zeichenakademie Hanau und an der Preußischen Akademie der Künste in Berlin. 1894 war es ihm möglich, zum Meisterschüler des Bildhauers Reinhold Begas aufzusteigen und an der Gestaltung des Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit mitzuwirken.

Begas war zu dieser Zeit ein Künstlerstar, dessen Pathos vor allem von Kaiser Wilhelm II. geschätzt wurde. Zahlreiche öffentliche Denkmäler und Brunnen jener Jahre stammen aus seiner Hand, so die Berliner Anlagen für Schiller, Alexander

von Humboldt und Bismarck sowie der berühmte Neptunbrunnen vor dem Roten Rathaus. Das Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal wurde nach 1945 von den Sowjets abgerissen. Einzig die von Gaul geschaffenen Löwenfiguren am Sockel blieben erhalten und finden sich heute im Tierpark Berlin-Friedrichsfelde. Am Berliner Bismarck-Denkmal stammt zudem ein „bezwungener Leopard“ von Gaul.

1898 gehörte er neben Max Liebermann und Fritz Klimsch zu den Gründungsmitgliedern der „Berliner Sezession“. 1908 wurde er Professor der Akademie der Künste, 1921 Senator der Akademie, starb aber kurz darauf überraschend.

Gaul wurde von seinen Zeitgenossen als zurückhaltend und bescheiden beschrieben. Sein Interesse an der Tierwelt entstand durch den Gewinn einer Dauer-

karte für den Berliner Zoo. Zu diesem Zeitpunkt war die künstlerische Beschäftigung mit Tieren im Kulturbetrieb nur wenig anerkannt. Hinzu kam Gauls frühe Abwendung vom neobarocken Stil der Kaiserzeit und die Aufnahme einer reduzierten formalen Gestaltung. Ohne Rücksicht auf menschliche Repräsentationsbedürfnisse lag der Fokus seiner Arbeiten auf den Wesensmerkmalen des dargestellten Tieres.

Gaul schuf im Laufe seines künstlerischen Schaffens nicht nur Großfiguren, sondern auch Klein- und Kleinstformate, die teils zur Verzierung von Alltagsgegenständen, wie etwa Schalen und Türbeschlägen, Verwendung fanden. Die Großauheimer Dauerausstellung zeigt vor allem solche Kleinplastiken, die die Darstellungsfülle Gauls auffächern: Affen, Enten, Bären, einen schreitenden Strauß und eine wachsame Löwin. *Clausa-M. Wolfschlag*

● Museum Großauheim, Pfortenwingert 4, 63457 Hanau, geöffnet sonnabends und sonntags von 11 bis 17 Uhr, Eintritt: 4 Euro.



Bullenstreit in Königsberg: „Kämpfende Wisente“ von August Gaul

● MELDUNGEN

Früher zu aus Sparzwängen

Berlin – Die angespannte Haushaltslage zwingt die Stiftung Preussischer Kulturbesitz dazu, die Öffnungszeiten bei einigen der Staatlichen Museen zu Berlin zu reduzieren. Im Gegensatz dazu werden die Öffnungszeiten für die geplante Caspar-David-Friedrich-Ausstellung in der Alten Nationalgalerie (19.4. bis 4.8.) erweitert. *tws*

Raubkunst bei den Humboldts

Berlin – Vom 22. März bis 26. Januar 2025 zeigt das Humboldt-Forum die Ausstellung „Kunst als Beute. 10 Geschichten“. Anhand von zehn Fallstudien werden die Besucher mit dem komplexen Thema Raubkunst in drei verschiedenen Epochen konfrontiert: in der Kolonialzeit, während der napoleonischen Eroberungen und in der NS-Zeit. *tws*

BÖRRIES VON MÜNCHHAUSEN

Vom Philo- zum Antisemiten

Der Schriftsteller und Lyriker der Neuromantik spaltet die Literaturwelt bis heute. Vor 150 Jahren wurde er geboren

VON WOLFGANG REITH

Fern aus der Welt klang es im Takt, / Als ... ob ... wer ... Holz ... hackt -, / Ich will die Deutung nicht grad beschwören, / Aber ich glaubte, ‚Regieren‘ zu hören.“ Diese Worte könnten den Zustand des gegenwärtigen Politikbetriebes in Berlin kennzeichnen, tatsächlich aber stammen sie aus dem Jahre 1920, und zwar aus der Ballade „Die klugen Kleider“ des Freiherrn Börries von Münchhausen, eines entfernten Nachfahren des bekannten „Lügenbarons“ Hieronymus Carl Friedrich von Münchhausen.

Auch wenn er als Schriftsteller und Lyriker der Neuromantik heute weitgehend unbekannt ist, so spaltet er doch immer noch die Literaturwelt. Für die einen war er der bedeutendste Balladendichter seit Theodor Fontane, in dessen Nachfolge er sich selbst ebenso sah wie in der Theodor Storms, andere bezeichnen ihn wegen seiner Nähe zum Nationalsozialismus als antisemitischen und völkisch-nationalistischen Schriftsteller, verstand er seine Balladen doch als „Heldenlieder“. Aber ganz so einfach ist es nicht, denn anfänglich bekundete er große Bewunderung für das Judentum, zumal er sich regelmäßig in zionistischen Kreisen bewegte, die sogar für seine Schriften warben.

Geboren wurde Börries Albrecht Conon August Freiherr von Münchhausen am 20. März 1874 in Hildesheim, wo seine Eltern, denen mehrere Schlösser und Rittergüter gehörten, zusätzlich eine Mietwohnung besaßen. Dort verbrachte er auch die ersten vier Lebensjahre, ehe die Familie abwechselnd auf den Gütern wohnte. Das Mietobjekt in Hildesheim gehörte einem jüdischen Kaufmann, mit dessen Familie Münchhausen bis 1922 befreundet war.

Nachfahre des „Lügenbarons“

1887 kam der Junge, der bis dahin privat von der Mutter unterrichtet worden war, auf die preußische Klosterschule Ilfeld, ein protestantisches Internat. Im Jahr darauf wechselte er auf das Gymnasium in Altenburg, 1890 dann auf das Lyzeum II in Hannover. Dort legte er 1895 sein Abitur ab. Durch die jüdischen Mitschüler, so sagte er später, sei ihm bereits damals der Unterschied zwischen der deutschen und der jüdischen Rasse bewusst geworden.



Um 1913: Börries von Münchhausen

Foto: pa

Ab 1895 studierte Münchhausen zunächst Rechts- und Staatswissenschaften in seiner Geburtsstadt. Dann ging er für ein Semester an die Kunstakademie München, um anschließend sein Jurastudium in Göttingen fortzusetzen. Dort hat er einen Studentenkreis für Literatur gegründet und seinen ersten Gedichtband veröffentlicht. 1897 bestand er das erste juristische Staatsexamen, studierte danach aber noch Philosophie und Literaturgeschichte in Berlin. Dort lernte er Agnes Miegel kennen, mit der er von 1898 bis 1900 liiert war.

1899 schloss er in Leipzig sein Jurastudium mit der Promotion ab. Nebenher verkehrte er in zionistischen Kreisen. Das führte dazu, dass er 1900 seine Ballade „Juda“ veröffentlichte, in der er sich unter anderem für die Ansiedlung von Juden in Palästina aussprach. Gleichwohl äußerte er sich in den folgenden Jahren immer häufiger auch antisemitisch. So behauptete er 1907, Juden seien eine Rasse und kei-

ne Religion. Und zwei Jahre später erschreckte ihn die „Verjudung unseres Volkes aufs Höchste“. Das falle ihm immer besonders in Berlin auf.

1902 heiratete Münchhausen die drei Jahre ältere Anna von Breitenbuch. Die Witwe des Rittergutsbesitzers Heinrich Crusius, mit dem sie eine Tochter und einen Sohn hatte, brachte die beiden Halbweisen in die neue Ehe mit ein. 1904 wurde der gemeinsame Sohn Börries geboren. Ab 1909 war Münchhausen besoldeter Kammerherr der Herzogin Adelheid von Sachsen-Altenburg, Ehefrau des letzten Regenten des Herzogtums Sachsen-Altenburg. Fortan konnte Münchhausen Vortragsreisen für Adeligen in Europa unternehmen, die ihn bekannter machten.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges meldete er sich freiwillig zur Armee. Stolz schrieb er: „Das größte, was ein Mensch erleben kann, ist der Krieg!!!“ Nach Einsätzen an der Ostfront wurde er 1916 in

die Militärische Stelle des Auswärtigen Amtes (MAA) berufen. Dort machte er unter anderem Kriegspropaganda, für die seine das Heldentum preisenden Gedichte wie geschaffen waren. Damals favorisierte er eine Militärdiktatur als „die beste Regierungsform“, da sie die Wünsche der Deutschen viel schneller als jedes Parlament durchsetzen könne. Mit genug Zeit könne sie auch einen Beamtenkörper heranziehen für ein „tausendjähriges Reich“, von dem er damals schon sprach.

Nach dem Ersten Weltkrieg widmete sich Münchhausen wieder seiner literarischen Tätigkeit. 1920 kaufte er seinem Vater das Schloss Windischleuba im Landkreis Altenburger Land ab, das dieser 1880 erworben hatte, und zog mit seiner Familie dorthin.

Lehrmeister und Freund Miegels

In jener Zeit warf ihm der Alldeutsche Verband unter Alfred Hugenberg, der öffentlich völkische und antisemitische Thesen vertrat, die judenfreundlichen Passagen in seinen Büchern vor, die als „fortgesetzte Verbeugungen“ und Beweis „seelischer Abhängigkeit“ von einer „anmaßenden Jüdenschaft“ interpretiert wurden. Diese Angriffe scheinen in Münchhausen eine Kehrtwende bewirkt zu haben, denn er wandelte sich vom Philosemiten zum Antisemiten und vertrat von da an eine strikt judenfeindliche Ideologie. So schrieb er schon 1924 im „Deutschen Adelsblatt“: „Eine Ehe zwischen Arier und Juden ergibt immer einen Bastard.“

Mit der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten begann für Münchhausen ein neues Kapitel. Seine Gedichte wurden nun als besonders wertvolles deutsches Bildungs- und Kulturgut betrachtet. Im Oktober 1933 unterschrieb er das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“, ein Treueversprechen, das 88 deutsche Schriftsteller und Dichter gegenüber Adolf Hitler abgaben und dessen Wortlaut zusammen mit der Unterzeichnerliste deutschlandweit in der Presse verbreitet wurde. 1934 wurde Münchhausen Präsident der Gesellschaft der Bibliophilen, aus der nach einer Satzungsänderung alle jüdischen Mitglieder ausscheiden mussten.

1936 schlug von Münchhausen gar vor, Juden ihre deutschen Namen abzuerkennen. In einem Brief an Thomas Mann im Exil äußerte er 1937 eine allgemeine Zu-

friedenheit mit dem NS-Staat. Das deutsche Volk sei „seit vier Jahren tief glücklich“, und noch nie und nirgends habe eine Regierung „in so kurzer und schwerer Zeit eine solche Fülle von Segen über ein Volk ausgegossen wie das Hitlertum“.

Während des Zweiten Weltkrieges hielt Münchhausen erneut propagandistische Vorträge an den Fronten, in denen er die Notwendigkeit der deutschen Eroberungsfeldzüge begründete. Nachdem ihm Göttingen die Ehrenbürgerschaft schon 1937 verliehen hatte, machte ihn 1944 zu seinem 70. Geburtstag auch Altenburg zu seinem Ehrenbürger. Als im August des Jahres im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda die „Gottbegnadeten-Liste“ zusammengestellt wurde, war sein Name dabei.

Den Zweiten Weltkrieg überlebte er trotzdem nicht. Aus Angst vor dem Einmarsch der Roten Armee und angesichts des Untergangs des Dritten Reiches schied Münchhausen am 16. März 1945 freiwillig aus dem Leben. Bis zuletzt hatte er an den deutschen Endsieg geglaubt. Dabei waren es einen Monat nach seinem Tod US-Amerikaner, die Thüringen eroberten und auch Altenburg einnahmen. Zu allem Leid kam hinzu, dass seine Frau bereits am 16. Januar 1945 nach einem Schlaganfall verstorben war. Das Ehepaar fand seine letzte Ruhestätte auf dem Friedhof von Windischleuba. Ihr gemeinsamer Sohn Börries war bereits 1934 bei einem Autounfall zu Tode gekommen. Das Schloss der Familie wurde bei der Bodenreform 1945 enteignet und dient seit 1977 als Jugendherberge.

Bis heute wird der Dichter und Schriftsteller Münchhausen kontrovers beurteilt. Während man ihn einerseits als „Vertreter reaktionären Gedankenguts“ bezeichnet, erfuhr etwa seine Ballade „Jenseits (des Tales standen ihre Zelte)“ in der Gegenwart noch eine besondere Rezeption. Obwohl sie vertont in die Liederbücher nicht nur des Wandervogels, sondern auch der Hitlerjugend Eingang gefunden hatte, übernahm sie auch der Jüdische Pfadfinderbund – wohl wissend, wer der Autor war. Und der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki sah 2005 kein Problem darin, „Jenseits (des Tales standen ihre Zelte)“ in seine Anthologie „Der Kanon“ zu übernehmen. Schlagersänger Heino landete mit eben diesem Lied 1965 gar seinen ersten Hit.

WOLFGANG KIELING

Mehr als der Narr des Königs

Der Film- und Theaterschauspieler sowie Synchron- und Hörspielsprecher kam vor 100 Jahren in Berlin zur Welt

Preußeninteressierte kennen ihn in der Rolle der historischen Figur des Jacob Paul von Gundling an der Seite von Götz George als Soldatenkönig in der 1981 gedrehten Verfilmung des gleichnamigen Romans von Martin Stade „Der König und sein Narr“. Hitchcock-Fans denken bei seinem Namen vielleicht eher an den 1966 erschienenen US-Spielfilm „Der zerrissene Vorhang“, in dem er einen Stasi-Mitarbeiter spielt, dessen Kopf in einer quälend langen Filmsequenz durch die von Paul Newman verkörperte männliche Hauptfigur und eine Bäuerin in die Backröhre eines Gasherdes gesteckt wird, bis der Tod eintritt. Anderen fällt bei seinem Namen Jürgen Roland Kinofilm „Polizeirevier Davidswache“ oder der ebenfalls 1964 erschienene Film „Die Physiker“ nach dem gleichnamigen Theaterstück von Friedrich Dürrenmatt ein. Die Rede ist von Wolfgang Kieling.

Fast vier Jahrzehnte ist sein Tod jetzt schon her. Dabei liegt seine Geburt noch nicht einmal 100 Jahre zurück. Am 16. März 1924 kam Kieling in Preußens Hauptstadt zur Welt. Der Vater der Schauspieler Susanne Uhlen und Florian Martens hatte seinerseits zwar keinen hauptberuflichen Schauspielerei zum Stiefvater, sondern einen Schneidermeister, doch gehörten seine Eltern zumindest einem Theaterverein an. So früh Kielings Karriere durch seinen frühen Krebstod endete, so früh begann sie auch.

Sein Bühnendebüt gab er bereits als Kind. Mit sechs Jahren nahm er als Kindersopran seine erste Schallplatte auf. Es folgte eine Karriere im Kinderfunk. Seine markante Stimme ermöglichte es Kieling, nicht nur auf der Bühne und vor der Kamera, sondern auch im Studio mit Synchronisation und Hörspielen Geld zu verdienen. Zu-

den von ihm synchronisierten Prominenten gehört nicht zuletzt Ernies genervter Partner Bert aus der „Sesamstraße“.

Als Filmschauspieler hatte Kieling nach ersten Auftritten in Kurzfilmen 1936 sein Debüt in Veit Harlans Spielfilm „Maria, die Magd“. Weitere, meist kleinere Rollen – darunter auch die des Franz in dem 1939 erschienenen Spielfilm „Die Reise nach Tilsit“ von Harlan nach der gleichnamigen Vorlage von Hermann Sudermann – folgten ebenso wie Schauspielunterricht und eine UfA-Ausbildung zum Regieassistenten. Eine beginnende Karriere als Theaterschauspieler wurde durch Einberufung zur Wehrmacht, Verwundung und sowjetische Kriegsgefangenschaft bis 1949 unterbrochen.

Danach ging Kieling in den Westteil seiner Geburtsstadt und setzte seine Theater- und Filmschauspielerkarriere in der



Wolfgang Kieling im Januar 1981 in der Karibik

Foto: pa/Klar

Bundesrepublik fort, unterbrochen von zwei DDR-Aufenthalten 1954 bis 1957 und 1968 bis 1970. Beim ersten Mal war Kielings Motiv, zusammen mit seiner Ehefrau Gisela Uhlen, deren aus der vorangegangenen Ehe mit Hans Bertram hervorgegangene Tochter Barbara dem in der Bundesrepublik lebenden Vater zu entziehen. Beim zweiten Mal war es politischer Protest, vor allem gegen den Vietnamkrieg der USA.

Nach seiner erneuten Rückkehr in die Bundesrepublik arbeitete Kieling in den ihm nun noch verbleibenden eineinhalb Jahrzehnten vor allen Dingen für das Fernsehen, wo er eine beachtliche Präsenz erreichte. Im 62. Lebensjahr, am 16. März 1985, fand diese Arbeit ein jähes Ende. Der Krebskranke starb in einem Hamburger Krankenhaus nach einer Magenoperation. Manuel Ruoff

Mit Weihrauch gegen Bismarck

Vor 150 Jahren hatte der Kulturkampf mit der Gefangenschaft gleich zweier Bischöfe, des Erzbischofs von Gnesen und Posen, Mieczysław Halka Ledóchowski, sowie des Bischofs von Trier, Matthias Eberhard, seinen Höhepunkt erreicht

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Das kulturelle Disharmonie kriegerisch enden kann, ist nicht neu. Die aktuellste Eruption sehen wir in der Ukraine. Das Vorfeld der russischen Invasion bildet die kulturelle Heterogenität des Landes. Während im Osten und auf der Krim viele Russen leben, ist der Westen schon historisch stark mit Polen und der Habsburgermonarchie verbunden. Der Kampf der Kulturen begann 1991 mit der Unabhängigkeit Kiews und einer moderaten Ukrainisierung des Landes.

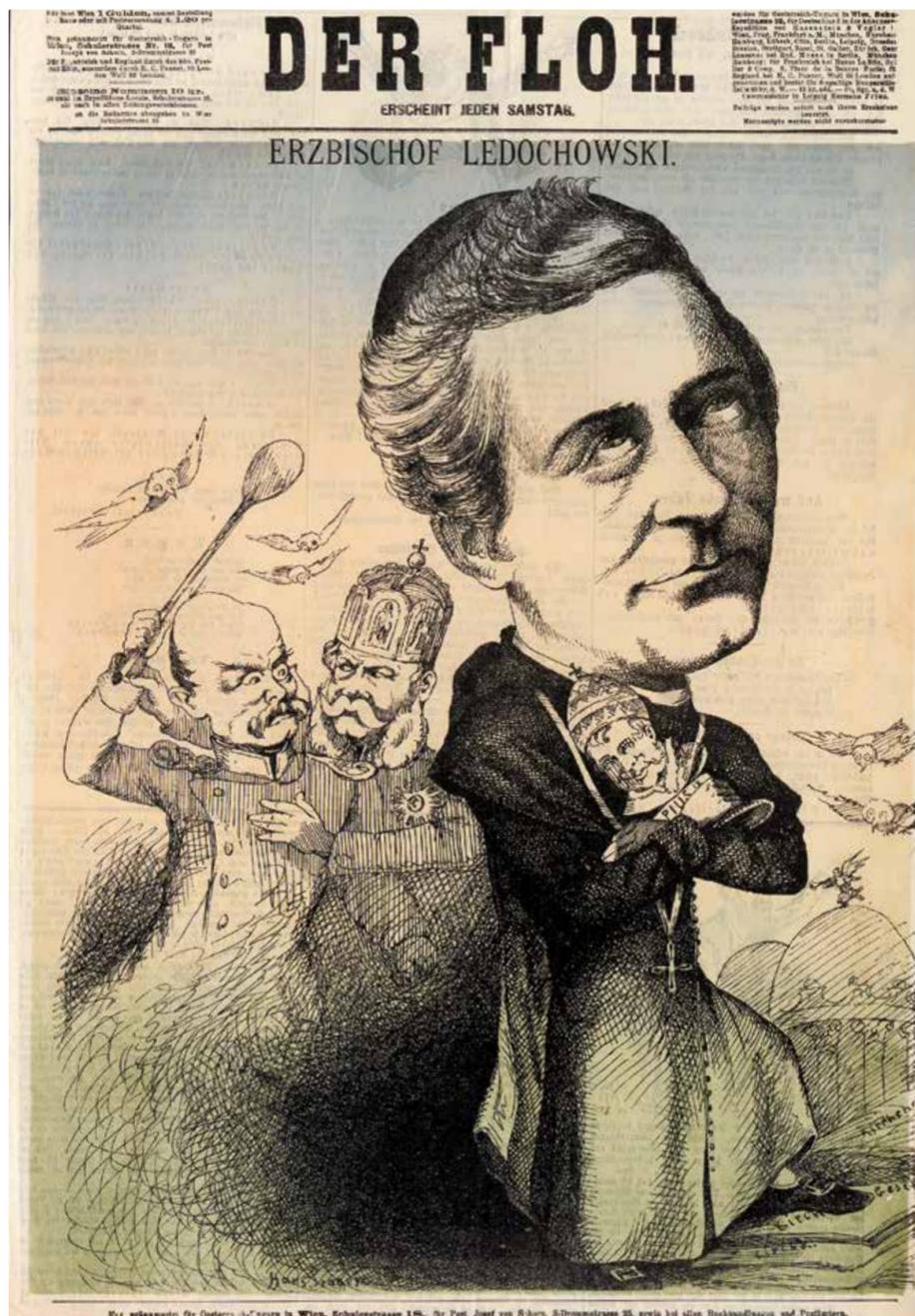
Das Sprachgesetz von 2019 räumt dem Ukrainischen den Vorrang derart ein, dass Buchhandlungen mindestens die Hälfte der Produkte in der dominierenden Landessprache anbieten müssen. Und auch Zeitungen müssen zu wenigstens 50 Prozent der Auflage in Ukrainisch erscheinen. Dass die in Donezk, Luhansk und auf der Krim maßgebliche Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) zudem dem stark die Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin stützenden Moskauer Patriarchat untersteht, wurde in der Hauptstadt der Ukraine von vornherein mit Argwohn betrachtet. Dieser Kulturkampf ist – gefördert durch geopolitische Interessenlagen – zu einem heißen Krieg ausgewachsen.

Dass Kulturkämpfe nicht immer kriegerisch geführt werden, belegt der vor 150 Jahren sich auf dem Höhepunkt befindliche Kulturkampf Preußens gegen den Katholizismus. Als die deutschen Fürsten am 18. Januar 1871 Preußens König im Schloss zu Versailles zum Deutschen Kaiser ausriefen, hatte Otto von Bismarck die von ihm angestrebte deutsche Einigung unter Ausschluss des Habsburgerreichs erfolgreich abgeschlossen. Doch auch wenn angesichts der Schlachtensiege gegen Frankreich im noch nicht abgeschlossenen Deutsch-Französischen Krieg die Begeisterung der Deutschen für die Reichseinigung groß war, konnte sich Bismarck, der Schmied des Reichs, nicht blind auf diese Begeisterung verlassen. Nach dem außenpolitischen Sieg, der noch diplomatisch abzusichern war, musste Bismarck nun auch die Schwachpunkte innerhalb des neu geformten Reichs ins Visier nehmen. Wie verlässlich würden die dänische Minderheit im Norden und die polnische Minderheit im Osten sein? Konnte er sich darauf verlassen, dass die Weltentreuen in der Provinz Hannover zum Reich stehen? Und wie generell mit den Rom-treuen Katholiken umgehen, um das Reich innenpolitisch zu sichern?

Vergleich mit der Ukraine

Die letzte Frage sollte für Bismarck die erste sein, der er sich widmete, nachdem verwaltungsrechtliche Fragen des Reichs im Großen und Ganzen geklärt waren. Einen Anlass bot ihm Papst Pius IX. Das erste vatikanische Konzil, auf dem der Papst seine Unfehlbarkeit in Glaubens- und Sittenfragen für sich reklamierte, war durch den Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges formal nur unterbrochen, faktisch aber beendet worden. Bismarck fiel im neuen Deutschen Reich, wie zuvor schon in Preußen, die schwierige Aufgabe zu, die protestantischen mit den katholischen Regionen zusammenzubringen. Der Unfehlbarkeitsanspruch des Papstes und die Kirchentreue der deutschen Bischöfe bedeuteten einen innenpolitischen Unsicherheitsfaktor.

Das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche tat sich schwer mit der Entwicklung des europäischen Liberalismus,



Karikatur aus dem „Floh“, einer österreichischen humoristisch-satirischen Wochenzeitung, die zwischen 1869 und 1919 in Wien und Pest (Budapest) jeweils sonntags erschien: Hinter dem Erzbischof von Gnesen und Posen sowie Primas von Polen Mieczysław Halka Ledóchowski fällt der Deutsche Kaiser und König von Preußen Wilhelm I., der als kirchlich gesinnter Konservativer und Summus Episcopus der evangelischen Landeskirche Otto von Bismarcks Politik der Stärkung des Staates auf Kosten der Kirche mit durchaus gemischten Gefühlen begleitete, seinem Regierungschef in den Arm, als dieser zum Schlag ausholt

Foto: Mauritius

in dem er eine Gefahr für die Positionen der katholischen Kirche sah – was durchaus auch für Bismarck galt. Der päpstliche Syllabus errorum, ein Verzeichnis von 80 Irrlehren vom Dezember 1864, der unter anderem den Sozialismus, den Naturalismus und den Pantheismus als Irrlehren auflistete, hatte allerdings auch das staatliche Recht zur Beschulung seiner Staatsbürger in Punkt 45 als Irrlehre verurteilt. Mit anderen Worten: Der Vatikan betrachtete den Unterricht in der Christenheit als Angelegenheit der Kirche, nicht als eine des Staates.

Der päpstliche Syllabus stieß insbesondere in den eher protestantischen Staaten und im postrevolutionären Frankreich auf Protest, sodass die Bischöfe sich genötigt sahen, den Syllabus einzuordnen und abzuschwächen. Doch auch die Protestanten hatten Positionen, die sich mit der staatlichen Kontrolle rieben, wie sich noch herausstellen sollte.

Politisch band die Zentrumsparterie die Katholiken, auch wenn diese sehr unterschiedlichen sozialen Schichten angehörten. Das Zentrum bildete die Klammer zwischen katholischen Arbeitern und Akademikern sowie dem Klerus. Im jungen Reich bildete das Zentrum nach den Nationalliberalen im Reichstag die zweitstärkste Fraktion.

Bei den liberalen wie sozialrevolutionären Kräften musste die Stärke des Zentrums als Problem betrachtet werden, sahen sie in der Loyalität der Katholiken gegenüber dem Vatikan doch ihre sozial-

politischen Bestrebungen gefährdet. Auch Bismarck misstraute dem Zentrum wegen dessen außenpolitischen Forderungen und dessen Verbindung zu politischen Gruppen, welche die Reichsgründung gänzlich ablehnten. Der Reichskanzler argwöhnte, das Zentrum könnte seine Bindungen an den Vatikan am Ende höher bewerten als die Bindung an das Reich. Besonders der Zentrumsführer Ludwig Windthorst zog den Unmut des Reichskanzlers immer wieder auf sich. „Mein Leben erhalten und verschönern zwei Dinge, meine Frau und Windthorst. Die eine ist für die Liebe da, der andere für den Hass“, soll Bismarck den kleinvüchtigen Juristen aus der Provinz Hannover „gewürdigt“ haben.

„Kampf für die Kultur“

Bismarck ergriff sowohl in seiner Funktion als Reichskanzler als auch als preußischer Ministerpräsident Maßnahmen, um den Katholizismus einzudämmen. Bereits 1871 führte er in Preußen den sogenannten Kanzelparagraphen ein, der die staatliche Genehmigung für Predigten und religiöse Schriften vorschrieb. Die sogenannten Maigesetze begrenzten die Unterrichts- und Predigtbefugnis des Klerus. Die katholischen Gemeinden sahen sich nicht nur hierdurch bedrängt. Auch die Besetzung von kirchlichen Ämtern und die Schließung katholischer Schulen bedrängte die Katholiken in Preußen. Bismarck verbot darüber hinaus den Jesuitenorden.

Die Zivilehe auf Reichsebene unterband das Privileg der Kirche in katholischen Ländern, die rechtsgültige Ehe zu stiften. In Preußen löste Bismarck die katholische Abteilung im Kultusministerium auf und ersetzte die geistliche Schulaufsicht durch die staatliche. Bismarck griff im Reichstag zu harter Polemik gegen Sozialisten und Katholiken gleichermaßen, sprach von Reichsfeinden und mit Blick auf das Zentrum von Römlingen. In ihrer Abneigung gegen die Katholiken sahen sich Bismarck und der Führer der liberalen Fortschrittspartei Rudolf Virchow geeint. Es war dann auch Virchow, der vom „Kampf für die Kultur“ sprach und den Begriff prägte.

Zum Höhepunkt des Kulturkampfes 1874 waren rund 1800 katholische Geistliche inhaftiert, darunter neben weiteren rund hundert Polen auch Mieczysław Halka Ledóchowski. Der Erzbischof von Gnesen und Posen hatte sich geweigert, die Kontrolle über die Priesterseminare den preußischen Behörden zu übertragen und die Religionslehrer gegen die Rechtslage aufgefordert, die polnische Unterrichtssprache in den unteren Klassen beizubehalten. Preußen verlangte den Rücktritt des Erzbischofs. Doch der zeigte sich selbstbewusst und teilte Berlin mit, dass kein weltliches Gericht ein ihm von Gott verliehenes Amt entziehen könne. Die Verurteilung des Erzbischofs zu 500 Talern Geldbuße und zu zwei Jahren Gefängnis machten den Geistlichen schließlich zum Märtyrer. Im Mai 1875

erhob Pius IX. den inhaftierten Erzbischof zum Kurienkardinal. Um die Situation in der Erzdiözese nicht weiter aufzuheizen, ließ Bismarck den Kardinal aus der Haft entlassen und aus dem Reich ausweisen. Der Papst beließ den Erzbischof im Amt. Ledóchowski verwaltete das Erzbistum bis 1885 von Rom aus.

In seinen Erinnerungen beschreibt Bismarck eine Begegnung mit Ledóchowski drastisch: „Als ich in den kleinen Salon eintrat, roch ich Weihrauch ... Ich weiß nicht, ob der Exorzismus mir gegolten hat oder der Jesseischen Teufelsfigur, mit welcher die auf dem Kaminsims stehende Uhr verziert war.“ Für Bismarck war gerade die Verknüpfung des polnischen Nationalstolzes mit dem Katholizismus ein zentrales Problem. Die Treue der katholischen Polen zu Preußen sah er auf der Kippe. Doch anders als den Russland-nahen Bezirken der Ukraine fehlte es den preußischen Polen am militärischen Rückhalt aus dem Ausland.

1887 war Schluss

Ledóchowski blieb nicht der einzige hohe Würdenträger, der in Haft geriet. Im Westen zog auch der ultramontan-konservative Trierer Bischof Matthias Eberhard mit seinen gefürchteten Reden von der Kanzel den staatlichen Unmut auf sich. Eberhard wurde am 6. März 1874 verhaftet und zu einer „subsidiarischen Gefängnisstrafe von zwei Jahren und drei Monaten“ verurteilt. Seine vorzeitige Entlassung Ende 1874 beendete nicht die Konflikte. Als Eberhard 1876 starb, waren 250 seiner Pfarrer verurteilt und noch immer 230 der 731 Pfarreien vakant.

Sollte Bismarck gehofft haben, dass sich die Katholiken weiter aufspalten würden, wurde diese Hoffnung ausweislich der Wahlergebnisse für das Zentrum zerschlagen. Seit der Reichstagswahl des Reichsgründungsjahres entwickelte sich der Gesamtstimmenanteil von 18,6 Prozent, über 27,9 Prozent 1874, 24,8 Prozent 1877, 23,1 Prozent 1878 bis 23,2 Prozent 1881. 1878 hatte das Zentrum die Nationalliberalen eingeholt. 1881 war das Zentrum erstmals Wahlsieger. Da sich durch Bismarcks moderne Maßnahmen zur Säkularisierung, zur Stärkung des Staates auf Kosten der Kirche nicht nur Katholiken, sondern auch Lutheraner in ihren Rechten drangsaliert sahen, hielt Bismarck es für opportun umzusteuern. Der Realpolitiker, der auch Zustimmung zu seinen geplanten Sozialistengesetzen benötigte, sah seine Chance zu einer Wiederannäherung gekommen, als Pius IX. 1878 starb und er mit der Kurie unter dem nachgewählten Papst Leo XIII. neu verhandeln konnte.

In den 1880er Jahren erfuhren die Maigesetze durch Novellierungen eine Entschärfung. Retrospektiv lehnte Bismarck seine Verantwortung für die Gesetze ab. Kultus läge ihm fern, er habe die psychologische Reichweite der Gesetze gar nicht durchschauen können. Die Grenze des Entgegenkommens gegenüber den Katholiken seien allerdings die „Herrschaft über die Schule“ und die Gesetze gegen den sogenannten Polonismus gewesen.

Im Sommer 1882 nahm Preußen zum Vatikan wieder diplomatische Beziehungen auf. Doch erst die sogenannten Friedensgesetze von 1886 und 1887 beendeten den Konflikt zwischen Preußen und der Kirche endgültig. Leo XIII. beendete am 23. Mai 1887 öffentlich den Streit mit Preußen und nannte ihn einen „Kampf, welcher die Kirche schädigte und dem Staat nichts nützte“.

VON WOLFGANG KAUFMANN

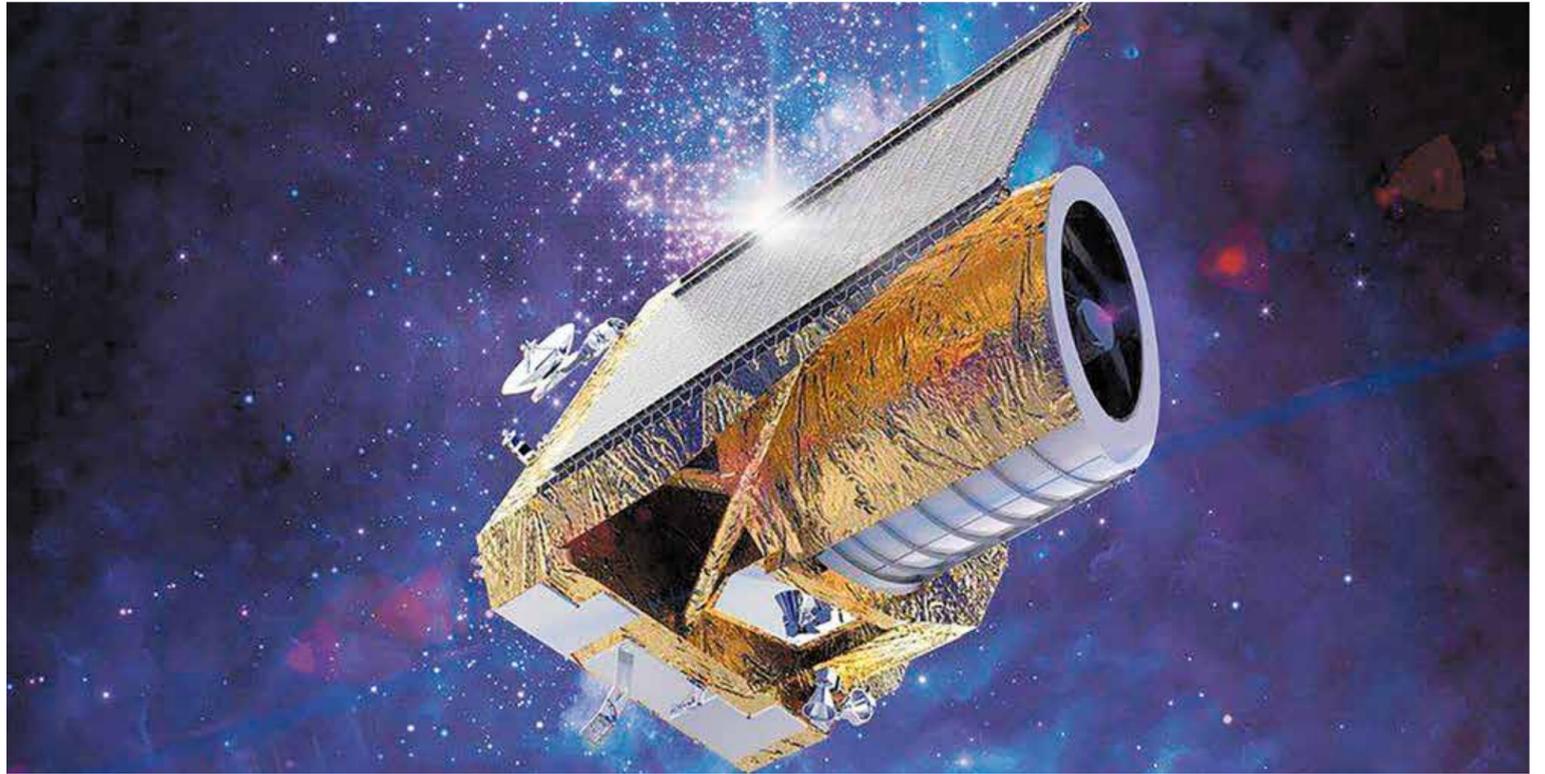
Die Entstehung des Universums ist das größte Mysterium aller Zeiten. Glaubt man der Bibel, erschuf Gott Licht und Finsternis und damit letztlich auch die Sterne. Astrophysiker gehen stattdessen von einem Urknall vor 13,8 Milliarden Jahren aus. Damals sollen sich Raum, Zeit und Materie aus der sogenannten Anfangssingularität mit unendlich großer Energiedichte und null Ausdehnung entwickelt haben. Der Haken an dieser Urknall-Theorie ist allerdings, dass die Erklärungen über die Expansion des Universums nach der „Explosion“ der Anfangssingularität nicht mit den astronomischen Beobachtungen in Einklang zu bringen sind. Das gilt ebenso für die Struktur des Kosmos als zwangsläufige physikalische Folge seiner Entwicklung seit dem Urknall.

So müsste sich die Ausdehnung des Universums aufgrund der entstandenen Materie und der durch diese wirkende Schwerkraft eigentlich kontinuierlich verlangsamen. Konkrete Messungen an weit entfernten Galaxien ergaben jedoch etwas anderes: Nach einer anfänglichen Bremsung kam es vor 6,1 Milliarden Jahren zur Beschleunigung der Expansion. Derzeit nimmt die Ausdehnung des Weltalls alle 3,26 Millionen Lichtjahre um 70 Kilometer pro Sekunde zu. Angesichts dessen brachten die Astrophysiker die Dunkle Energie ins Spiel. Diese hypothetische oder besser spekulative Form von Energie soll auf irgendeine, bislang ungeklärte Weise dafür sorgen, dass das Universum nicht nur unablässig, sondern auch immer schneller wächst.

Was das All auseinander treibt

Aber das ist keineswegs das einzige Problem der Anhänger der Urknall-Theorie und des darauf basierenden Standardmodells der Weltraumforschung. Denn offensichtlich kann das Modell die Bewegungen der sichtbaren Materie im All ebenfalls nicht schlüssig erklären. So fand der Schweizer Astronom Fritz Zwicky schon vor knapp einhundert Jahren heraus, dass die Schwerkraft der sichtbaren Sterne in den großen Galaxienhaufen nicht ausreicht, um diesen Gebilden ihre charakteristische Form zu verleihen. Deshalb wurde nachfolgend auch die Existenz von Dunkler Materie behauptet, die weder Licht aussendet noch anderweitig nachweisbar ist, außer eben durch ihre Schwerkraft.

Damit die Berechnungen der Astrophysiker aufgehen, muss es freilich sehr viel Dunkle Energie und Dunkle Materie im Kosmos geben. In der Zeit kurz nach dem Urknall soll der Anteil der Dunklen Materie an der Gesamtmenge von Materie und Energie im Universum bei 63 Prozent gelegen haben, während die Dunkle Energie noch fehlte. Dahingegen besteht



Seit dem 15. Februar auf Position: Das neue Weltraumteleskop „Euclid“ in 1,6 Millionen Kilometern Entfernung von der Erde

Foto: imago/Zuma Wire

GRUNDLAGENFORSCHUNG I

Die Kosmologie tappt buchstäblich im Dunkeln

Löst die Entdeckung von Dunkler Energie das größte Rätsel der Weltraumforschung, oder haben wir in Wahrheit „keine Ahnung, woraus das Universum besteht“?

das All jetzt angeblich zu 72 Prozent aus Dunkler Energie und zu 23 Prozent aus Dunkler Materie. Diese beiden Komponenten, über die wir faktisch nichts wissen, würden somit also 95 Prozent unseres Universums ausmachen!

Das führte zu zwei gegensätzlichen Reaktionen, nämlich einer scharfen Kritik an solchen Spekulationen auf der einen Seite und dem Bestreben, mehr über die Dunkle Materie und die Dunkle Energie herauszufinden, auf der anderen Seite.

Zu den entschiedensten Gegnern des Versuchs, die Urknall-Theorie und das Standardmodell der Kosmologie durch die Einführung zusätzlicher Elemente zu retten, zählt der australische Physiker John Hartnett. Dieser sagt klipp und klar, es gebe nur einen einzigen Grund für den bislang stets misslungenen Nachweis der Dunklen Energie und der Dunklen Materie, und das sei deren Nichtexistenz. Deshalb spricht Hartnett auch von zwei „Schummelfaktoren“, deren Zweck letzt-

lich darin liege, zu kaschieren, dass die Wissenschaft „keine Ahnung hat, woraus das Universum besteht“. Darüber hinaus verweist der Physiker auf den quasi-religiösen Charakter des Ganzen: Fehlendes Wissen werde einfach durch Glauben ersetzt, womit die Einführung der Dunklen Energie und der Dunklen Materie an theologische Postulate wie die Lehre von der Dreifaltigkeit Gottes erinnere.

Euclid-Mission soll Klarheit bringen

In Konfrontationshaltung zu Kritikern vom Schlage Hartnetts stehen unter anderem die mehr als tausend Astrophysiker und Kosmologen, welche der internationalen Forschergruppe angehören, die derzeit gespannt auf die ersten Ergebnisse der 1,4 Milliarden Euro teuren Euclid-Mission wartet. Denn das zwei Tonnen schwere europäische Weltraumteleskop „Euclid“, das am 1. Juli 2023 mit einer Falcon-9-Rakete von Elon Musks SpaceX gestartet wurde und am 15. Feb-

ruar dieses Jahres am extrem lichtarmen zweiten Lagrange-Punkt in 1,5 Millionen Kilometern Entfernung von der Nachtseite der Erde mit seinem systematischen Beobachtungsprogramm begann, hat die Aufgabe, handfeste Beweise für die Existenz der Dunklen Materie und Energie zu liefern.

Zu diesem Zweck soll es mindestens sechs Jahre lang Galaxien und Galaxienhaufen in bis zu zehn Milliarden Lichtjahren Entfernung durchmustern, um auf diese Weise etwas über die Frühzeit des Kosmos vor mehr als sechs Milliarden Jahren zu erfahren, in der die Verlangsamung der Expansion des Universums endete und die Phase der Beschleunigung begann. Unter anderem erhoffen sich die beteiligten Wissenschaftler Antworten auf die Frage, wo die unsichtbare Dunkle Materie denn nun genau zu finden sei und welche Eigenschaften die „negative“ Dunkle Energie habe, die der Schwerkraft entgegenwirke und das Universum

auseinandertreibe. Insofern handelt es sich bei der Euclid-Mission um Grundlagenforschung reinsten Wassers, welche der Untersuchung bislang vollkommen hypothetischer Phänomene dient, und die mit der Gefahr einhergeht, dass der finanzielle Aufwand von etwa drei Euro pro EU-Bürger weitestgehend umsonst war.

Ungeachtet dieser Unsicherheit plant die europäische Weltraumbehörde ESA außerdem noch das Laser-Weltraum-Interferometer LISA, dessen Kosten momentan recht schwammig mit etwa einer Milliarde Euro veranschlagt werden. LISA soll aus mehreren Satelliten bestehen, die ein Dreieck mit 2,5 Millionen Kilometern Kantenlänge bilden und ab 2035 Gravitationswellen auffangen sollen, aus denen auf das Dichteprofil und die Teilcheneigenschaften der Dunklen Materie geschlossen werden kann – wenn diese tatsächlich existiert und am Ende doch nicht nur ein Hirngespinnst der Astrophysiker ist.

GRUNDLAGENFORSCHUNG II

Milliarden, die woanders fehlen

Die Kosten für wissenschaftliche Großprojekte laufen oft aus dem Ruder – andere wichtige Vorhaben werden dagegen vernachlässigt

Grundlagenforschung ist immer teuer – auch sind Kostenexplosionen bei wissenschaftlichen Großprojekten keine Ausnahme, sondern die Regel. Dennoch gibt es kaum gesellschaftliche Debatten hierüber wie beispielsweise im Falle der „Rettungspakete“ für angeschlagene Unternehmen oder Großbanken. Das liegt daran, dass die Allgemeinheit wenig über die Finanzierung der Grundlagenforschung erfährt.

So muss man ziemlich lange suchen, um etwas über die ungefähren Kosten des geplanten Laser-Weltraum-Interferometers LISA zu erfahren. Ein typisches Beispiel für die extreme Geldvernichtung in

der Wissenschaft ist die Internationale Beschleuniger-Anlage zur Forschung mit Antiprotonen und Ionen (FAIR), welche seit 2011 in Darmstadt entsteht. 2005 wurden die Baukosten mit 700 Millionen Euro angesetzt, von denen die Bundesrepublik 490 Millionen übernehmen sollte. Außerdem war eine Inbetriebnahme im Jahr 2015 geplant.

Mittlerweile geht man von einer Fertigstellung um 2027 herum aus – und von Baukosten in Höhe von 3,76 Milliarden Euro, bei denen es aber sicher ebenfalls nicht bleiben wird und die mehrheitlich zulasten der deutschen Steuerzahler gehen. Schließlich ist unter anderem mit

einem kompletten Zahlungsausfall seitens des 17,45-Prozent-Partners Russland zu rechnen.

Ähnlich sind die Verhältnisse beim europäischen Gravitationswellendetektor Einstein-Teleskop, dem Super-Röntgenmikroskop Petra IV, dem Neubau des Forschungsschiffes „Polarstern“ und beim europäischen Versuchs-Kernfusionsreaktor Iter im französischen Cadarache. Der Reaktor befindet sich bereits seit 2007 im Bau und kostete bislang 20 Milliarden Euro. Die Fertigstellung dürfte nicht vor 2035 erfolgen und am Ende möglicherweise die gigantische Summe von mehr als 50 Milliarden Euro erfordern.

Das Fatale hieran ist, dass solche und ähnliche Multimilliarden-Projekte auf dem Gebiet der Grundlagenforschung das Geld verschlingen, welches für die Entwicklung essentieller anwendungsorientierter Technologien beispielsweise auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz und der Medizin gebraucht wird. Deshalb mahnen Kritiker, bei den eingangs genannten Vorhaben die Reißleine zu ziehen, so wie dies der US-Kongress 1993 beim Teilchenbeschleuniger Superconducting Super Collider (SSC) in Texas tat, als dessen Kosten von ursprünglich 4,4 Milliarden US-Dollar auf zwölf Milliarden hochschnellten.

Aber im Falle von FAIR und anderen Projekten gilt offensichtlich die Devise „Too big to fail“, also „Zu groß, um zu scheitern“. So verweigert das FDP-geführte Bundesministerium für Bildung und Forschung die nötige strategische Schwerpunktsetzung mit der Konsequenz des Ausstiegs aus einigen der überbelegten Vorhaben, indem es auf angebliche Schwierigkeiten bei der Auflösung internationaler Forschungsverflechtungen verweist. Dazu kommen Warnungen vor einer Blockade des wissenschaftlichen Fortschritts und dem Verlust aller bislang aufgewendeten Gelder beim Stopp der Projekte. W.K.

KÖNIGSBERGER GEBIET

Die Ostsee wird zum NATO-Binnenmeer

Russland hat Zugang über Königsberg und St. Petersburg – Nun von acht NATO-Ländern eingeschlossen

VON BODO BOST

Nach dem NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens ist die Ostsee von acht NATO-Ländern eingeschlossen. Spätestens, wenn der nördliche Seeweg um das russische Eismeer zur Hauptschiffahrtslinie wird, wird Russland einsehen, dass es ein Fehler war, die Ostsee wegen der Ukraine zu opfern.

Als die „Vasa“, das Flaggschiff der schwedischen Marine, 1628, nur wenige Minuten nach Beginn ihrer Jungfernfahrt vor Stockholm sank, fühlten sich viele Schweden in ihrem Nationalstolz beleidigt. Die „Vasa“ sollte mit ihren 64 Kanonen die Logistikklinien in der Ostsee für die in Polen kämpfenden schwedischen Truppen sichern. Zu dieser Zeit, als der Dreißigjährige Krieg in Europa tobte, war der größte Teil der Ostsee ein schwedisches Binnenmeer, denn die Schweden standen auch in Nord- und Ostdeutschland.

Heute, da Finnland und Schweden der NATO beigetreten sind, steht die Ostsee erneut an der Schwelle zu einer großen geopolitischen Umwälzung. Der Beitritt Schwedens zur NATO ist das letzte Puzzleteil für das Atlantische Bündnis, das nun rund um die Ostsee präsent ist. Besonders die drei baltischen Staaten, die lange Zeit als Achillesferse der NATO galten, atmeten mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens erleichtert auf. Skandinavien ist seit einigen Jahren durch die Öresund-Brücke, die Kopenhagen mit dem schwedischen Malmö verbindet, direkt mit Mitteleuropa verbunden. Nachdem Finnland im letzten Jahr der NATO beigetreten war, bedeutete der Beitritt Schwedens, der jetzt mit Zustimmung des ungarischen Parlaments vollzogen wurde, dass nun alle Ostseeanrainerstaaten mit Ausnahme Russlands Mitglieder der Allianz sind.

Große geopolitische Umwälzung

Dies veranlasste einige Beobachter bereits, die Ostsee „NATO-See“ zu nennen, da die Alliierten nun in der Lage sind, die Bewegungen der russischen Flotte im Falle eines Konflikts erheblich einzuschränken. Der Beitritt Schwedens wird den Schutz der eher verwundbaren baltischen



Aufrüstung im Königsberger Gebiet: Ein S-400 Triumph Flugabwehrsystem wird in Gefechtsbereitschaft gebracht
Foto: action press/Vitaly Nevar/TASS

Staaten verbessern, doch behält Moskau durch die beiden Städte St. Petersburg und Königsberg einen Zugang zur Ostsee.

Seit der russischen Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 hat eine Reihe von Zwischenfällen mit Gaspipelines und Unterseekabeln in der Ostsee die Schwächen der NATO in der Region aufgedeckt. Im September 2022 wurde die Gaspipeline Nordstream, die Russland

mit Deutschland über die Ostsee verbindet, Opfer von Sabotage. Im Oktober 2023 wurde eine weitere Gaspipeline sowie ein Unterseekabel, das Finnland, Schweden und Estland verbindet, beschädigt.

Laut der finnischen Polizei war wahrscheinlich ein chinesischer Frachter an diesem Vorfall beteiligt. „Die Sabotageakte bei Nord Stream haben gezeigt, dass

es nach wie vor sehr schwierig ist, genau zu wissen, was auf dem Meeresgrund passiert“, sagte Julian Pawlak, Wissenschaftler an der Universität der Bundeswehr in Hamburg.

Strategische Bastion Königsberger Gebiet

Neben seiner langen Ostseeküste bringt Schweden auch die Insel Gotland ein, deren strategische Lage wie ein Flugzeugträger zwischen Schweden und Lettland es der NATO ermöglichen wird, diesen Teil der Ostsee besser abzuschotten.

Moskau seinerseits verfügt mit Königsberg über eine strategische Bastion, die zwar ein Vorposten Russlands ist, aber mehr als tausend Kilometer südwestlich der Hauptstadt Moskau liegt. Die zwischen Polen und Litauen eingeklemmte Enklave ist eine der am stärksten militarisierten Regionen Europas, einschließlich der Stationierung russischer Atomstreitkräfte.

Die russische Ostseeflotte ist nur noch ein Schatten dessen, was sie während des Kalten Krieges war, als die baltischen Häfen allesamt vor sowjetischen Militäranlagen strotzten.

Der Klimawandel hat darüber hinaus einen kaum beachteten Nebeneffekt: Er wird irgendwann den nördlichen Seeweg um Russland herum für Schiffe freigeben. Irgendwann in naher Zukunft wird der nördliche Seeweg ohne russische Eisbrecher ganzjährig möglich sein. Der nördliche Weg von Asien nach Europa durch die Beringstraße, an der sibirischen Küste entlang ist rund 10.000 Kilometer oder 20 Tage kürzer als der Weg um Südostasien herum, an Indien vorbei und durch den Suezkanal, der jetzt durch den Krieg in Nahost verwaist ist.

Durch den russischen Weißmeer-Ostsee-Kanal verringert sich der Weg von China dann in die europäischen Industriezentren wieder um einige Tausend Kilometer. China ist schon bald Welthandelsnation Nummer ein, spätestens wenn das Eismeer kein Eismeer mehr ist, werden die Chinesen ihren russischen Freunden erklären, wie dumm es war, im Kampf um die Ukraine die Ostsee verloren zu haben, denn China wird dann am meisten darunter leiden.

MELDUNGEN

Erstes Hibernaculum

Allenstein-Neidhof – Ein erstes Hibernaculum ist in den Wäldern um Allenstein, auf dem Gelände der Försterei Neidhof nahe dem Kellaren-See, entstanden. Ein Hibernaculum ist eine spezielle Konstruktion, in der vor allem Amphibien, aber auch Reptilien und kleine Säugetiere überwintern können. Es besteht aus Steinen, Wurzelstöcken und Stämmen von Bäumen und wird mit einer Membran und Grasnarbe bedeckt, sodass eine Art Hügel entsteht. In Neidhof an einem Weiher nahe dem neuen Gebilde, das Ehrenamtliche vom Forum für Nichtregierungsorganisationen Dom-Las zusammen mit den Förstern errichtet haben, gibt es Molche, Laubfrösche sowie verschiedene andere Kröten und Frösche. Dieser natürliche Lebensraum ist wichtig, da nahebei die viel befahrene Landstraße nach Wuttrien und die Umgehungsstraße von Allenstein verlaufen. Vorgesehen ist auch ein Monitoring der Anlage, um zu prüfen, wie sie sich im Umfeld bewährt. U.H.

Beitritt zur Euroregion

Grunau – Die Gemeinde Grunau bei Elbing möchte der Gesellschaft der Gemeinden der „Euroregion Ostsee“ beitreten. Diese Organisation unterstützt die internationale, grenzüberschreitende Zusammenarbeit lokaler Selbstverwaltungen im südöstlichen Ostseeraum. Wie Gemeindevorsteher Marcin Ślęzak gegenüber Radio Allenstein berichtete, hat der Gemeinderat einen einstimmigen Beschluss gefasst, es hat auch schon ein Treffen mit der Gesellschaft in ihrem Sitz in Elbing gegeben. Die Grunauer erhoffen sich Unterstützung für sogenannte weiche Ziele wie schöne Unternehmungen mit der langjährigen Partnerstadt Uplengen in Norddeutschland, aber auch für Investitionen in der Wasserwirtschaft, die in der Weichselniederung eine große Rolle spielt. Der Gesellschaft gehören 38 Gemeinden in den Woiwodschaften Pommern und Ermland-Masuren an. U.H.

KÖNIGSBERG

Neue Impulse für den Wrangelturm

Langwierige Suche nach Investoren abgeschlossen – Die Stadt stellt Haushaltsmittel für die Restaurierung zur Verfügung

Die Chancen stehen gut, dass die Restaurierung des Kulturdenkmals Wrangelturm in Königsberg endlich Fortschritte macht. Die historische Stätte wurde 2016 an das Bernsteinmuseum übertragen. Ein staatliches Gutachten im vergangenen Jahr hatte das Projekt zur Instandsetzung des Wrangelturms genehmigt, und nach der Bereitstellung der Mittel wird mit der Restaurierung begonnen. Für die Renovierung des Turms und des angrenzenden Geländes sollen verteilt über zwei Jahre umgerechnet rund 1,6 Millionen Euro aus dem regionalen Haushalt bereitgestellt werden. In diesem Jahr wurden 550.000 Euro für einen Teil der Arbeiten bereitgestellt. Die Bereitstellung der Restsumme ist für 2025 geplant.

Im Rahmen der Instandsetzungsarbeiten ist geplant, das Architekturdenkmal des kulturellen Erbes und das angrenzende Gebiet auf der Grundlage historischer und architektonischer Daten in das ursprüngliche Erscheinungsbild zurückzuführen. Es ist vorgesehen, das äußere Erscheinungsbild des Gebäudes zu erhalten, das verlorene Mauerwerk des Steinsockels wiederherzustellen, zugemauerte Tür- und Fensteröffnungen freizulegen, Risse auszubessern sowie fehlende Mauerwerksteile zu ersetzen. Darüber hinaus sind der Einbau von Tür- und Fensterelementen und die Reparatur der Turmfundamente vorgesehen.

Fachleute werden das Mauerwerk und die Wendeltreppen restaurieren. Der In-



Wird umfangreich renoviert: Der Wrangelturm

Foto: J.T.

nenhof des Turms soll mit einer Glaskuppel überdacht werden. Alle Innenräume sollen ebenfalls renoviert werden. In der letzten Phase der Renovierung werden neue Museumsgeräte installiert.

Nach den Renovierungsarbeiten werden im Untergeschoss des Turms die Ausstellungsräume des Bernsteinmuseums, die Lobby und die Lagerräume des Museums untergebracht. Im ersten Stock werden Arbeitsräume, Ausstellungs- und Konferenzsäle, Büros und Geschäfte untergebracht. Das Obergeschoss wird ebenfalls für Büros und Ausstellungen genutzt werden. Darüber hinaus soll der Pfeiler in der Nähe des Technikhauses und der Backsteinmauer entlang des Burggrabens restauriert werden. Jewgenij Tschernyschew

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Schultz, Elfriede, geb. Denda, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März
Steckel, Horst, aus Weepers, Kreis Mohrungen, am 19. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Saß, Margarete, geb. Klemusch, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Stange, Hildegard, geb. Rossmannek, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 18. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Falk, Ruth, geb. Christochowitz, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. März
Kiy, Günter, aus Ortelsburg, am 16. März
Lojewski, Siegfried, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 15. März
Schulz, Kurt, aus Regeln, Kreis Lyck, am 20. März
Sültmeyer, Else, geb. Roziewski, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. März
Tödt, Irmgard, geb. Niklas, aus Gusken, Kreis Lyck, am 19. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Grunwald, Annemarie, geb. Schilter, aus Saffronken, Kreis Neidenburg, am 21. März
Risch, Irmgard, geb. Rutkowski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 19. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Budzinski, Harry, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 15. März
Gillwald, Kurt, aus Reichau, Kreis Mohrungen, am 15. März
Kienzle, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 18. März
Maske, Hannelore, geb. Kleist, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. März
Sadlowski, Heinz, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 20. März

Schlüter, Bernd-Peter, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. März
Schmidt, Margarete, aus Lyck, Deutsche Straße 2, am 18. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baehr, Margarete, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 18. März
Brückner, Waltraud, geb. Schönherr, aus Lötzen, am 17. März
Burdinski, Elisabeth, geb. Krzossa, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 19. März
Gusko, Waltraud, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 19. März
Huthmann, Helene, geb. Schmeil, aus Skirwieth, Kreis Heydekrug, am 21. März
Johnson, Ellen, geb. Bahlo, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 21. März
Kohn, Waltraud, geb. Kehlert, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. März

Mötzing, Kurt, aus Weepers, Kreis Mohrungen, am 15. März
Nadolny, Max, aus Rübzahl, Kreis Lötzen, am 19. März
Rogait, Gerhard, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 21. März
Schlüter, Ingeborg, geb. Hein, aus Treuburg, am 17. März
Schmidtke, Waltraud, geb. Kolberg, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 16. März
Schönholtz, Gudrun, aus Lyck, am 17. März
Wachlin, Gerda, geb. Altröck, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brandt, Lieselotte, geb. Markewitz, aus Lyck, von-Ludendorff-Straße 2, am 19. März
Dudek, Erika, geb. Struppek, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 18. März
Friedebold, Helga, geb. Müller, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 19. März
Köhler, Ilse, geb. Arband, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, am 18. März
Perlowski, Klaus, aus Lyck, Steinstraße 37, am 20. März
Radtko, Erwin, aus Motitten, Kreis Mohrungen, am 18. März
Schaberer, Hilde, geb. Hausmann, aus Gaffken, Kreis Fischhausen, am 19. März

Steinmann, Johanna, geb. Osenberger, aus Millau, Kreis Lyck, am 16. März
Urbschat, Maria, geb. Dargus, aus Wehlau, am 18. März
Utke, Ursula, geb. Schulz, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 18. März
Vette, Adelgunde, geb. Schwaak, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 20. März
Wysotzki, Irmgard, geb. Jendral, aus Neidenburg, am 18. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baader, Irmtraud, geb. Kannenberg, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 19. März
Block, Siegfried, aus Altkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. März
Erubuth, Reinhold, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 15. März
Fabian, Gunda, geb. Wommer, aus Gimbeiler, Kreis Lyck, am 21. März
Fröhlich, Ingrid, geb. Leinert, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 15. März
Hinz, Gerhard, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 21. März
Hosenberg, Hubert, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 20. März
Lührmann, Hildegard, geb. Weylo, aus Lyck, am 20. März
Möller, Christel, geb. Titt, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 21. März
Rosowski, Siegfried, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 21. März
Salewski, Gertrud, geb. Seyda, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 21. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Andreas, Waltraud, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 19. März
Balzer, Irmgard, geb. Taday, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 17. März
Bankmann, Stephan, aus Lyck, am 16. März
Beuse, Hedwig, geb. Senkbeil, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 19. März
Flatow, Gertrud, geb. Steinbacher, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 19. März
Hanitsch, Marianne, geb. Drescher, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. März
Newiger, Hans, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 16. März

Nitzsche, Ingeborg, geb. Jakobzik, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 18. März
Osigus, Elisabeth, geb. Samorski, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 16. März
Saat, Irmgard, geb. Jodjohn, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. März
Senge, Hedwig, geb. Rux, aus Neidenburg, am 16. März
Siepmann, Regina, geb. Tilitzki, aus Fischhausen, am 15. März
Stöhlmacher, Dorothea, geb. Alex, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 20. März
Weber, Liesbeth, geb. Braun, aus Berningen, Kreis Ebenrode, am 19. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Basilowski, Werner, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 17. März
Braun, Gerd, aus Wehlau, am 17. März
Cytrich, Toni, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 18. März
Gorny, Günther, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 21. März
Hennies, Ursel, geb. Czymoch, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 15. März
Kalweit, Klaus, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 128, am 17. März
Piwek, Maria, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 15. März
Rieske, Rudolf, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. März
Skilwa, Helga, aus Lyck, am 18. März
Streng, Isabe, geb. Wächter, aus Ortelsburg, am 17. März
Tschopp, Edith, geb. Armbrust, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 18. März
Ullmann, Edelgard, geb. Blaseio, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 17. März
Zawadzki, Burkhardt, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 21. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Domnick, Richard, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 21. März
Gonsowski, Elfriede, geb. Bialobrzski, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 20. März
Janczyk, Kurt, aus Kobbels, Kreis Ortelsburg, am 17. März
Junker, Gerhard, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 20. März
Kutz, Gerhard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 20. März
Petersen, Ingrid, geb. Osowski, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 21. März
Plömacher, Anneliese, geb. Klein, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 21. März
Röska, Anita, geb. Raschke, aus Carneyen, Kreis Mohrungen, am 19. März

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)
19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Osterode
20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung**

der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)
Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE



Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757-1762.

Russlands preußische Provinz im Siebenjährigen Krieg.

Ein weitgehend unbekanntes Kapitel ostpreußischer, preußischer u. russischer Geschichte. Als historisch-wissenschaftliche Studie von Jörg Ulrich Stange spannend verfasst mit umfangreicher Quellenangabe.

Olzog edition Lau-Verlag 2023, 491 S., zahlr. Abbildungen, 38,- €
Portofrei bestellen unter:
J.Ulrich.Stange@gmail.com
Interessante Lichtbildervorträge zum Thema bitte anfragen!

Sommerfeld, Horst, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 21. März
Tamm, Else, geb. Kelch, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 15. März
Thieme, Edith, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 18. März
Thyzel, Gertrud, geb. Skrotzki, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 19. März
Willuweit, Karl, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 20. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bredlau, Detlef, aus Mutschaken, Kreis Neidenburg, am 18. März
Bublies, Else, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 18. März
Erdt, Heinz-Siegfried, aus Milusien, Kreis Lyck, am 21. März
Fellechner, Inge, geb. Steinicke, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. März
Freudenberg, Ingetraud, geb. Lasarzewski, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 15. März
Grode, Inge, geb. Killat, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. März
Hartje, Hiltraud, geb. Schwabe, aus Wittkampen, Kreis Ebenrode, am 17. März
Hinz, Ursula, geb. Hütsch, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 20. März
Janowitz, Josef, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 21. März

Kafka, Sophie, geb. Wehrung, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. März
Kanneberg, Klaus, aus Lyck, am 16. März
Klein, Heinz, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 21. März
Kowalzik, Werner, aus Deutsch-eck, Kreis Treuburg, am 17. März
Leibenatus, Heinz, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 19. März
Mackensen, Gerda, geb. Gawehn, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 19. März
Petter, Dietrich, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 19. März
Rachow, Erna, geb. Scherello, aus Millau, Kreis Lyck, am 19. März
Saczinski, Christa, geb. Frost, aus Lyck, am 20. März
Sagolt, Gisela, aus Waldbeek, Kreis Neidenburg, am 19. März
Stroeh, Irmgard, geb. Reck, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 21. März
Struppek, Renate, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 16. März
Thews, Dieter, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 19. März
Wiegmann, Irene, geb. Malonnek, aus Neidenburg, am 19. März
Winkler, Dieter, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 21. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Deising, Reinhold, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am 21. März
Drosdowski, Sieglinde, geb. Kownatzki, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Hözlner, Hannelore, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 17. März
Kissmann, Marianne, geb. Olinski, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 15. März
Küßner, Inge, geb. Bärholz, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 17. März
Mohr, Armin, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 17. März
Panke, Frank, aus Frauenfließ, Kreis Lyck und aus Mohrungen, am 17. März
Peter, Wolfgang, aus Wehlau, am 21. März
Szebrowski, Hans-Jürgen, aus Königsdorf, Kreis Mohrungen, am 20. März
Willuhn, Dieter, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 20. März
Zoch, Dieter, aus Bensee, Kreis Mohrungen, am 18. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Assmann, Monika, geb. Puchalski, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 19. März
Echtle, Ingrid, geb. Bessel, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 20. März
Huhn, Günther, aus Treuburg, am 19. März
Stoye-Herzog, Mechthild, geb. Stoye, aus Trappen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. März

Zusendungen für die Ausgabe 13/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 13/2024 (Erstverkaufstag 29. März) **bis spätestens Dienstag, den 19. März**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

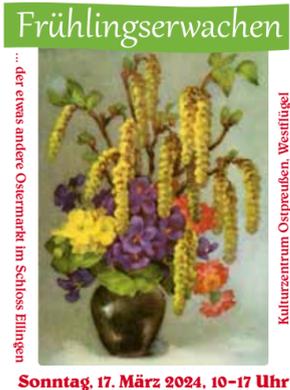
Ostdeutscher Ostermarkt Stuttgart – Sonnabend, 16. März, 10 bis 16 Uhr, Schlossstraße 92, Haus der Heimat: 15. Ostdeutscher Ostermarkt, eine gemeinsame Aktion des Jugendverbands DJO-Deutsche Jugend in Europa, des BdVs und fast aller Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler mit kulinarischen Köstlichkeiten, Literatur der Heimatlandschaften, musikalischen Raritäten und einer Ausstellung handwerklicher Kunst. Die Landesgruppe Ostpreußen ist wieder mit einem großen Stand ostpreußischer Handarbeiten vertreten. Weitere Informationen gibt der DJO e.V., Hartmut Liebscher unter Telefon (0711) 625138 oder per E-Mail: hartmut@djobw.de.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landeskulturtagung Altmühlfranken – Sonnabend, 23. März, 10 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloß Ellingen: Ostpreußische Landeskulturtagung. Anmeldung bei Landsmann Bethke unter Telefon (09831) 80961.

Frühlingserwachen Ellingen – Sonntag, 17. März, 10 bis 17 Uhr, Schloßstraße 9, Kul-



Sonntag, 17. März 2024, 10-17 Uhr

turzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloß: Ostermarkt mit Kunsthandwerkern aus der Region, Vorführungen von traditionellen Handwerkstechniken, einer Sonderausstellung über Osterbräuche in Deutschland und anderen Ländern und einer Schlemmeretage. Für Kinder bietet das Team der Museumspädagogik kreative Ideen. Der Eintritt ist frei. Nähere Information unter Telefon (09141) 86440 oder Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

HKG Elchniederung Hamburg – Donnerstag, 21. März, 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Niendorfer Kirchweg 17, Berenberg-Gossler-Haus: Frühlingfest der Heimatkreisgemeinschaft Elchniederung mit Kaffee und Kuchen, Schabbern und gemeinsamem Singen wird für das leibliche und seelische Wohl gesorgt. Gäste sind herzlich willkommen. Das Berenberg-Gossler-Haus ist in fünf Gehminuten von der U2-Haltestelle Niendorf Markt zu erreichen.

Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Pommernfilm Wetzlar – Dienstag, 19. März, Gaststätte Zum Matchball, Tennisplatz, Bodenfeld: Kuno Kutz zeigt den zweiten Teil des Filmes „Pommern – wie es einmal war“.

Zum Kantjubiläum Wiesbaden – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: „Bestimme dich aus dir selbst!“, Vortrag von Dieter Schetat zum 300. Geburtstag des Königsberger Philosophen Immanuel Kant.

Gemeinsames Mittagessen Wiesbaden – Donnerstag, 21. März, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Gemeinsames Mittagessen á la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 15. März bei Helga Kukwa unter Telefon (0611) 373521 oder Ilse Klausen unter Telefon (06122) 14808.

Exkursion des BdVs Wiesbaden – Dienstag, 23., und Mittwoch, 24. April: zweitägige Exkursion nach Lüneburg ins Ostpreußische Landesmuseum (OL) mit Führung durch die Sonderchau „Immanuel Kant und der Geist der Aufklärung“ sowie ins Brömsehaus, eines der ältesten Häuser der Stadt, das heute der Förderung, Erhaltung und Erforschung deutschbaltischer Kultur dient. Informationen unter Telefon (0611) 3601918 oder per E-Mail: kulturreferat@bdv-hessen.de, eine verbindliche Anmeldung per E-Mail bis Dienstag, 2. April.

Rheinland-Pfalz

BdV Bund der Vertriebenen

Tag der Heimat Speyer – Sonntag, 25. August, später Vormittag, Haus Pannonia: Tag der Heimat des BdV-Landesverbands Rheinland-Pfalz. Als besonderen Ehrengast dürfen wir Ibolya Hock-Engländer begrüßen. Sie ist die Landesvorsitzende der Landes-selbstverwaltung der Ungarndeutschen und somit die „Präsidentin der deutschen Minderheit in Ungarn“. Die Veranstaltung wird unter anderem umrahmt von der donau-deutschen Tanzgruppe aus Speyer. *Tobias Meyer*

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Jahreshauptversammlung Burg auf Fehmarn – Der Vorsitzende der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“, Jochen Gawehns, konnte auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung zahlreiche Mitglieder begrüßen, unter anderen den Landesvorsitzenden der LO Dieter Wenskat. Die Kulturreferentin Ina Naujok konnte berichten, dass die monatlichen Veranstaltungen mit Referenten gut besucht waren, und sie außerdem 13 Geburtstagsbesuche gemacht habe, sogar ein 100-jähriger Geburtstag war dabei. Kassenführerin Sigrig Pieper teilte dem Verein mit, dass er mit seinen 48 Mitgliedern finanziell gut aufgestellt sei. Georg Hüttmann und Gerd Grubski hatten die



Doris Biewald: Die Heimatkreisgemeinschaft Gerdaun betrauert den Tod des langjährigen Vorstandsmitglieds *Foto: Walter Mogk*

Kasse ohne Beanstandung geprüft und stellten den Antrag, die Kassenführerin und den Vorstand zu entlasten, was einstimmig genehmigt wurde.

Wichtigster Tagesordnungspunkt waren Wahlen des gesamten Vorstandes. Leider steht der bisherige Vorsitzende Gawehns dem Verein nicht mehr zur Verfügung, sodass dieser Posten bis auf Weiteres vakant bleibt, er aber in diesem Falle das Amt kommissarisch weiter machen wird. Bei allen weiteren Vorstandsposten hieß es einstimmig: Wiederwahl; Kulturreferentin: Ina Naujok, Kassenführerin: Sigrig Pieper, Schriftführerin: Brigitte Christensen, Beisitzer: Hella Jördens, neue Kassenprüferin: Edeltraut Lütke.

Die Schriftführerin warb für den Jahresausflug, der am 13. Juni nach Neustadt in Holstein, mit einer Besichtigung der Blaudruckmanufaktur, gehen wird, in Schönwalde am Bungsberg wird es Mittagessen geben, danach geht es nach Malente auf das Gut „Immenhof“.

Der neue Landesvorsitzende der LO Wenskat gab dem Verein einen kurzen Überblick über seine Arbeit in Sachen Betreuungsfahrten in das Königsberger Gebiet, Elchniederung, die oft mit großen Schwierigkeiten verbunden sind.

Brigitte Christensen

Gerdaun

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdaun.de, Internet: www.kreis-gerdaun.de

Trauer um Doris Biewald
Die Heimatkreisgemeinschaft Gerdaun trauert um ihr langjähriges Vorstandsmitglied Doris Biewald, die am 12. Februar im Alter von 87 Jahren verstorben ist. Mit ihr verlieren wir eine treue Nordenburgerin und Ostpreußin, die sich um den Kreis Gerdaun verdient gemacht hat.

Doris Biewald wurde am 21. Dezember 1936 in Nordenburg als Tochter von Willi und Anna Klötzing, geborene Frohnert, geboren. Ihr Zuhause war in der Fritz-Tschierse-Straße, von wo aus sie 1945 mit der Mutter und den Geschwistern auf die Flucht ging. Mit einem Sammeltransport kam die Familie schließlich im Viehwaggon mit 70 Leuten aus Ostpreußen raus. Der Vater wurde beim Ein-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

marsch der Russen in einem Lazarett, vermutlich in Rastenburg, umgebracht.

In Eisenberg in Thüringen setzte Biewald ihre Schulausbildung fort und begann eine Lehre zur Industriekauffrau. Anschließend nahm sie ein Studium an der Fachschule für Finanzwirtschaft in Gotha auf. Als Finanzwirtschaftlerin übte sie eine Tätigkeit im Talsperr- und Wasserkraftanlagenbau in Weimar im Bereich Finanzplanung und ab 1960 im Bau- und Montagekombinat Leipzig im Bereich Finanz- und Wirtschaftskontrolle aus. Nach den Kindererziehungsjahren nahm sie eine Beschäftigung in der Buchhaltung bei der Bezirksabrechnungsstelle Ärzte/Zahnärzte in Leipzig auf. 2001 schied sie aus ihrem Berufsleben aus. Ehrenamtlich war sie seit 1991 als Vorsitzende eines Kleingartenvereins in Leipzig tätig.

Unserer Heimatkreisgemeinschaft ist Biewald seit vielen Jahren verbunden. Sie gehörte als eine von drei Nordenburger Kirchspielvertretern dem Kreistag seit 2007 an. Von 2007 bis 2015 war sie Mitglied des Beirates und seit 2015 Mitglied des Vorstandes. Als Leiterin der Geschäftsstelle war Biewald seit 2009 erste Ansprechpartnerin für alle, die mit der Heimatkreisgemeinschaft in Kontakt treten wollten, bearbeitete eingehende Anfragen und leitete sie weiter. Zugleich war sie seit vielen Jahren federführend für die Organisation der jährlichen Hauptkrestreffen verantwortlich und übte das Amt des Schriftführers aus. 2007 er-

hielt sie die Treueurkunde, 2012 das Verdienstabzeichen und 2022 das Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Ihre Heimat Ostpreußen hat sie auf mehreren Busreisen mit der Heimatkreisgemeinschaft besucht und dabei 1997 auch erstmals ihr geliebtes Nordenburg wiedergesehen, dem sie Zeit ihres Lebens eng verbunden war.

Die Heimatkreisgemeinschaft hat mit Doris Biewald eine engagierte Mitstreiterin verloren. Wir sind traurig, aber auch sehr dankbar für alles, was sie für unseren Heimatkreis geleistet hat, und werden ihr Andenken in Ehren halten. Unser Mitgefühl gilt der Familie.

Vorstand und Kreistag der Heimatkreisgemeinschaft Gerdaunen e.V.

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshelm, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshelm

Zum ersten Mal im Leben

Memel – Im Auftrag des Vorsitzenden die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise, Uwe Jurgsties, hat Heiko Roland Kressin vom Deutschen Kulturverein „Memel“ die Bruderhilfe der Landsmannschaft Ostpreußen an hilfsbedürftige Landsleute in Memel und Umgebung ausgezahlt. Zum ersten

Mal wurde auch Berta Pleikis in Girngallen-Matz unterstützt. Gleichzeitig erhielt die 95-Jährige durch einen Spender der AdM das „Memeler Dampfboot“.

Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgen-dorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Treffen in Rastenburg

Rastenburg – Mittwoch, 1., Tag der Arbeit, bis Donnerstag, 9. Mai, Christi Himmelfahrt: gemeinsame Busfahrt nach Rastenburg. Als Ausgangs- und Endpunkte der Fahrt sind Magdeburg und Berlin geplant. Wer Interesse daran hat, sollte sich umgehend bei Rita Kalmbach unter Telefon (039245) 2828 oder per E-Mail: er-kalmbach@t-online.de melden.

Wer in dem Zeitraum 1. bis 12. Mai eigenständig anreisen möchte, kann individuell die Zimmer im Hotel Koch, ul. Sportowa 1, PL-11-400 Kętrzyn, E-Mail: kochsportowa@wp.pl, Telefon (0048 89) 7511093, buchen.



Sonnabend, 1. Juni 2024
10-17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Rätsel

| | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------------|--------------------------|---------------------------------------|--------------------------------|-----------------------|------------------------|------------------------------|-----------------------------------|-----------------------|------------------------------|---------------------------|-----------------------------------|-----------------------------|----------------------------------|------------------------------------|---------------------|--|
| gleichziehen, erreichen | Sicher | westafrikanischer Staat | englischer Artikel | Apfelsine | Teilstrecke | zusätzlich, außerdem | Teil eines Erdteils | kostspielig | Art der Swingmusik; ein Tanz | Flocken bilden (Milch) | Abk.: International Space Station | enges, steilwandiges Tal | Lochvorsteher, Pfriem | Buch des Alten Testaments | französisch: Wasser | |
| alkoholisches Getränk | | | gefüllter oder belegter Kuchen | | | | Gebirgspfad | | Großbuchstabe | | runde Platte; Schmitze | | Gebirge zwischen Europa u. Asien | Tagesabschnitt | | |
| viele (ugs.) | | Allgemeiner Dt. Automobil-Club (Abk.) | | Entwicklungsabschnitt | | | frz. Komponist (Daniel-F.-Esprit) | | Mensch, der etwas stiehlt | Mittelmeer (Kzw.) | zu Boden gestürzte Früchte | kürzlich errichtetes Haus | lehrhafter Satz | sich teilweise zersetzen (Alkohol) | Schiffseigner | |
| bestehen, existieren | zeitlos; immerzu | längster Fluss Albaniens | lettsche Hauptstadt | | Wolfsspinne | aus gebranntem Ton gefertigt | | Wort der Ablehnung | afrikanischer Strom | Befreiung von Gefangenem | Affe, Weißhandgibbon | | wasserdichte Schutzdecke | Stadt in den Niederlanden | | |
| wohl, allerdings | brennend scharfes Gewürz | | flüchtiger Augenblick | | die erste Frau (A. T.) | englische Prinzessin | | in der gleichen Weise | englisch: alt | früherer türkischer Titel | zweimastiges Segelschiff | koffeinhaltiges Kaltgetränk | Hautsalbe | Pferd | der Ansicht sein | |
| ital. Hafenstadt an der Riviera | | | | | ein Eierteil (Kosform) | | kleine Rechnung | | | | Türbefestigung | | | | | |

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

| | | | | | | |
|-------|-------|-------|------|-------|------|-------|
| EGL | AEHR | ABIL | EKSS | AAPRT | AHTU | AFLOR |
| | ABKLU | | | | | AIM |
| AEGHR | | | | MOT | | |
| | | AAHRS | | | | |
| ABI | ABST | | | AHI | | |

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für ein Schlaginstrument.

| | | | | | | |
|---|--------|--|--|--|--|--------|
| 1 | ARZT | | | | | NAH |
| 2 | ATOM | | | | | LEHRER |
| 3 | WEHR | | | | | TANZ |
| 4 | LEICHT | | | | | HEMD |
| 5 | WASSER | | | | | LEDER |
| 6 | FILZ | | | | | HELD |
| 7 | HAUS | | | | | AUGE |

Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 nervös, hektisch
2 Sprachlehre: Satzgegenstand
3 engl. Schriftsteller (Charles)

Magisch: 1. unrühig, 2. Subjekt, 3. Dickens
6. Pantoffel, 7. Hühner – Xylotof, 8. Pflicht, 4. Matrosen, 5. Buñuel, 3. Pfeffel

Mittelworträtsel: 1. Praxis, 2. Physik

Schüttelrätsel:

So ist's richtig:

| | | | | | | | | | | | | |
|-------------------------------|--------------------|------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|-----------------------|--------------------------------|------------------------------|----------------------|---------------------|------------------------|-------------------|
| dt. TV-Star; ... Fedder | Leit-, Wahl-spruch | Bilder-rätsel | in der Musik: gebunden | akust. Auto-signal-gerät | auf sich zu | Kamm-linie des Berges | vulkan. Gesteins-schmelz-fluss | außer-ordentlich | ein Baum-woll-gewebe | tiefer Gram, Kummer | Roman von Stephen King | Kloster-vorsteher |
| Längen-kreis (von Pol zu Pol) | | | | Wandel-halle im Theater | nord-amerik. Urein-wohner | Gesichts-farbe | Bundes-staat der USA | Standort-bestim-mer (Schiff) | | | | |
| ein Europäer | Medi-ziner | | | | | | | | | | | |
| frühe Gesund-heitsmaß-nahmen | Groß-vater | Horn-schuh des Pferdes | Augen-deckel | bibl. Stamm-vater (Arche) | | | | | | | | |
| Figur bei Shake-speare | | | | | | Karten-spiel | | | | | | |
| Erwerb, Anschaf-fung | Kanton der Schweiz | | | langer Hohl-zylinder | | | | heftiger Schlag | | | | |
| | | | Gottes-haus, große Kirche | | | ent-rüstet | | | | | | |

Heimatkreisgemeinschaften



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de
Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wrister Str. 1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Gedenken an Ingolf Koehler

Der Vorstand und die Stadtvertreter der Stadtgemeinschaft Tilsit haben die Nachricht erhalten, dass unser langjähriges und verdienstvolles Mitglied, Ingolf Koehler, am 12. Februar 2024 im Alter von 95 Jahren in seinem Wohnort Heikendorf verstorben ist.

Ingolf Koehler wurde am 11. Februar 1929 in Ragnit geboren, seine Familie zog 1937 nach Tilsit in die Clausiusstraße 31. Sein Vater war in Tilsit beim Katasteramt beschäftigt. Hier in Tilsit wuchs Ingolf auf, war stets neugierig und lernte alle Winkel der Stadt an der Memel kennen. Seine detaillierten Kenntnisse der Stadt Tilsit haben Heimatfreunde an ihm immer wieder beeindruckt.

Schon mit 19 Jahren, nachdem er 1945 mit einem Minensuchboot nach Danzig und weiter nach Hamburg geflüchtet war, trat er in Hamburg-Bergedorf in die Landsmannschaft Ostpreußen ein und wurde Mitbegründer der „Ostpreußischen Jugend“. 65 Jahre war er in vielen Funktionen in den Gemeinschaften seiner ostpreußischen Heimat tätig. So von 1954 bis 1969 in der „Ostpreußen Hilfs-gemeinschaft“ in Kiel. Seit Beginn

der 1960er Jahre engagierte er sich in der Stadtgemeinschaft seiner Heimatstadt Tilsit. 1971 hat er den „Tilsiter Rundbrief“ ins Leben gerufen, dessen Schriftleiter er von 1971 bis 2010 war, 40 Ausgaben mit einem Gesamtumfang von über 5000 Seiten verantwortete und mehr als 200 Artikel schrieb, überwiegend zu heimatbezogenen Themen über Tilsit, Berichten über verdienstvolle Mitglieder der Gemeinschaft, zu Tilsiter Betrieben und Institutionen, sowie über historische Ereignisse. In dieser Zeit entwickelte sich der Tilsiter Rundbrief von anfangs 28 Seiten und einer Auflage von 2200 Exemplaren auf zeitweise 200 Seiten und 7000 Exemplare pro Ausgabe. Darüber hinaus initiierte und organisierte er die jährlichen Seminare der Schriftleiter der ostpreußischen Heimatbriefe in der damaligen Bildungsstätte der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., dem „Ostheim“ in Bad Pyrmont.

Koehler hat sich auch durch seine weiteren Publikationen um die Stadt Tilsit verdient gemacht. In mehreren Bildbänden „Tilsit - wie es war“, „Altes und neues aus Tilsit“, „Tilsit auf alten Postkarten“ hat er die Geschichte und historischen Bilder der Stadt vergegenwärtigt und im Gedächtnis der nachfolgenden Generationen verankert.

Ungezählt sind die Stunden ehrenamtlicher Arbeit, die Ingolf Koehler für die Stadtgemeinschaft Tilsit geleistet, nach seinem Selbstverständnis für Tilsit gewidmet hat. Nicht nur als Schriftleiter, sondern auch als Mitglied der Stadtvertretung, als Vorstandsmitglied, zeitweise auch als Schatzmeister und Geschäftsführer. In den 26 Jahren mit dem 1. Vorsit-

zenden Horst Mertineit war Ingolf Koehler lange Zeit dessen Stellvertreter im Amt des 2. Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft. Von allen anerkannt als der Macher im Hintergrund, verantwortlich auch für den Aufbau und die Verwaltung des Tilsiter Archivs und als Vortragsreisender mit Tilsiter Diaserien in vielen Städten unterwegs.

Seitens der Stadtgemeinschaft wirkte Koehler auch an der Rettung des Altars aus der Tilsiter Deutschordenskirche mit, der nach aufwendiger Rekonstruktion anhand historischer Fotos und der Restaurierung beschädigter, verstreuter Einzelteile 1990 in der Stadtkirche zu Bartenstein wieder errichtet wurde. Darüber hinaus organisierte er, nach der Öffnung des Königsberger Gebietes für Heimatbesuche nach 1991, über 50 Flug- und Busreisen nach Tilsit und war dabei auch mehrfach als Reiseleiter tätig.

Weitere Verdienste erwarb sich Koehler durch seine Arbeit zur Bewahrung von Erinnerungsstätten des alten Tilsit. Er beteiligte sich aktiv an der Schaffung einer würdigen Gedenkstätte für die Tilsiter Bombenopfer und gefallenen Soldaten auf dem Waldfriedhof. Gemeinsam mit seinen Vorstandskollegen knüpfte er erste Kontakte zur Administration von Sovetsk und schuf eine Atmosphäre partnerschaftlicher Beziehungen zu den heutigen Bewohnern seiner Heimatstadt. Auch die Städtepartnerschaft zwischen Kiel und Tilsit ist seinen Aktivitäten zu verdanken. Für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement erhielt Koehler zahlreiche Auszeichnungen. So die „Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen“ in Silber und Gold, die „Bismarck-Gedenkmedaille“ in Silber und von der Stadtgemeinschaft den „Tilsiter Elch“ mit Widmung.

Letztmalig besuchte er 2010 sein geliebtes Tilsit und übergab auch die Schriftleitung in jüngere Hände. Noch einige Jahre war Koehler als Stadtvertreter aktiv und gab seine reichen Erfahrungen in der organisatorischen und inhaltlichen Heimararbeit weiter.

In den letzten Jahren seines Lebens war er gesundheitlich in seinen Aktivitäten begrenzt und konnte nicht mehr aktiv an den Veranstaltungen unserer Stadtgemeinschaft teilnehmen. Über den Heimatbrief verfolgte er noch mit



Statt Karten
Gebt mir einen Platz am Himmelsrand,
von wo ich sehen kann mein Heimatland:
Ostpreußen

Ein Leben voller Glück und Liebe ist vollendet. Wir sind traurig, dass wir Dich verloren haben und dankbar, dass Du uns so liebevoll begleitet hast.

Edith Brookmann

geb. Scherotzki

* 13. Januar 1937 † 28. Februar 2024

Die Liebe endet nie

Dein Uwe

Anja mit Céline, Caroline, Josephine und Jasmine

Claudia und Birger mit Katharina

Lotti Scherotzki

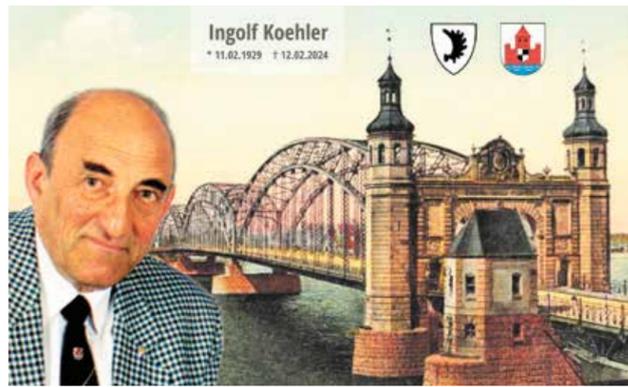
und alle Angehörigen

27726 Worpsswede, Neu Bergedorfer Damm 70

Die Urnentrauerfeier findet am Mittwoch, dem 27. März 2024, um 11.00 Uhr in der Worpssweder Friedhofskapelle statt. Im Anschluss erfolgt die Beisetzung.

Meierdierks Bestattungen

ANZEIGE



Die Stadtgemeinschaft nimmt Abschied: Am 12. Februar ist das langjährige wichtige Mitglied Ingolf Koehler verstorben Foto: U. J. Schmick

Interesse die Arbeit unserer Gemeinschaft und die aktuellen Ereignisse in Ostpreußen und Tilsit.

An Feiertagen hisste Koehler am Fahnenmast vor seinem Haus in Heikendorf an der Kieler Förde die Fahne seiner geliebten Heimatstadt Tilsit. Für uns weht sie nun, nachdem er einen Tag nach seinem 95. Geburtstag, am 12. Februar verstorben ist, in Gedanken auf Halb-mast.

Wir gedenken eines treuen ostpreußischen Heimatfreundes, eines Tilsiters, der über 70 Jahre die Erinnerung an seine Heimatstadt durch sein Wirken bewahrte und seine Kraft für den Erhalt der Gemeinschaft einsetzte.

Tilsit dankt

Unsere aufrichtige und tief empfundene Anteilnahme gilt seiner Familie, insbesondere seiner Tochter Dagmar, die als Architektin in die Fußstapfen des Vaters trat.

Der Vorstand und die Stadtgemeinschaft Tilsit werden das Andenken von Ingolf Koehler in Ehren halten und in seinem Sinne weiter für Tilsit arbeiten.

Uwe Jörg Schmick, Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.
Bernd Polte, Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.

Mitgliederbetreuung, Familienforschung, Heimatbrief, Kassenprüfer

Danzig-Masuren-Fahrt

Für die Studienreise nach Danzig-Masuren, 28. September bis 5. Oktober, sind noch Plätze frei.

Louis-Ferdinand Schwarz fährt seit 1990 ins nördliche und unternimmt in diesem Jahr eine Studienreise ins südliche Ostpreußen: Danzig, Masuren in einem modernen Reisebus mit erfahrenem Fahrer und qualifizierter Reiseleitung.

Die Studienreise führt zu den kulturellen Sehenswürdigkeiten der Region, beginnt in Bielefeld mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Autobahn A 2 Hannover bis Berlin und führt zunächst nach Posen, weiter über Marienburg mit der berühmten Buranlage des Deutschen Ritterordens nach Danzig.

Der dritte Reisetag gilt Danzig, der alten Hansestadt an der Ostsee. Die Stadtführung zeigt die Sehenswürdigkeiten Grünes Tor, Neptunbrunnen, Artushof, Krantor und die Marienkirche, eines der größten Gotteshäuser der deutschen Backsteingotik.

Höhepunkt des vierten Tages ist die Fahrt auf dem Oberländischen Kanal, einem technischen Wunderwerk des 19. Jahrhunderts, auf dem Schiffe über Hügel gezogen werden. Nach Besichtigung von Allenstein und Empfang im Deutschen Haus durch Vertreter der deutschen Minderheit geht es weiter nach Sensburg in Masuren, wo die nächsten drei Nächte die Hotelunterkunft ist. Von dort aus sind die Ziele: Steinort mit dem Schloss der Familie von Lehn-dorff, Lötzen, Nikolaiken, die Masurische Seenplatte mit einer Schifffahrt und die Johannis-burger Heide.

Am siebten Tag führt die Rückreise nach Bromberg, am achten Tag von dort zurück nach Bielefeld. Der Ausstieg ist wie auf der Hinreise möglich.

Anmeldungen bitte bis spätestens Mittwoch, 10. April, an den Reiseleiter Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6 a, 49201 Dissen, Telefon (05421) 1325, E-Mail: l-f.schwarz@web.de

ANZEIGEN



Wir gedenken eines Tilsiters, der über 70 Jahre durch sein unermüdeliches Wirken für Ostpreußen und Tilsit wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Erinnerung an seine Heimatstadt für immer bewahrt bleibt.

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von

Ingolf Koehler

* 11.02.1929 † 12.02.2024

Seit Anfang der 60er Jahre war Ingolf Koehler in verschiedenen Funktionen für die Stadtgemeinschaft Tilsit tätig, so als Geschäftsführer, Schatzmeister, Schriftleiter, Archivleiter und lange Zeit als 2. Vorsitzender.

Wir verneigen uns in Hochachtung vor seiner Lebensleistung und werden sein Vermächtnis für Tilsit in Ehren halten.

Er wird uns stets Vorbild und Inspiration bleiben.

Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.

Uwe Jörg Schmick · Vorsitzender | Günter Balschuwiet · stellv. Vorsitzender
Beiräte: Valentina Manthey | Wolfgang Freyberg | Heinrich Lohmann



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Ingolf Koehler

* 11. Februar 1929 † 12. Februar 2024
in Ragnit in Heikendorf

Der Verstorbene war langjähriger 2. Vorsitzender und von 1971 bis 2010 Schriftleiter der Stadtgemeinschaft Tilsit. Zwei Jahrzehnte lang leitete er die LO-Seminare für Schriftleiter der ostpreußischen Heimatbriefe.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Ingolf Koehler im Jahre 1994 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister



OSTPREUSSISCHE ORTSNAMEN

Namen, die oft seltsam klingen

Endungen auf „-au“, „-keim“ oder „-lauken“ – Was diese Silben über die Geschichte von Städten und Dörfern verraten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Abtschermeningken, Ballamutowen, Christoplacken, Faltianken, Kuglacken, Okrongeln, Quittainen, Schaltischledimmen, Uszpianehlen, Zielkeim – ostpreussische Ortschaften trugen oft seltsam anmutende Namen. Das resultierte aus dem Umstand, dass der baltische Volksstamm der Prußen in der Region lebte, bevor er unter die Herrschaft des Deutschen Ordens geriet.

Dabei deuten die Endungen der Ortsnamen auf das unterschiedliche Alter der preußischen Siedlungen hin. Ehemalige Niederlassungen der Prußen mit Wehrcharakter und besonders langer Geschichte erhielten später vielfach Namen, die mit „au“ endeten, wie beispielsweise Batau, Damerau, Tapiau und Wehlau. Etwas jüngere Siedlungen mit reinem Dorfcharakter wurden dahingegen auf Namen getauft, an deren Ende die Silbe „keim“ oder „kiem“ stand – abgeleitet von altpreussisch „Kaimas“ für „Dorf“. Das galt unter anderem für Bönkeim, Godekeim und Spulkiem. Dazu kamen noch später entstandene preußische Ortschaften mit der Namensendung „lauken“ oder „lacken“ von altpreussisch „Acker“ oder „Feld“ sowie „nicken“ für „Ort“. Als Beispiele hierfür seien Ditlacken, Gedelauken, Korklauken, Taberlauken, Garbnicken und Palmnicken genannt.

Hinweis auf Siedlungen und Landschaften

Typisch preussisch war zudem der Brauch, Silben wie „itten“ und „aikenuiken“ anzuhängen, die entweder als Verkleinerungsform dienten oder auf preussische Sippenamen hinwiesen, so wie im Falle von Oblitten, Kusitten, Flugaiken und Perkuiken. Darüber hinaus leiteten sich manche ostpreussische Ortsnamen auch von preussischen Einzelpersonen ab. Beinkehmen wurde nach dem preussisch-



Marktplatz von Angerapp/Darkehmen: Der Name Darkehmen ist zusammengesetzt aus „Dargis“ (Regen) und „Kaimas“ (Dorf), was auf eine Benennung nach dem Wetter hindeutet

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

schalauischen Edelmann Beiningh benannt, Darethen nach dem Altpreußen Dorothe und Gerdaue nach dem Stammeshäuptling Girdawe, dessen Name auf das preussische „girdin“ zurückging, was sich mit „Wort halten“ übersetzen lässt.

Ansonsten beruhten etliche Benennungen von Siedlungen in Ostpreußen auf den preussischen Bezeichnungen für Elemente der damaligen Landschaft im Umkreis der Ortschaften. Das galt unter anderem für Akmenischken, Goldap, Löbenicht, Lyck und Quednau. Hier standen folgende preussische Wörter Pate: „Akmenis“ für „Stein“ oder „Felsen“, „Gude“ für „Gebüsch“, „Loba“ für „Tal“, „Luka“ für „Teichrose“ und „Kweita“ für „Blume“.

Als weitere Beispiele können Cranz sowie Ragnit dienen. Cranz basierte auf preussisch „Krantas“ (Strand oder Küste) und Ragnit auf „Ragas“ (Landzunge). Hinzu kamen Ortsnamen, welche die Stimmung widerspiegeln sollten, die von der

umliegenden Natur ausging. So war Juditten eine Abschleifung des preussischen Wortes „Juodas“, zu Deutsch in etwa „finster“, während Biälla auf dem preussischen „Gailis“ für „weiß oder hell“ beruhte. Charakteristisch war darüber hinaus der Name von Tapiau. Darin steckte das preussische „Tape“, also „Wärme“.

Oftmals stellten die Ortsnamen auch Kombinationen preussischer Begriffe dar wie im Falle von Stallupönen, Darkehmen oder Mehlsack. Stallupönen leitete sich von „Stalas“ (aufgerichteter Stein) und „Upe“ (Fluss) ab und bezeichnete ursprünglich eine Kultstätte an einem Fließgewässer. Darkehmen war die Zusammensetzung von „Dargis“ (Regen) und „Kaimas“ (Dorf), das heißt, hier wurde auf das Wetter im Bereich der Siedlung angespielt. Und das eigentlich recht deutsch klingende Mehlsack ging aus dem kryptisch anmutenden preussischen „Malcekuke“, zu Deutsch „Gehölz der Unterirdischen“, hervor.

Es gab auch Beispiele für die Aneinanderreihung preussischer und deutscher Wörter. Hierzu zählten unter anderem Nemmersdorf („Nemiršele“ stand für eine Sumpfpflanze), Riesenburg („Reisen“ oder „Resia“ war ein Teil des preussischen Gaus Pomesanien) und Sensburg („Sena“ oder „Senas“ lässt sich mit „alt“ beziehungsweise „altertümlich“ übersetzen). Insofern zeugen Endungen wie „-dorf“, „-burg“, „-bach“, „-wiese“, „-see“, „-berg“ keineswegs automatisch von einer Gründung des Deutschen Ordens.

Andere seltsam klingende Bezeichnungen für Dörfer und Städte in Ostpreußen hatten hingegen keine preussischen, sondern litauische oder kurische Wurzeln, so wie Dawillen (von kurisch „Schenkung“), Pillkallen (von litauisch „Pilkalnis“ für „Grabhügel“ oder „Burgberg“) und Nimmersatt (eine Kombination aus dem kurischen Namen Nemira und dem Wort „Seta“, also „Hof“). Dazu kamen Entlehnungen aus dem Polni-

schen: So ging Jendreyken auf den Ortsgründer Jędrzej zurück und Zinschen auf das polnische Wort für Mietzins.

Preussische und polnische Wurzeln

Und manchmal kann man auch von einem Kuriosum sprechen, wie im Falle von Liebstadt. Im 14. Jahrhundert soll der Ritter Heinrich von Liebenzell bei der Jagd auf einen besonders großen Hirsch gestoßen sein, woraufhin er das Revier der Überlieferung nach mit folgenden Worten pries: „Welch liebliche Statt!“ Damit stand angeblich der Name der später hier gegründeten Siedlung fest.

Auf jeden Fall widerspiegelten die Ortsnamen in Ostpreußen nicht nur die deutsche Kolonisation der Region, sondern auch deren tiefer in die Vergangenheit zurückreichende Geschichte, für die es vielfach keine weiteren Quellen als eben die Bezeichnung der Siedlungen gibt.

BEKENNTNISGENERATION

Späte Beschäftigung mit der Heimat der Eltern

Astrid Leiterer erzählt die Geschichte ihrer Familie vor dem Hintergrund von Weltkriegen, Teilungen und Vertreibungen

Das Bemerkenswerte an dem Buch „Der bittere Duft des Flieders“ ist die Autorin, geboren 1961 in Jena. Sie ist also keine Vertriebene aus dem deutschen Osten, sondern sie zählt zur Bekenntnisgeneration. In ihrem Fall bekennt sie sich zur Heimat ihrer Vorfahren in Ostpreußen, konkret zum nordöstlichen Teil, der, im Bereich der Flüsse Memel, Gilge und Ruf, heute aufgeteilt ist zwischen der Republik Litauen und der russischen Exklave Kaliningrad.

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges war das gesamte Gebiet Teil der preussischen Provinz Ostpreußen. In den Innenseiten des Einbandes findet der Leser Karten des ungeteilten Ostpreußen und des nordöstlichen Teiles mit der Lage der Ortschaften, in denen die handelnden Personen des Buches bis zur endgültigen Vertreibung Ende des Zweiten Weltkrieges lebten. Diese Karten sind eine wichtige Hilfe für die Lektüre.

Ungewöhnlich ist auch die Gliederung des gesamten Textes in 116 Abschnitte, im Durchschnitt zwei bis drei Seiten lang mit Überschriften, die auf den Inhalt hinweisen. Diese folgen der Chronologie nach von Anfang des

19. Jahrhunderts bis in die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch diese Form unterstützt den Leser, zumal er nach Interesse seine Schwerpunkte auswählen kann.

Weckruf war eine Reise mit den Eltern in deren Heimat

Eine Reise 2008 mit ihren Eltern nach Ostpreußen war der Weckruf, so die Autorin, sich mit Land und Leuten, speziell mit der Geschichte und dem Schicksal ihrer Vorfahren zu beschäftigen. Dies ist die Botschaft, die Astrid Leiterer mit ihrem Buch übermitteln möchte: Ostpreußen ist Teil der deutschen Geschichte, die nicht verlorengehen darf.

Dazu gehören auch die Entwicklungen seit 1945 sowie die Schicksale der vertriebenen Bewohner und ihrer Nachfahren. Das rechtfertigt die Fragestellung „Deutschlands historischer Osten – verblässende Erinnerung oder Wiederentdeckung?“ für das Geschichtsbewusstsein der gegenwärtigen und künftigen Generationen.

Unter den Eindrücken der Ostpreußen-Reise begann die Autorin gründliche Recherchen im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis nach persönlichen Erin-

nerungen an die Heimat und die Ereignisse, die zum unfreiwilligen Verlust ihrer gewohnten Umgebung führten, an die schrecklichen Erlebnisse von Flucht und Vertreibung bis hin zu der Ankunft in Restdeutschland. Sie wertete verbliebene Dokumente, Briefe und niedergeschriebene Erinnerungen aus. Sicher fand sie in den vielen Materialien auch Fotos von Personen, von Landschaften oder Bauwerken, welche die Texte anschaulicher gestaltet hätten. Die Summe der gewonnenen Erkenntnisse, Informationen und eigenen Erfahrungen formten bei Leiterer das Bild von Ostpreußen, das erhalten bleiben muss.

In ihrem Buch berichtet sie über die Lebenslinien von drei Familien und deren Nachfahren aus dem Nordosten Ostpreußens. Zeitlich beginnt die Darstellung in den Jahren der napoleonischen Befreiungskriege Anfang des 19. Jahrhunderts und führt über die Schicksalsjahre für Ostpreußen im Ersten und Zweiten Weltkrieg bis in unsere Gegenwart.

Hervorheben muss man die korrekten Darstellungen der prägenden historischen Ereignisse für die Menschen und das Land wie Weltkriege, Teilungen

und Vertreibungen. Diese sehr sachlichen Passagen werden eingebettet in die Schilderungen des Alltags der Menschen auf dem Lande, ihrer Probleme, Hoffnungen und Wünsche.

Es werden aber auch sehr detailliert die ländliche Umgebung, Felder, Wiesen und Wälder, Bauwerke wie Kirchen – die Menschen waren tief religiös – und vor allem die langen und strengen Winter und wie die Landbewohner gegen sie ankämpften, beschrieben. Ein eindrucksvolles Beispiel bieten die Beiträge über den Forst Ibenhorst, nahe dem Kurischen Haff. Das Landleben wird in einer Weise so genau nachgezeichnet, dass man vermutet, die Autorin war nicht nur auf einer Reise in der Heimat ihrer Vorfahren.

Landleben in historisch bewegten Zeiten

Ein Strauch weißen Flieders wird zu einem Symbol der Erinnerung an das Land der Vorfahren. Die Zeiten friedlichen Zusammenlebens in den Dörfern waren mit den Ereignissen und Folgen des Ersten Weltkrieges beendet, mit dem Einfall der zaristischen Armee und der Trennung des Landes vom Reich durch den Versailler Vertrag. Die ganzen Schrecken von Flucht

und Vertreibung, von Verbrechen, Tod und Vergewaltigungen sowie die Rücktransporte in das besetzte Restdeutschland werden aufgezeichnet, wie sie in unzähligen Erinnerungen Vertriebener bereits dokumentiert wurden.

Die Lebensläufe der Familien waren schon lange durch die Jahrzehnte getrennt, endeten an verschiedenen Orten der DDR. Das Schlusskapitel bietet einen berührenden Bericht über eine Reise in die Heimat. Die Sprache der Darstellung ist gut verständlich und wird aufgelockert durch den ostpreussischen Dialekt und auch Begriffe der ursprünglich preussischen Bewohner.

Das Buch ist zu empfehlen für Heimatvertriebene, ihre Nachfahren sowie für jeden an der Geschichte Interessierten und insbesondere die jüngeren Generationen.

Karlheinz Lau



Astrid Leiterer: „Der bittere Duft des Flieders“, Mauk Verlag, Jena 2023, gebunden, 382 Seiten, 29,90 Euro

FREIZEIT

Warum in die Ferne schweifen?

Zwischen Barth und Stralsund – Auf dem europäischen Fernradweg E9 an Pommerns Küste unterwegs

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Der morgendliche Blick zum Himmel bestätigt es. Genau das richtige Wetter für eine vorfrühlingshafte Radtour. Nichts wie los! Passend zum strahlenden Himmel zwei fröhliche Gesichter wie zur Begrüßung am Bahnhof der Vineta-Stadt Barth. Die Frage der Mädels, ob der angekommene Zug gleich nach Velgast abgehe, kann bejaht werden. „Wir haben einen Kurzurlaub in Zingst gemacht“, erfährt der Radler, „und fahren jetzt begeistert nach Hamburg zurück.“ Schließlich herrscht noch vorsaisonale Ruhe im Land hinter den Bodden-Deichen.

Das steckt auch Einheimische an. Auf in die Barther Altstadt, die dem Bahn-/Radfahrer zu Füßen liegt! Ihre lange und wechselvolle Geschichte reicht, so liest man an einer Info-Tafel, bis 1255 zurück. Damals wurde die Siedlung nach lübischem Stadtrecht gegründet. Es geht beschaulich zu in den sauberen Straßen, deren wohlgepflegt restaurierte Häuser von St. Marien überragt werden.

Auf dem malerischen Alten Markt wird man als Passant noch mit „Moin!“ begrüßt, und ein Fleischer lockt mit Wiener Würstchen, Kartoffelsalat und Salz-Dill-Gurken aus eigener Produktion. Die am Verkaufswagen Schlange stehenden Hausfrauen sprechen eine beredete Sprache: Hier kann man getrost gute Qualität erwarten – und für wenig Geld. Die Marschverpflegung ist gesichert.

Stralsunder Begegnung am Grabow

Der moderne Raddampfer „Baltic Star“ im Hafen wartet auf bessere Zeiten bis zum Saisonstart am 15. März. Bis dahin herrscht winterliche Ruhe. Der europäische Fernradweg E9 „Ostseeküsten-Radweg“ führt nach Osten aus der Stadt heraus. Dank guter Beschilderung stellt das kein Problem dar. Eine 50.000er-Wanderkarte sollte dennoch im Gepäck sein oder

natürlich ein „Navi“. Im Frühjahr und Sommer führt die Route dann nach Westen – hinüber auf den Darß. Oder man fährt vom Hafen aus mit einer der Fähren, die durch den Bodden hinüber nach Zingst pendeln. Da hätte man dann sozusagen mehrere Fliegen mit einer Klappe

dem weiten Blick über den still und glänzend daliegenden Grabow.

Ruhendes Baggergerät am neu entstehenden Hafen Dabitz, aber ein einsamer Pkw. Der gehört einem Stralsunder Ehepaar, das sich über den „goldenen Freitag“ freut und gerade von einem langen Son-

nass unter sich starrt. „Hüüt ward dat wohl nix mehr“, schüttelt er den Pudelmützen-Kopf und überlegt, ob er weiterhin ein Loch in den Bach starren oder nach Hause radeln soll. „Gestern“, meint er auf Hochdeutsch weiter, „da hättest du mal hier sein sollen, da war alles voll.“ Wie sich herausstellt, waren es Küstenwächter, die auf Deichbeschau unterwegs waren wegen des Hochwassers. Seine Reste sieht man noch als flache Tümpel, die stellenweise bis an den Rand des Radwegs lecken.

Mittagspause mit Bank und Tisch am Bodden-Wehr Groß-Kordshagen. Bei leckerem Festmenü aus Barth gibt es einen 180-Grad-Wasser-Darß-Blick inklusive. Dazu das Himmels-Konzert von Tausenden Gänsen, die unter großem Geschnatter eine Wiese bei Zühlendorf ansteuern.

Parow von Abendsonne vergoldet

In Bisdorf fällt das restaurierte Herrenhaus auf, vor Kinnbackenhagen das strubbelige Große Holz, ein vom Wind zersauerter Wald am Schilfgürtel. Ferienhäuser kommen am Rand von Kinnbackenhagen in Sicht. „Zu viele“, meint ein Alt-Anwohner, „das bringt ganz schön Unruhe in unser bisher beschauliches Dorf.“ Bisdorf ruht anscheinend in seinem Einfamilienhaus-Schlaf, während man in Hohendorf das ehemals gräfliche Schloss derer von Kloth-Trautvetter in neuem Glanz sieht.

Weit schweift der Blick vom oberen Ortsteil auf dem Weg nach Klausdorf bis nach Hiddensee hinüber, dessen Dornbusch samt Leuchtturm-Wahrzeichen zum Greifen nahe scheint. Prohn wird von der Sonne vergoldet, bis hinter der Marinetechnikschule (MTS) Parow die Backstein-Türme der Hansestadt Stralsund in Sicht kommen. Der Tacho zeigt 45 Kilometer Fahrtstrecke an. Da bleibt noch genügend Zeit, um die UNESCO-Welterbe-Stadt zu erkunden.

Fazit dieses aktiven Traumtags: Warum in die Ferne schweifen?



Einsame Wege: Der zum Teil asphaltierte Ostsee-Küsten-Radweg östlich von Barth

geschlagen: Rad und Schiff samt Streckenverkürzung mit mehr Zeit für die Halbinsel, die man bis zur wüstenartigen Hohen Düne im Osten erkunden kann.

Doch zurück zum E9-Ostabzweig. In Glöwitz passiert man den „Klönkaten“. Einst ein beliebter Treffpunkt für „Lebenskünstler“, wie man von einem Spaziergänger erfährt, heute nur noch eine traurige reetgedeckte Ruine. Den Glöwitzer Berg geht's nur im ersten Gang hinauf, nach den Strampelmühen aber vom 20 Meter hohen Ützberg in Sausefahrt wieder zu Tal. Mit einer Riesenbelohnung:

nen-Spaziergang auf dem Deich zurückkommt. „Wunderschön, diese Landschaft, dazu das Traumwetter“, schwärmen die beiden, „das muss man einfach ausnutzen! Drinnen sitzen können wir noch lange genug.“ Nach einem gegenseitigen Handy-Foto folgt eine freundschaftliche Verabschiedung. In dieser Einsamkeit rückt der Mensch wieder zusammen. Im Sommer dürfte hier schon mehr los sein.

Festmenü mit Weitblick

Auf der Brücke über die Uhlenbäk sitzt ein verummter Angler, der auf das kühle

LANDESPOLITIK

Strategien für die Ostseeregion

Auf 100 Seiten Zukunftsperspektiven – Metropolregion Stettin: Wie Vorpommern bis 2030 entwickelt werden soll

Kennen Sie die Vorpommern-Strategie der Schweriner Landesregierung? Nein? Dann sind sie damit nicht allein. Der Auslöser dürfte dagegen bekannt sein – die Landtagswahl 2016: Mit der AfD kam erstmals eine Partei aus dem Stand auf 20,8 Prozent der Wählerstimmen. Auffällig: Die CDU, die bisher in Vorpommern dominierte, verlor nicht nur Wählerstimmen, sondern auch drei Direktmandate an die AfD. Zudem bekam diese in Vorpommern die höchsten Stimmanteile.

Als Reaktion gab Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) im Oktober 2016 bekannt, dass der Pasewalker Patrick Dahlemann (SPD) den Posten eines parlamentarischen Staatssekretärs für Vorpommern bekleiden wird. Als „Kümmerer vor Ort“ sollte er nun „den Vorwurf entkräften, Schwerin vernachlässige den entlegenen Landesteil im Osten.“

Empfundene Benachteiligung

Handlungsbedarf besteht weiterhin: Nach Angaben der Landesregierung ist in Vorpommern die Wirtschaftskraft geringer, die Arbeitslosigkeit höher und die Infrastruktur schlechter als in Mecklenburg. So hielt auch Sellerings Nachfolgerin, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

(SPD), am Staatssekretär für Vorpommern fest. Das Amt bekleidet seit Ende 2021 der Greifswalder Heiko Miraß (SPD).

Zu den politischen Instrumenten des pommerschen Staatssekretärs zählt neben dem Vorpommern-Fond, der seit 2018 mit jährlich drei Millionen Euro ausgestattet wird, ein Vorpommern-Rat. Dieser besteht laut der Zeitung „Nordkurier“ aus „21 Rettern für den Landes-Osten“, Kommunalpolitikern, Unternehmern und Gewerkschaftern. Sie haben gemeinsam die Strategie für die Entwicklung Vorpommerns bis 2030 erarbeitet und 2021 an die Ministerpräsidentin Schwesig (SPD) übergeben.

Wirtschaftskraft stärken

Als entscheidend wird dabei die Stärkung der Wirtschaftskraft angesehen. Allerdings geht es nicht nur um eine Stabilisierung der Wirtschaft, sondern ebenso, wie bereits vor 1945, um Neuanstellungen in der strukturschwachen Region. Dazu sollen Anreize durch staatliche Förderung gesetzt werden, die Qualifizierung von Fachkräften (dafür sind Maßnahmen im Bereich Wissenschaft und Bildung vorgesehen) gesichert und mit attraktiven Standorten, sowohl für das Lebensumfeld

als auch für einen Firmensitz, geworben werden.

Die politische Teilung Pommerns wird mit dem Ziel der Schaffung einer erlebten Metropolregion Stettin beantwortet. Förderungen eines Metropolregion-Stettin-Fonds der Landesregierung ergänzen EU-Mittel, um gegenwärtig Trennendes zu überwinden. Im Alltag ist bereits fest-

stellbar, dass Vorbehalte fallen, seit 2007 gibt es stetigen Zuzug von Stettin in den Landkreis Vorpommern-Greifswald. Auch in Gegenrichtung ist dieser messbar: Bedingt durch günstige Kauf- und Energiepreise sowie dem Wegfall der Grunderwerbsteuer bei Immobilien ist die Nachfrage durch Deutsche im vorpommerschen Stettin und Swinemünde hoch.

In Bezug auf die Infrastruktur gibt es Großprojekte, beispielhaft ist die Schiene: Neben dem Ausbau zur zweigleisigen Bahnverbindung Berlin-Stettin (Fahrzeit ab 2026: 90 Minuten) haben die Darß-Bahn, von Barth über Zingst nach Prerow, und der Ausbau der Bahnstrecke von Berlin-Swinemünde über Karnin (Fahrzeit dann: 120 Minuten) touristische Bedeutung. Beim Tarifverbund wird eine Verknüpfung eines Metropolregion-Stettin-Tickets mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg favorisiert. Regional wird auf den Verkehrsverbund Vorpommern gesetzt.

Wichtiger Punkt der Vorpommern-Strategie ist auch die identitätsstiftende Kultur- und Heimatpflege. Dort gibt es einigen Handlungsbedarf, gleiches gilt für die Außenwirkung der Region – das Bemühen ist aber, wie bei der „Grünen Woche“ in Berlin (wir berichteten) spürbar.

Hier konnten nur Auszüge aus dem Strategiepapier wiedergegeben werden. Aber: Die 100 Seiten umfassende Broschüre ist zukunftsweisend. Pragmatisch ist auch der Umgang des pommerschen Staatssekretärs mit dem Papier, statt einer Neuauflage und Ergänzung setzt Heiko Miraß auf Ergebnisse. *Torsten Seeger*



Eines der erfolgreichen Unternehmen aus Vorpommern: Die Sightseeing Trains Rügen baut elektrische Wegebahnen, die nicht nur in Köln oder Erfurt, sondern auch in Wien, dem slowenischen Ljubljana oder dem Schweizer Melchsee-Frutt unterwegs sind

● MELDUNGEN

Ostereier, Forum und Seenotrettung

Stettin – Die Stettiner S-Bahn nimmt Fahrt auf: Seit dem 10. März werden zusätzliche Züge auf den Kurzstrecken nach Greifenhagen, Stargard und Gollnow eingesetzt. Dafür haben die beteiligten Städte zusammen eine Million Euro aufgebracht. *TS*

Anklam – Dem Ruf zum Pommerntreffen folgten am 9. März geschätzt 600 Gäste von dies- und jenseits der Oder. Eingestimmt mit „Wenn in stiller Stunde...“ wurde neben Musik und Tanz im Anklamer Volkshaus auch an den 250. Geburtstag des Malers Caspar David Friedrich erinnert. *TS*

Stolp – Die Nationalstraße 21 soll auf der Strecke Stolp-Stolpmünde bis zum 15. April fertiggestellt werden. Die Ausbauarbeiten hatten im Spätsommer 2021 begonnen, die Fertigstellung der Arbeiten – die auch einen neuen Fahrbahnaufbau umfasste – verzögerte sich um ein Jahr. *TS*

Swinemünde – Wie Sebastian Kluska von der Seenotrettung mitteilte, werden bis 2028 die Rettungsstationen Kolberg, Ziegenort und Dievenow erweitert und die Stationen in Swinemünde, Stolpmünde und Leba modernisiert werden. Zudem gibt es eine Erweiterung der Flotte. Die deutschen Seenotretter sind im vergangenen Jahr 3500 Menschen auf Nord- und Ostsee in fast 2000 Einsätzen zu Hilfe gekommen. *TS*

Pasewalk – Wo sich der Osterhase heimisch fühlt? Wahrscheinlich in Pasewalk. Die Vorfreude auf Ostern ist unübersehbar: Etwa neun Riesen-Eier (1,80 Meter Höhe) wurden von Kindern mit großer Begeisterung bemalt und zieren nun die Innenstadt. Am 20. März wird auch ein Osterbaum aufgestellt. *Frohes Fest! TS*

„... wie aus Aktivisten Waschlappen werden“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Danke für die Veröffentlichung der Kolumne ‚Totale Widersprüchlichkeit‘, deren Verfasser den sogenannten Nagel auf den Kopf trifft!“

Gisela Löffelmacher, Flensburg
zu PAZ Nr. 8



Ausgabe Nr. 9

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

SPLITTER IM AUGE
ZU: MACRON „SCHLAFWANDELTE“ RICHTUNG APOKALYPSE (NR. 9)

Der Beitrag bringt die Gefahren einer weiteren Eskalation des Konflikts um die Ukraine wieder gewohnt sachlich und klar auf den Punkt. Der Vergleich mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs ist wohl in der Tat sehr naheliegend. Schon vor zehn Jahren zog Altkanzler Helmut Schmidt diesen Vergleich mit Blick auf den Ukraine-Konflikt. Sein Beitrag in der „Zeit“ vom 25. September 2014 hatte die Überschrift: „Wir Schlafwandler“. Sehen Politik und Medien heute nur den „Splitter“ im Auge des Präsidenten Russlands, so konnte Schmidt schon damals sagen, dass alle Beteiligten Fehler gemacht haben und eben darum auch alle nachgeben müssten: die Ukraine, die Europäische Union, die NATO und Russland. Warum aber möchte man nicht auf Schmidt oder Ex-General Harald Kujat hören? Ist es das schlechte Gewissen? *Ottfried Wallau, Siegburg*

GRÜNE ALS RECHTE PARTEI?
ZUM WOCHENRÜCKBLICK: ERWARTUNGEN ANS VOLK (NR. 9)

Die Grünen waren in den 80er Jahren in ihrer Protestform wohl radikaler als Landwirte und AfD-Vertreter heute. Man blockierte als Grüner Castor-Transporte, beteiligte sich an Sitzblockaden gegen Unionspolitiker und pöbelte im Parlament, was die Grünen zur ersten „populistischen“ Partei in der Bundesrepublik Deutschland machte. Was gestern jedoch noch als legitimer ziviler Ungehorsam galt, deklarieren die Grünen – heute in Regierungsverantwortung – als „demokratiefeindlich“ und „rechts“.

Selbiges gilt auch für die einstigen grünen Forderungen nach Volksabstimmungen, Abrüstung sowie die Idee einer „anti-autoritären Gesellschaft“. Würde sich heute eine (neue) grüne Partei mit den Inhalten der Grünen aus den 80er Jahren gründen, würde diese wahrscheinlich in den Augen heutiger Grüner als „Ver-

dachtsfall“ für den Verfassungsschutz gelten. Die Grünen haben sich im Staatsapparat eingerichtet, machen Politik für Rüstungskonzerne und predigen dem Fußvolk die grüne Moral von oben. Waren die früheren Grünen in vielerlei Dingen vielleicht Utopisten, so sind sie heute knallharte Realitätsverweigerer – abgeschottet in Amtsstuben.

Noch immer wähnt man sich als (kleine) ökologische und antiautoritäre Partei, obwohl man es inzwischen längst nicht mehr ist. Führend sind die Grünen nur noch in Forderungen nach mehr Waffenlieferungen, neuen Steuern und einer Entdemokratisierung des Bundesverfassungsgerichts, was die Grünen eigentlich zu einer „rechten“ Partei macht, wären diese Begriffe heute noch aktuell. Dass jetzt noch Landwirte, Umweltschützer und Friedensaktivisten gegen die verheerende grüne Politik von heute auf die Straßen gehen, was gestern oftmals noch grünes Wählerklientel war, offenbart, wie weit sich die Grünen inhaltlich und von ihrem Auftreten gewandelt haben. Von grünem Idealismus vergangener Tage ist nichts zu sehen.

Stattdessen verbarrikadieren sich die Grünen hinter der Moralkeule, die jeden Kritiker grüner Politik zum „Demokratiefeind“ und „Rechtsradikalen“ deklariert. Diese offene Dünnhäutigkeit ist der Beweis dafür, wie aus Aktivisten Waschlappen werden. *Marcel Jacobs, Hamburg*

GELIEBTES FRANKEN
ZU: SCHÄUFELE, HÖHLENKÄSE, KOMMUNENBIER (NR. 9)

Ich war hochofregt, dass ich in der PAZ einen Beitrag über *mein* Nürnberger Land vorgefunden habe. Ich wurde in Röthenbach an der Pegnitz geboren, das zum Nürnberger Land gehört. Burg Hohenstein haben wir vor etwa einem halben Jahr bestiegen. Der Ausblick von dort oben ist einfach grandios. Ganz in der Nähe begrüßen sich die Regierungsbezirke von Oberfranken und die Oberpfalz – und das alles im Bundesland Bayern.

Schäufele, Bratwürste, Lebkuchen, Wein und Bier gehören zu Franken. Käse gibt es bei uns, aber wenn es um den selbstgemachten Käse geht, der kann zur Genüge produziert werden. Höhlenkäse gibt es zwar in Franken auch zu kaufen, aber eine richtige fränkische Spezialität ist dieser gerade nicht für unsere Region.

In Krottensee bei Neuhaus an der Pegnitz, also gleich um die Ecke, wird im Gasthof „Grottenhof“ der „Grottenkäse“ serviert. Dieser Käse reift in zehn Wochen in der Höhle oder in der Grotte, wie man bei uns zur Höhle sagt.

Trotzdem vielen Dank für Euren Reisebericht über *mein* Nürnberger Land. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

MERZ? NEIN, DANKE!
ZU: AMPELDÄMMERUNG (NR. 9)

Tosender Beifall für diese Zusammenfassung der Situation, in die uns schon Merkel gebracht hat und die jetzt nur noch verschlimmert fortgesetzt wird. Vor einem Kanzler Merz mögen wir demnach bewahrt bleiben. *Ulrich Bohl, Berlin*

NATO-AUSDEHNUNG IM OSTEN
ZU: DIE „WAHRHEIT“ ÜBER DAS „VERSPRECHEN“ (NR. 8)

Die Rezensentin des Buches „Nicht einen Schritt weiter nach Osten“ der US-amerikanischen Historikerin Mary Elise Sarotte stellt gleich zu Anfang dar, dass die Autorin die offizielle US-amerikanische Sichtweise vertritt. Damit scheint diese sich jetzt in Gegensatz zu ihrem früheren Buch „1989. The Struggle to Create Post-Cold War Europe“ zu stellen.

Auch Jacques Baud stellt in seinem Buch „Putin, Herr des Geschehens?“ dar, dass es zwar keinen Vertrag, aber durchaus ein Versprechen von höchster (amerikanischer) Ebene gab, von einer Ausdehnung nach Osten abzusehen.

Musste nicht, wie Klaus von Dohnanyi 2022 in „Nationale Interessen“ schrieb, Gorbatschow auf das Wort des US-Au-

ßenministers vertrauen können? Man macht es sich eventuell zu leicht, sich nur auf einen ohne Zweifel nicht geschlossenen Vertrag zu versteifen. *Michael Weber, Harrislee*

BESUDELTES KÄSTNER
ZU: BESUCH BEI ERICH (NR. 8)

Leider ist die Denkmalsituation, wie in dem ansonsten sehr informativen Artikel über Erich Kästners Dresdener Wohnorte beschrieben, längst nicht mehr so: Die Mauer, auf der der junge Erich Kästner als Bronzeskulptur sitzt, weist Besudelungen mit Farbe auf.

Noch schlimmer sieht das Kästner-Denkmal mit „Kaffeetasse und Whiskyglas“ aus. Obwohl es schon einen Standortwechsel und eine Säuberung erfahren hat, sind die Oberflächen der symbolischen Buchseiten so besprüht worden, dass man die Texte kaum noch lesen kann (siehe auch das aktuelle Foto unten).

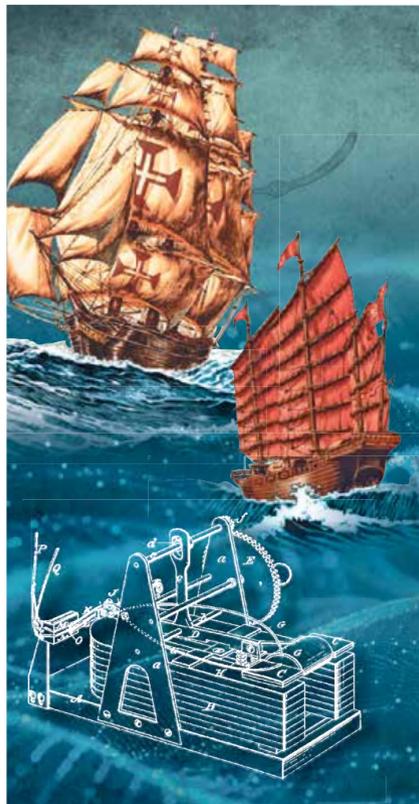
Besonders fatal macht sich das bei Kästners recht bekanntem „Moral“-Zitat: „Es gibt nichts Gutes, außer: Man tut es!“

Aber wer weiß, dass sich das Denkmal im grünlinken Teil Dresdens, in der Neustadt, befindet, der darf sich freilich über diese Narrentaten nicht wundern. Es passt allerdings auch zum immer mehr bildungsneutral werdenden Deutschland. *Manfred Kristen, Freital*



Besudeltes Kästner-Denkmal in Dresden

ANZEIGE



Weitere bahnbrechende Erfindungen – verboten, ignoriert, vergessen

Links sind zwei Schiffe zu sehen. Das erste – ein damals in Europa weitverbreitetes – ist ein schwerfälliges, kompliziert getakeltes Schiff, das viele Seeleute zum Manövrieren benötigt. Es wurde von Kaufleuten gebaut und weist eine überholte, schlecht ausgearbeitete Technik auf. Dennoch eroberten Europäer mit ihm Kontinente und kolonisierten Reiche. Das andere stammt aus dem alten China. Seine Segel ähneln den Flügeln von Vögeln. Es ist der König unter den Segelschiffen und wurde 2000 Jahre vor seinem europäischen Bruder erbaut. Es hätte die Welt erobern können, doch der damalige chinesische Kaiser verbot es ...

Die links abgebildete Maschine erzeugte weit mehr Energie, als sie für ihren Antrieb benötigte. Dieser Traum wurde im Jahr 1879 verwirklicht und dann vergessen ...

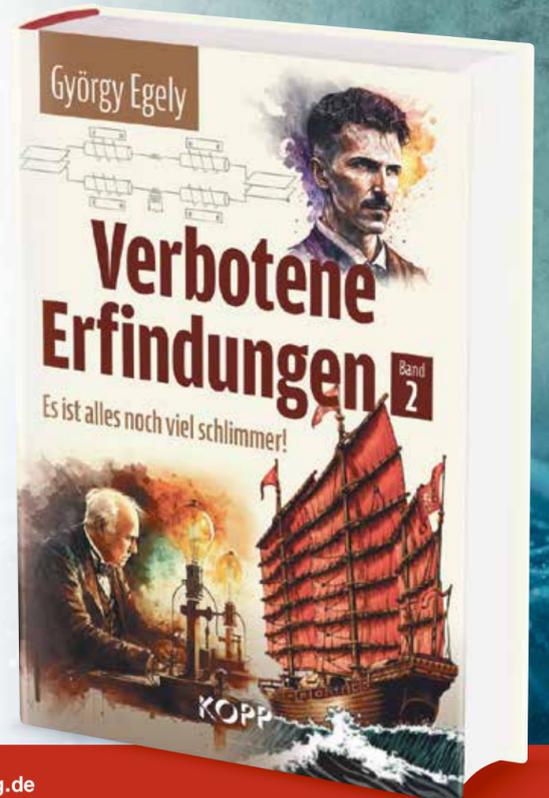
- Treibstofflose Energieerzeugung Tag und Nacht ...
- Antigravitation, Teleportation ...
 - Unbekannte

- Arten von elektromagnetischen Wellen ...
- Transmutation von Materie ...
- Erfindungen, die einst existierten, aber aus verschiedenen Gründen verloren gingen ...

Wir sind nicht mehr weit von der endgültigen Explosion der Energiepreise und der daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Krise entfernt. Diese selbstzerstörerische Lebensweise kann nicht mehr lange aufrechterhalten werden. Kann die Wiederentdeckung von »revolutionär alten« Erfindungen die Gefahr abwenden? Oder ist es schon zu spät?

Die mächtigsten und wohlhabendsten Reiche der Geschichte sind untergegangen, weil sie den technologischen Fortschritt ignoriert sowie die Dynamik bahnbrechender Entdeckungen und Erfindungen gebrochen haben. Die Geschichte scheint sich zu wiederholen ...

György Egely: Verbotene Erfindungen Band 2 – Es ist alles noch viel schlimmer!
gebunden • 447 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 990 970 • 22,99 €



BERUF

Einblick ins Dunkle der Meere

Wie eine Museumspädagogin den Besuchern des Stralsunder Ozeaneums ihre Begeisterung für die Meeresbewohner vermittelt

Das Ozeaneum, ein Standort der Stiftung Deutsches Meeresmuseum in Stralsund, ist eines von knapp 7000 Museen, die in der Datenbank des Instituts für Museumsforschung in Deutschland aufgelistet sind. Doch es zählt zu den privilegierten Einrichtungen, welche ihren Besuchern auch eine Museumspädagogik anbieten. Nadine Pankow ist in dem Haus, das im vergangenen Jahr von rund 594.000 Gästen besucht wurde und in dessen Aquarien unterschiedliche Meeresbewohner aus Nord- und Ostsee sowie dem Nordatlantik leben, als Museumspädagogin angestellt. Der PAZ erklärt die Pädagogin ihre vielfältigen Aufgaben.

Was eigentlich macht eine Museumspädagogin?

Am Deutschen Meeresmuseum dreht sich alles um die Weltmeere, und wir möchten unsere Gäste für die Meere und deren Schutz begeistern. Dazu arbeiten wir mit dem Ausstellungsteam zusammen, wenn eine neue Ausstellung entsteht, und wir lassen uns immer wieder neue Veranstaltungen im Museum einfallen. Dazu gehören Führungen und Arbeitsgruppen, so zum Beispiel für Schulklassen, Familien oder Menschen mit Behinderung.

Wie sieht das konkret aus?

Manchmal gibt es Taschenlampenführungen nach Museumsschließung. Wir organisieren Aktionstage für Ferienkinder oder eine Schatzsuche zum Kindergeburtstag. Für alle unsere Veranstaltungen haben wir auch ein Team an Honorarkräften, für die wir regelmäßig Weiterbildungen anbieten. Mehr und mehr erstellen wir auch digitale Formate wie unsere Kinderinternetseite www.kindermeer.de, Apps oder Führungen für den Audioguide. Viele denken, wir arbeiten nur für Kinder. Aber wir sind für alle Museumsgäste da, egal ob groß oder klein.



Spot an für die Meeresbewohner: Taschenlampenführung im Ozeaneum

Foto: Anke Neumeister/DMM

Welches war Ihr Lieblingsfach in der Schule, und hatte es schon mit Ihrem späteren Beruf zu tun?

Ein richtiges Lieblingsfach hatte ich gar nicht. Doch ich bin gern zur Schule gegangen. Lehrerin wollte ich aber nie werden, denn ich wollte kein Schulfach studieren. Als Museumspädagogin am Deutschen Meeresmuseum arbeite ich fächerübergreifend: Die meisten denken zuerst an Biologie oder Meeresbiologie. Doch neben Geographie, Physik, Chemie und Mathematik gehören auch Deutsch, Englisch, Französisch, Wirtschaft, Technik, Geschichte, Kunst, Musik oder Philosophie dazu. Heute unterrichten Schulen auch

immer mehr fächerübergreifend. Zu meiner Schulzeit war das noch anders.

Wie sieht ein typischer Tagesablauf aus?

Die meisten Museen öffnen erst am Vormittag ab 10 Uhr, doch wir beginnen schon morgens unsere Arbeit. Wir bereiten Veranstaltungen vor, die später während der Öffnungszeiten stattfinden. Dazu nutzen wir gern originale Objekte aus den Sammlungen des Museums. Wir verbringen aber auch mindestens die Hälfte unseres Arbeitstages im Büro am Computer, wenn wir Konzepte, Arbeitsblätter oder Präsentationen entwerfen. Hinzu

kommen Besprechungen im Team und mit unseren Partnern sowie Beratungen am Telefon, wenn Schulklassen eine Exkursion ins Museum unternehmen möchten oder wenn Eltern einen Kindergeburtstagsnachmittag im Museum buchen möchten. Am meisten Spaß macht es aber dann, wenn wir die Gäste begrüßen und die Veranstaltungen durchführen. Danach muss natürlich aufgeräumt werden.

Benötigt man für diesen Beruf besondere Fähigkeiten?

Egal ob Naturkunde-, Kunst-, Stadt- oder Technikmuseum: Museumspädagogik ist eine Arbeit mit und für Menschen. Man

sollte gern mit Menschen arbeiten, auch wenn es mal stressig ist. Man muss sich trauen, vor anderen Menschen zu sprechen. Überhaupt ist Sprache wichtig, wenn man anderen etwas vermitteln möchte.

Was macht Ihnen in Ihrem Beruf am meisten Spaß?

Ich selbst liebe das Meer und ich freue mich, wenn ich andere Menschen mit dieser Begeisterung anstecken und zum Staunen bringen kann. Neben den Fakten sind mir Emotionen beim Lernen wichtig, denn ich möchte Menschen auch für Meeresschutz und Klimaschutz motivieren. Besonders gern arbeite ich mit Schulklassen im Museum. Es ist schön zu sehen, wie Kinder und Jugendliche und sogar ihre Lehrkräfte die Abwechslung vom Schulalltag genießen und neue Ideen mit nach Hause nehmen. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist ein Geschenk.

Würden Sie Kinder ermutigen, diesen Beruf zu ergreifen?

Ja unbedingt, im Museum wird es nie langweilig. In der Museumspädagogik am Deutschen Meeresmuseum arbeiten Menschen mit verschiedenen Ausbildungen. Wir kommen aus der Pädagogik, Biologie, Geographie, Museologie, und wir haben abgeordnete Lehrerinnen aus der Schule und Jugendliche im Freiwilligen Ökologischen Jahr im Team. Zusammen fragen wir uns immer wieder, wie wir unsere Museumsgäste begeistern können, egal ob jung oder alt, Erstbesucher oder Wiederholungsgast. Es ist eine kreative Arbeit, die Freude macht.

Das Gespräch führte Silvia Friedrich.

● Ozeaneum, Hafenstraße 11, 18439 Stralsund, täglich geöffnet von 9.30 bis 17 Uhr, im Juli und August bis 19 Uhr. www.ozeaneum.de

RADIO

Am Mischpult von Thomas Gottschalk

Das Rundfunk-Museum in Cham präsentiert deutsche Technik, als sie noch weltweit den Markt beherrschte

Wie hört man heute Radio? Zunehmend digital – über Computer, Notebook oder Smartphone. Dabei ist es erst 130 bis 140 Jahre her, dass Töne, Worte oder Musik auf einem Medium gespeichert und diese von einem Ort zum anderen übertragen wurden. Dieser Geschichte widmet sich das im Herbst 2017 eröffnete Rundfunk-Museum im oberpfälzischen Cham.

Die Historie dieser Technik begann mit dem Wettstreit von Thomas Edisons Phonograph von 1877 und Emil Berliners Grammophon zehn Jahre später. Das Rennen machte das Grammophon, das mit den Schellack-Platten ein Medium abspielte, das leicht zu vervielfältigen war – im Gegensatz zur Walze beim Phonographen. Die Schellack-Platte wurde erst Mitte der 1950er Jahre von der Vinyl-Schallplatte abgelöst.

Bis dahin gab es aber viele weitere Entwicklungen in der Rundfunktechnik, die im Museum gezeigt und hörbar gemacht werden. Im Jahr 1880 liefen Versuche der Übertragung von elektrischen Funken. Bahnbrechend war die Technik von Guglielmo Marconi. Doch erst Robert von Liebens Vakuumröhre brachte den Durchbruch für gute Übertragungen von Sprache und Musik. Im Jahr 1923 startete der erste Rundfunksender seinen Betrieb,

in den 20er Jahren entstanden erste Geräte zum Rundfunkempfang. Aus dieser Zeit bietet das Museum den einen oder anderen D-Zug (Aneinanderreihung von Empfänger-Komponenten) ebenso wie ein Selbstbau-Röhrenradio von 1918. Bald tauchen Namen wie Telefunken oder Loewe auf, denn Dr. Siegmund Loewe entwickelte die Mehrfachröhre und trug so zur Verbilligung der Radiogeräte bei.

NS-Politiker erkannten die Möglichkeiten des Rundfunks – vor allem zur Propaganda – und förderten den Bau eines erschwinglichen Radiogeräts – den sogenannten Volksempfänger. Zivil- und Militärausführungen des Volksempfängers sind in einem den Jahren 1933 bis 1945 gewidmeten Raum zu sehen.

Mit der Stunde Null am 8. Mai 1945 lag in Deutschland auch die Rundfunkindus-

trie am Boden. Es war die Zeit der Kleinempfänger und kleinen Radiofirmen. Diese wurden aber bald von einem „Riesen“ verdrängt – Grundig. In der Übertragungstechnik setzte sich die Ultrakurzwellen (UKW) durch. Das Röhrenradio mit magischem Auge stand ab den 50er Jahren in jedem Haushalt. Und das Transistorkofferradio eroberte den Markt.

Lange Zeit ungelöst war die Aufzeichnung von Sprache – möglichst mit einer allgemein nutzbaren Technik. Hier kommt die magnetische Aufzeichnung ins Spiel. Anfang der 30er Jahre präsentierte Ludwig Blattner das Blattnerphon, ein Aufzeichnungsgerät mit einem Stahlband. Doch Telefunken lag 1935 mit seinem ersten Tonbandgerät richtig. Andere Techniken wie Drahtton oder das Tefifon-Schallband setzten sich nicht durch.

Mit dem Tonbandgerät sind wir bei den Mehrspurgeräten in Ton- und Rundfunkstudios. Das Mischpult, das Thomas Gottschalk in den 70er Jahren beim Bayerischen Rundfunk nutzte, ist ebenso zu sehen wie ein komplettes Studio aus der Zeit um 1980.

Markus Bauer



Umgeben von deutscher Technologie der 50er: Blick ins Rundfunk-Museum von Cham

WASSER

Kühles Nass am Kiekeberg

Beim südlich vor den Toren Hamburgs gelegenen Freilichtmuseum am Kiekeberg lohnt ein Besuch schon allein, weil es mit der Königsberger Straße eine einzigartige Rekonstruktion einer Siedlung der 50er und 60er Jahre bietet mit Unterkünften für Flüchtlingsfamilien aus dem Osten Deutschlands. Darüber hinaus wird dort vom 16. März bis 27. Oktober mit „Trüb und klar. Unser täglich Wasser“ eine Sonderausstellung geboten, bei der man die verschiedenen Funktionen von Wasser entdecken kann. Der Reigen reicht vom natürlichen Wasserkreislauf über die Trinkwasserversorgung und Hygiene bis hin zur Energieerzeugung durch das kühle Nass. Wurden einst noch Wassereimer vom Brunnen ins Haus getragen und über dem offenen Feuer erhitzt, drehen heute die Menschen bequem einen Wasserhahn auf. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts war Wasser scheinbar grenzenlos verfügbar. In den vergangenen Jahren haben Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Dürren zu Sorgen und einem stärkeren Bewusstsein beim Umgang mit Wasser geführt. Weitere Infos im Internet unter: www.kiekeberg-museum.de H. Tewes

● geöffnet in der Sudetenstraße 2a in Cham jeden Sonntag von 14 Uhr bis 17 Uhr www.chamer-rundfunkmuseum.de

● FÜR SIE GELESEN

Nachts im Museum

In der Londoner Tate-Gallery, mit der das zeitgenössische Kunstbuch für Kinder entstanden ist, lebt tatsächlich eine Katze namens Matilda. Der Autor und Illustrator Jono Ganz zeigt in seinem illustrierten Buch Kunst aus der Perspektive einer Katze, die sich Fragen stellt danach, was Kunst ist, was ein Kunstwerk zu einem solchen macht, welche Gefühle Kunstwerke auslösen können und ob jeder ein Künstler sein kann. Ganz zeigt dabei Ausstellungstücke auf seine ganz eigene Weise, darunter Werke von Edvard Munch und Andy Warhol. CRS



Jono Ganz: „Matilda. Die Museumskatze“, Midas Verlag, Zürich 2023, gebunden, 32 Seiten, 15 Euro

Philosophie als Graphic Novel

„Sofies Welt“ ist ein Roman des norwegischen Autors Jostein Gaarder, der Sofie einmal quer durch die Geschichte der Philosophie schickt. Die Spannung wird dadurch erhöht, dass sie offenbar nur eine fiktive Figur in einem Roman ist, aus dem sie zu fliehen versucht. Weltweit verkaufte sich das Buch in 65 Sprachen über 40 Millionen Mal. Vincent Zabus und Nicoby haben diese Einführung in die Philosophie als Graphic Novel mit vielen Bildern und reduziertem Text neu erschaffen. Die Dialoge, die deutlich weniger Zeichen benötigen als der Romantext, bringen die philosophischen Strömungen auf den Punkt, und oft sagt ein Bild mehr als tausend Worte. Nach dem ersten Band „Sofies Welt oder die Geschichte der Philosophie von den Anfängen“, 2022 erschienen, folgte 2023 der zweite Band. CRS



Vincent Zabus, Nicoby, Philippe Ory: „Sofies Welt ... Bis heute“, Carl Hanser Verlag, München 2023, gebunden, 264 Seiten, 25 Euro

Über die Zeit philosophieren

Das Kinderbuch für Kinder ab fünf Jahren thematisiert das Phänomen Zeit, manchmal rauscht sie nur so an einem vorbei, manchmal will sie gar nicht vergehen. Dieses mit vielen Alltagssituationen schön illustrierte Buch ist eine Einladung, gemeinsam mit Kindern über die Zeit nachzudenken; wofür nehme ich mir Zeit, woran erkennt man, dass Zeit vergangen ist, was bleibt und was nicht? CRS



Antje Bones, Nele Palmtag: „Hast Du Zeit?“, Carl Hanser Verlag, München 2024, gebunden, 24 Seiten, 15 Euro

RATGEBER DER WOCHE



FOTO: SHUTTERSTOCK

Aufenthalte an der frischen Luft

machen gesund und glücklich. Welchen Einfluss das Zusammenspiel von Seele, Nerven und Immunsystem auf unsere Gesundheit hat, erklärt Christina Berndt in „Die Rundum Gesund Formel“

Besser leben, wenn man Zusammenhänge versteht. Dazu möchte die Psychoneuroimmunologin Christina Berndt mit der „Rundum Gesund Formel“ beitragen. Ausführlich erklärt sie Wissenswertes über das Immun-

system und räumt Missverständnisse aus dem Weg. Erst im letzten Teil gibt sie praktische Tipps für ein gesundes Leben, die jedoch den meisten bereits bekannt sein dürften, da sie zum Allgemeinwissen gehören. MRK

Christina Berndt: „Die Rundum Gesund Formel. Das Zusammenspiel von Psyche, Nerven und Immunsystem gezielt stärken“, dtv, München 2023, Klappenbroschur, 253 Seiten, 18 Euro

GESELLSCHAFTSKRITIK

Aufdeckung eines verschwiegenen Problems

Der Journalist Arne Hoffmann beschäftigt sich mit dem Tabuthema sexuelle Gewalt gegen Männer

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wenn es um sexuelle Belästigung oder Gewalt geht, sind Männer stets die Täter und Frauen die Opfer. Wer etwas anderes behauptet, wird schnell in die rechte Ecke gedrängt oder als „aggressiver Antifeminist“ verleumdet. Das bekam auch der Journalist, Buchautor und Männerrechtsaktivist Arne Hoffmann zu spüren. Dieser setzt sich seit über 20 Jahren in ungezählten Veröffentlichungen dafür ein, den Sexismus gegenüber Frauen wie auch Männern zu bekämpfen und nicht allein nur das weibliche Geschlecht als Opfer von Diskriminierung oder körperlichen Übergriffen zu betrachten. Zu den brisantesten diesbezüglichen Werken des 54-Jährigen gehört das nun erschienene Buch „Sexuelle Gewalt gegen Männer. Was wir darüber wissen und warum wir dazu schweigen“.

Es besteht aus vier Teilen, in denen jeweils verschiedene Facetten der Thematik angesprochen werden, an die sich bislang kein anderer Autor hierzulande mit derartiger Vehemenz und Sachkunde herangewagt hat: Zu Beginn stehen die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum sexuellen Missbrauch von Männern im Vordergrund, dann geht es um das Komplettversagen der etablierten Medien in Bezug auf Berichte über männliche Opfer. Dem folgt eine Analyse der Gründe für die Ignoranz gegenüber gequälten Männern, wonach Hoffmann abschließend Betroffene und Therapeuten zu Wort kommen lässt und auch mögliche Wege der Aufarbeitung oder Bewältigung aufzeigt.

Jeder dieser vier Teile bietet Informationen, die nachgerade erschütternd sind und eigentlich einen kollektiven Aufschrei auslösen müssten. Aber der unter-

bleibt, weil unsere Gesellschaft inzwischen derart moralisch verwahrlost ist, dass feministische Aktivistinnen Männer ungestraft als „Müll“ oder „nutzlose biologische Katastrophe“ bezeichnen und sich über deren Leiden amüsieren dürfen. Was dem Feminismus natürlich viel an Legitimation raubt ...

Unsere „Qualitätsmedien“ und missionarischen Gutmenschen in Politik, Medien und „Zivilgesellschaft“, die sich gerne um tatsächliche oder vermeintliche Menschenrechtsverletzungen in aller Welt kümmern, kehren unter anderem folgende, wissenschaftlich gesicherte Fakten unter den Tisch:

In den westlichen Industrieländern wird im Durchschnitt jeder vierte Mann im Laufe seines Lebens Opfer von sexueller Gewalt, die auch keineswegs nur von anderen Männern ausgeht. Vielmehr sind in vier von fünf Fällen Frauen die Täter. Zwei von drei männlichen Opfern verweisen dabei auf die eigene Mutter. Eine Bestätigung erfahren diese Aussagen nicht zuletzt durch kinderpornographische Aufnahmen, bei denen neben Körperteilen von tatbeteiligten Männern auffällig oft Frauenhände zu sehen sind, wie die Ermittler immer wieder feststellen müssen.

Männer genauso von Gewalt betroffen wie Frauen

Desgleichen entspricht es nicht den Tatsachen, dass nur Frauen Opfer von schwerer sexueller Gewalt in Kriegs- oder Bürgerkriegssituationen werden. Vielmehr sind Männer fast in gleichem Umfang betroffen.

Noch schlimmer ist die Situation in Haftanstalten. Laut einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen aus dem Jahre 2012 liegen die „Chancen“ eines männlichen Häftlings, im deutschen Jugendstrafvollzug

innerhalb von 30 Tagen vergewaltigt zu werden, bei rund sieben Prozent. Die Reaktion des damaligen niedersächsischen Justizministers Bernd Busemann (CDU) auf diese Enthüllung beschränkte sich auf die Aussage, das könne er „gut akzeptieren“ – ein Gefängnis sei nun einmal kein Mädchenpensionat.

Gleichstand besteht darüber hinaus, was die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder im Alltag betrifft: Hierüber berichten etwa zwei Drittel aller Männer und Frauen, wobei das nicht nur für die Opfer, sondern auch für die Täter gilt. So sagten 66 Prozent der teilnehmenden Frauen bei einer anonymen Befragung in der Schweiz, sie hätten schon einmal eine Person des anderen Geschlechts sexuell belästigt, während es bei den Männern 71 Prozent waren.

Presse verspottet oft die Opfer

Diese Zahlen korrespondieren mit Erkenntnissen über das Ausmaß häuslicher Gewalt von Frauen gegenüber Männern: Selbst das Robert-Koch-Institut musste zugeben, dass Frauen „häufiger als Männer“ Gewalt gegen ihren Partner oder sonstige Familienmitglieder ausüben.

All dies wird von den meisten Medien ignoriert. Ja, mehr noch: Oftmals hat die Presse nichts Dümmeres zu tun, als die Vergewaltigung oder den sexuellen Missbrauch von männlichen Personen ins Lächerliche zu ziehen. Dafür stehen Schlagzeilen wie „Mathelehrerin verführt Schüler (15)“. Sie brachte ihm das Sexmalsex bei“. Hinzu kommt die Stigmatisierung der Fürsprecher der Opfer als „Frauenhasser“, „Pseudo-Intellektuelle“ und „Mutterstöhnchen“ oder gar als psychisch Kranke beziehungsweise potentielle Terroristen.

Das Ganze resultiert laut Hoffmann aus einer Reihe von Gründen. Dazu gehören zählbare Geschlechterklischees

aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts mit einer Idealisierung der Frauen, denen man einfach nichts Böses zutraut, die wirkmächtige Politisierung des Feindbildes Mann, welche oftmals jegliche Empathie zugunsten von Männern verhindert, die Mär vom „fortbestehenden Patriarchat“, das Frauen unterdrücke, sowie auch fehlende oder ungenügende gesetzliche Regelungen zum Schutz der Ehre und körperlichen Unversehrtheit von Männern auf dem Gebiet der Sexualität.

Angesichts all dessen kann es nicht verwundern, dass der Schlussteil von Hoffmanns Buch eine gewisse Hilflosigkeit ausstrahlt, wenn er versucht, die Frage zu beantworten „Was ist zu tun?“ Denn die Situation ist mittlerweile zu verfahren, weswegen Verbesserungen tiefgreifende strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft erfordern würden. Doch genau die sind angesichts der derzeitigen politischen Konstellationen zumindest hierzulande nicht zu erwarten. Dabei bräuchte es einen radikalen kulturellen Wandel – und zwar ganz bestimmt nicht zugunsten jener Hetzerinnen, die Männer als „schlecht, böse, unnützlich und überflüssig“ bezeichnen und deren „schmerzlose Vergasung“ empfehlen, wie die feministische Kultautorin Valerie Solanas in ihrem breit rezipierten „Manifest der Gesellschaft zur Vernichtung der Männer“.

Arne Hoffmann: „Sexuelle Gewalt gegen Männer. Was wir darüber wissen und warum wir dazu schweigen“, Independently published über Amazon Italia Logistica, Torra Piemonte 2023, 401 Seiten, broschiert, 13,90 Euro



ALLENSTEIN

Alter Mord neu aufgedeckt

Veranstaltung und Ausstellung im Museum der Moderne zu einem Verbrechen aus Leidenschaft

VON UWE HAHNKAMP

Am Valentinstag geht es um positive Gefühle. Am Tag danach, dem 15. Februar, standen im Museum der Moderne des Städtischen Kulturzentrums in Allenstein die negativen Auswirkungen der Leidenschaft im Mittelpunkt. Im Saal des früheren Trolleybusdepots präsentierte Rafał Bętkowski vom Museum seine Forschungen zum Mord an einem preußischen Offizier an Weihnachten 1907 und präsentierte Zeitungsausschnitte und Ansichtskarten von damals.

Im Vergleich zu Überschriften aus dem 20. Jahrhundert wie „Allenstein-Affäre“ und „Der Weibsteufel von Allenstein“ klingt der Titel des Vortrags von Bętkowski zwar recht harmlos, wechselt aber „Mit ‚Exponat der Gefühle. Zwei Männer, eine Frau, Liebe und Blut‘ – vor allem mit dem Blut – habe ich mehr Interessierte angelockt als gedacht, geben Sie es ruhig zu“, eröffnete er an das Publikum gewandt den Abend. Das verlegene Schmunzeln der über 160 Zuhörer und diese hohe Zahl als solche gaben ihm recht.

Außer der Unterhaltung seiner Gäste hatte Bętkowski noch ein weiteres Ziel. „Ich wollte mit meinem Quellenstudium mit falschen Informationen zu Namen, Ort oder Daten aufräumen, die durch Reiseführer, Zeitungen und das Internet geistern“, stellte der Regionalhistoriker klar. Das Publikum folgte ihm und dem für den Mord zuständigen Polizeikommissar Wannowski aus Berlin durch den bereits 1907 blühenden Dschungel aus Verdächtigungen, Verleumdungen und darunter verborgenen Fakten.

Das Opfer ist der Stabschef des 10. Dragonerregiments Major Franz August von Schoenebeck, der 1908 die Führung des Regiments übernehmen sollte, ein katholischer Offizier im protestantischen Preußen. Beim zweiten Mann und Mordverdächtigen handelt es sich um den Chef der 3. Abteilung des 73. Regiments der Feldartillerie, Hugo von Goeben, der



Im Museum der Moderne: Besucher betrachten zusätzliche Exponate, wie die Tatwaffe (r.)

Fotos: U.H.

Anfang des Jahrhunderts in Südafrika im Burenkrieg und später auf dem Balkan gekämpft hatte. Die Frau beim Ereignis ist Antoinette von Schoenebeck (siehe auch PAZ Nr. 6 vom 9. Februar), Franz Augusts Ehefrau, Tochter eines Abgeordneten des deutschen Reichstags und Enkelin eines österreichischen Ministers, die 17 Jahre jünger ist als ihr Mann. Anlass genug für die damalige Sensationspresse, ihre Stifte zu schärfen.

Die Wahrheit suchen

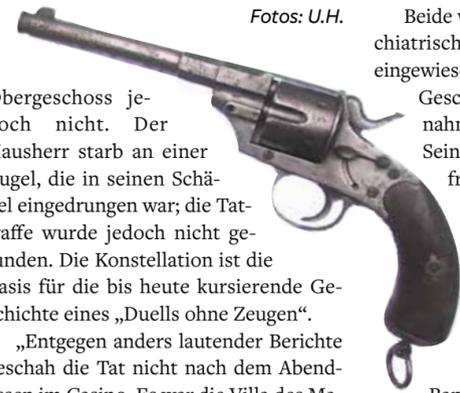
Kommissar Wannowski traf, so Bętkowski, am 29. Dezember 1907 in Allenstein ein, dem Tag, an dem Schoenebeck beerdigt wurde. Ein Brief von Kapitän Goeben wur-

de abgefangen, Wohnungen durchsucht und von Goeben wegen des Mordverdachts verhaftet. Am 30. Dezember folgte ein Lokaltermin, am 31. Dezember wurde auch Antoinette von Schoenebeck festgenommen. Ihr wurde Anstiftung und Beihilfe zum Mord vorgeworfen.

Geschehen war der Mord in den frühen Morgenstunden des 26. Dezember. Die Leiche von Major von Schoenebeck fand ein Bursche an der Schwelle zu seinem Zimmer, als er morgens Feuer machen wollte. Bei Schoenebeck wurde ein Dienstrevolver gefunden, daher wurde ein Eindringen durch ein schlecht gesichertes Seitenfenster vermutet, das er bemerkt hatte, der Rest der Familie im

Obergeschoss jedoch nicht. Der Hausherr starb an einer Kugel, die in seinen Schädel eingedrungen war; die Tatwaffe wurde jedoch nicht gefunden. Die Konstellation ist die Basis für die bis heute kursierende Geschichte eines „Duells ohne Zeugen“.

„Entgegen anders lautender Berichte geschah die Tat nicht nach dem Abendessen im Casino. Es war die Villa des Majors“, so Bętkowski. Bereits um 1800 gab es hinter der Burg auf der anderen Seite der Alle das Haus eines Justizamtmanns. Dort entstand später die Villa Schoenebeck mit Garten und Park. Nach dem



Mord war die im ganzen Deutschen Reich als solche bekannte „Mordvilla“ günstig zu erwerben. Ernst Harich, der Herausgeber der „Allensteiner Zeitung“, kaufte sie und ließ sie umbauen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie lange Zeit Offiziersclub der polnischen Armee. Es bürgerte sich der Name „Casablanca“ ein, das inzwischen hervorragend restaurierte Gebäude ist Sitz des Restaurants gleichen Namens.

Der Tatort im Laufe der Zeit

Die Ermittlungen von Kommissar Wannowski ergaben, dass bei der Tat viele Emotionen im Spiel waren. Der leidenschaftliche Jäger Schoenebeck vernachlässigte seine junge Frau, die Eheleute waren entfremdet, eine Scheidung aber nicht in Frage. Die lebenslustige Antoinette suchte sich Liebhaften und traf dann auf Goeben, der sich in sie verliebte. „Wer jetzt Sex and Crime erwartet, wird enttäuscht. Laut Gutachten des Psychiaters hatte von Goeben seit seiner Versetzung nach Allenstein 1906 mit keiner Frau geschlafen. Die Beziehung zu Antoinette wird eher als sadomasochistisch mit ihr als Herrin bezeichnet“, zitierte Bętkowski aus der kriminalistischen Literatur zu dem Fall.

Beide wurden im Januar 1908 ins psychiatrische Landeskrankenhaus Kortau eingewiesen. Goeben schilderte offen die Geschehnisse aus seiner Sicht und nahm sich am 2. März das Leben. Sein Zeugnis wurde jedoch wegen früherer falscher Aussagen zu seiner Karriere von den Verteidigern von Antoinette von Schoenebeck als unzuverlässig gewertet, der Prozess von 1910 gegen sie nach einem Selbstmordversuch eingestellt. Sie heiratete später einen Bankier mit Namen Weber und starb 1931 in Rapallo. Mit ihr endete die verworrene Dreiecksgeschichte, die bis heute fleißig Blüten treibt, die Bętkowski für seine Zuhörer akribisch durchforstet und entwirrt hat.

HELENE VOIGT

Roman- und Kinderbuchautorin mit schlesischen Wurzeln

Von 1892 bis 1923 lebte und arbeitete die vor 100 Jahren als Adelige Geborene mit ihrem bürgerlichen Ehemann in Tapiau

In Görlitz lebten in der jüngeren Geschichte zahlreiche Schriftsteller, die in der Stadt geboren wurden oder längere Zeit dort wirkten, darunter auch Helene Voigt, die aus einem Adelsgeschlecht stammte und als Schriftstellerin Novellen, Romane, Sagen und Kinderbücher verfasste. Sie erreichte mit ihrer Prosa in Görlitz sowie Tapiau in Ostpreußen überregionale Nachwirkung, sodass sie in zahlreichen Literatur-Lexika bis zum Ende des 20. Jahrhunderts gewürdigt wurde.

Voigt wurde am 21. August 1857 als Helene Louise Julie von Ziegler und Klipphausen in Bischdorf geboren. Ihr Geburtsort liegt in Oberschlesien etwa acht Kilometer nordöstlich von Rosenberg. Die Mutter war eine geborene Gräfin Louise von Pückler-Limpurg. Die Adelsfamilie Pückler ist seit dem frühen 13. Jahrhundert nachgewiesen. Sie trat mit dem Kauf von Blumenthal im Fürstentum Neiß 1365 erstmals besitzmäßig hervor und teilte sich 1690 in eine ältere fränkische und eine jüngere schlesische Linie.

Der schlesische Zweig erwarb 1784 durch Heirat die Standesherrschaft Mus-

kau und hatte in Fürst Hermann von Pückler-Muskau, dem berühmten Landschaftsarchitekten, Orientreisenden und Schriftsteller, ihren international bekanntesten Vertreter. Damit war die Schriftstellerin Helene Voigt über ihre Mutter mit dem berühmten Landschaftskünstler ver-

wandt. Ihr Vater gehörte zur Adelsfamilie von Ziegler und Klipphausen, die ihren ersten bekannten Vertreter mit Winandus Ziegler hatte, der im Februar 1324 in einer Dresdner Urkunde als Ratsherr und Schöppe genannt wurde. Dessen Nachfahren erlangten das Münzmeisteramt zu

Freiberg, kamen durch Geldverleih zu Reichtum und gehörten im 15. Jahrhundert zum Adel in der Markgrafschaft von Meißen. Ein Familienmitglied ließ sich als Stiftshauptmann von Wurzen auf seinem Besitz Klein-Röhrsdorf ein spätgotisches Schloss erbauen, das er Klipphausen nannte. Seine Nachkommen führten fortan den Namen von Ziegler und Klipphausen und teilten sich ebenfalls in mehrere Zweige. Der preußisch-schlesische Zweig breitete sich mit Besitz bei Oppeln aus, wo der Vater als königlich-preussischer Oberförster fungierte und Tochter Helene aufwuchs. Dann wurde Helene zu Verwandten in Görlitz gegeben.

Wirkungsorte Görlitz und Tapiau

Es begannen für sie prägende Jahre. Voigt erlangte eine umfangreiche Bildung, entwickelte eine besondere Neigung zur Literatur und trat ab 1886 mit eigener Prosa an die Öffentlichkeit. Hier lernte sie den preußischen Rittmeister Paul Voigt kennen. Der Offizier hatte zwar keine adelige Herkunft, tolerierte aber ihre literarischen Interessen und konnte Helene für sich gewinnen.

Nach der Heirat des Paares 1892 wechselte die Familie Voigt nach Tapiau in Ostpreußen. Paul Voigt leitete dort die „Ostpreussische Provinzial-Besserungs- und Landarmenanstalt“. Das war eine bescheidene Stellung mit einem bescheidenen Einkommen. Dazu kamen die Honorare, die Helene Voigt mit ihrer Schriftstellerei beisteuerte.

Aus der schlesischen Autorin war eine ostpreussische Autorin geworden. Sie verwendete außer ihrem Geburtsnamen als Autorin mit Bezug zu ihrer Mutter die Pseudonyme Hella und Francesca von Limpurg. Das Ehepaar Voigt verkehrte mit einigen bildungsinteressierten Vertretern der Stadt und Region. Beide überlebten die Aufregungen am Anfang des Ersten Weltkrieges an der russischen Grenze. Paul Voigt starb 1923. Die Witwe hielt nichts mehr in Tapiau. Sie kehrte zurück nach Görlitz, wo ihre verwitwete Schwester Victoria Tschoertner lebte. An deren Seite verbrachte sie noch ein Jahr, ehe sie am 11. März 1924 in der Neißestadt verstarb, in der sie inzwischen eine Unbekannte ist. *Martin Stolzenau*



Ostpreussische Provinzial-Besserungs- und Landarmenanstalt: Burg Tapiau

FOTOBILDARCHIV OSTPREUSSEN

● AUFGESCHNAPPT

Für den Weltfrauentag hatte sich der Frauenrat des Verdi-Bezirks Oberfranken etwas Besonderes ausgedacht: Am 8. März konnten Besucher in Nürnberg durch eine riesige künstliche Vulva einen „Ninja-Parcours“ betreten, wo sie ihrem Abscheu gegen Männer freien Lauf lassen sollten. In einem Bericht des BR-Fernsehens sieht man Frauen auf große Gummi-Penisse eindreschen und dabei Botschaften kreischen wie „Und für Söder! Und für die AfD!“, gegen als Männer verkleidete Boxsäcke schlagen oder einfach Parolen auf Pappe schmieren. Man sieht eine Frau die Losung kritzeln: „Alte weiße Männer STINKEN!“ Die „Frankfurter Allgemeine“ greift die Losung auf und fragt, wie wohl die Reaktionen ausfielen, wenn es solche Freiräume auch für Parolen wie „Schwarze Frauen STINKEN“ gäbe. Ob der Bayerische Rundfunk davon auch so begeistert berichtete? Natürlich nicht. Doch die Erfahrung lehrt leider: Wo die Grenzen von Geschmack und Respekt erst einmal abgeräumt sind, wird vieles möglich. Ob die Verdi-Frauen das bedacht haben? H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Willi Haentjes wundert sich auf „Nius.de“ (5. März) über die Teilnahmslosigkeit, mit der das Versagen staatlicher Stellen in der deutschen Öffentlichkeit quittiert wird:

„Egal, ob Abhör-Blamage oder die RAF-Rentner: So richtig stören tut sich niemand mehr, wir haben uns an das staatliche Versagen in höchsten Sphären gewöhnt. Oder vernehmen Sie öffentlich irgendwo den lauten Ruf nach einer Debatte, die über das standardisierte ‚Wir werden das jetzt in Ruhe aufarbeiten ...‘ hinausgeht? Nein? Ich auch nicht.“

Jan Fleischhauer entlarvt im „Focus“ (8. März) den „politisch engagierten Künstler“ als naives, maximal opportunistisches Rudelwesen:

„Was macht den politischen Künstler? Dass er klatscht, sobald andere auch klatschen. Kaum irgendwo ist das Anlehnungsbedürfnis kurioserweise so groß wie bei den sogenannten Kulturschaffenden, die sich auf ihre Aufsässigkeit und Widerständigkeit so viel einbilden.“

Kanzler Scholz hat in einer mit arabischen und türkischen Untertiteln versehenen TV-Ansprache die Unwahrheit wiederholt, auf einem Treffen in Potsdam vergangenen November seien „Deportationspläne“ geschmie-det worden. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (12. März) verurteilt Alexander Kissler dies:

„Warum aber verharrt der Kanzler in der Schar der Faktenbieger und warnt vor Deportationsplänen? ... Scholz erzeugt unter den eigens muttersprachlich adressierten Muslimen Ängste. Kann man es ihnen verübeln, wenn sie des Kanzlers raunende Warnung für bare Münze nehmen und sich akut von Ausweisung bedroht sehen? In der Politik gibt es einen Begriff für Menschen, die Tatsachen verdrehen, um Ängste zu erzeugen. Man nennt sie Populisten. Olaf Scholz droht ein solcher zu werden.“

Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) gibt zu, dass bei Corona „Fehler“ gemacht worden seien. So einfach will ihn Tim Röhn von der „Welt“ (10. März) nicht davonkommen lassen:

„Dieses Gerede, dieser Trick, rechtzeitig vor den anstehenden Wahlen ein bisschen Reue zu zeigen, geht an der Sache vorbei. Das, was in der Corona-Zeit in Deutschland geschehen ist, war nicht einfach ein ‚Fehler‘, der irgendwie passiert ist – es war bewusste Täuschung. Es wurde gelogen, und die Leute wurden für dumm verkauft. Das Land hat nachhaltigen Schaden genommen, die Gesellschaft wurde gespalten, das Vertrauen in Wissenschaft und Politik erschüttert.“

● WORT DER WOCHE

„Die Meinungsfreiheit wird stärker eingeschränkt, und das erstickt so ganz allmählich die Demokratie. Und das ist gefährlich.“

Volker Boehme-Nefler, Jura-Dozent an der Uni Oldenburg, in der ZDF-Sendung „Berlin direkt“ am 10. März zu den vielen Vorhaben, mit denen die Ampel angeblich die Demokratie schützen will

DER WOCHENRÜCKBLICK

Happy Ramadan!

Wie deutsche Gutmenschen mit muslimischem Brauchtum ihre Selbstverleugnung vorantreiben

VON REINHARD MOHR

Frankfurt am Main, Geburtsort von Goethe und Börne, die 1230 Jahre alte freie Reichsstadt, in der über Jahrhunderte deutsche Kaiser gewählt und gekrönt wurden, ist durchaus stolz auf ihre Vergangenheit im Zentrum des christlichen Abendlandes. Doch sie beweist immer wieder auch Sinn für Humor. Seit Anfang der Woche prangt eine 75.000 Euro teure Illumination zur Begrüßung des islamischen Fastenmonats Ramadan am Eingang einer prominenten Fußgängerzone der Innenstadt, die seit Menschengedenken den Namen „Fressgass“ trägt, vollgestopft mit Edelmetzgereien, Cafés, Restaurants und Luxus-Imbissen. Seit ein paar Jahren stehen allerdings Betonpoller auf den Wegen, um islamistische Attentate mit großen, womöglich sprengstoffbeladenen Fahrzeugen zu verhindern, was nicht direkt zur Atmosphäre friedlicher Weltoffenheit passt.

Doch warum wird eine einzige unter Dutzenden Religionen der Stadt, in der Menschen aus 150 Ländern leben, derart bevorzugt? Die grüne Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg erklärt es so: In Zeiten von Krisen und Kriegen sei die Beleuchtung „ein Zeichen der Hoffnung für alle Menschen“, die „den Zusammenhalt unserer diversen Stadtgesellschaft“ stärke. Also noch ein Zeichen in unserer an Zeichen überreichen Ampel-Republik, und das in einer Stadt, in der bereits 56 Prozent der gut 775.000 Einwohner einen sogenannten Migrationshintergrund haben.

Unabhängig davon, dass solche „Zeichen“ dann auch den Bahai und den Hindus, Jesiden und Anhängern asiatischer und animistischer Glaubensrichtungen zukommen müssten: Wie funktioniert das denn eigentlich genau mit dem „Zusammenhalt“, wenn die Muslime in ihrem Glauben so offensichtlich, gleichsam offiziell bestätigt und bestärkt werden, dass sie gar keinen Grund haben, sich über „Ungläubige“, also Angehörige aller anderen Religionen oder gar säkulare Atheisten ein paar ernsthafte, gar von Toleranz geleitete Gedanken zu machen? Merkwürdig auch, dass der Ramadan mitten im Frankfurter Bankenviertel gefeiert wird, wo der Schampus fließt, und nicht etwa in der Münchner Straße im Bahnhofsviertel, wo es gleich drei Moscheen gibt und der Anteil der Muslime an die 90-Prozent-Marke heranreichen dürfte.

Aber klar: Mit der phrasenhaften Werbung für „Buntheit“ und „Toleranz“ kann

man dort, zwischen unzähligen Barber-Shops und Kebap-Buden, keinen gutmenschlichen Blumentopf gewinnen. Dort schaut man weder „Caren Miosga“ noch „Maybrit Illner“, und auch die berüchtigten Reden von Bundespräsident Steinmeier zur „Woche der Brüderlichkeit“ braucht hier niemand. Man lebt in einer eigenen Welt, die Züge einer Parallelgesellschaft trägt – wie an vielen anderen Orten der Republik, wo der Koran wichtiger ist als das Grundgesetz und der Imam die Leitkultur formuliert, nicht Friedrich Merz.

So zeigt sich, dass „Happy Ramadan!“ in der Fressgass vor allem eine politische Werbebotschaft an die autochthonen Bevölkerungsteile ist, an die Indigenen, also jene verbliebenen Eingeborenen, die noch mit dem „Blauen Bock“ und Heinz Schenk aufgewachsen sind, mit „Badesalz“ („Ei Guude wie!“) hessisch babbeln, ihren Ebbelwoi im „Gemalten Haus“ trinken und mit Eintracht Frankfurt auch 125 Jahre nach der Vereinsgründung durch dick und dünn gehen. Motto: Seht her, wie offen und tolerant wir sind, wie gut und menschenfreundlich! Soll alle Welt sich an uns ein Beispiel nehmen!

Toleranz ohne jede Substanz

Wie so oft ist es ein idealtypischer Adressat der gut gemeinten Aktion, ein gebürtiger Araber, Muslim und Ex-Islamist, der die gute Laune der Wohlmeinenden und Selbstgerechten verdirbt, die in Köln schon den freitäglichen Ruf des Muezzin durchgesetzt haben: „Weder der laute Gebetsruf noch die Ramadan-Beleuchtung werden die Integration und die Toleranz in Deutschland fördern, sondern den Triumphalismus und den Chauvinismus der Islamisten“, resümierte Hamed Abdel-Samad in der „NZZ“, der nach seinen Islam-kritischen Büchern seit Jahren rund um die Uhr von Personenschützern begleitet werden muss.

Man könnte hinzufügen, dass der „Happy Ramadan“ weder etwas an der einschlägigen homophoben und frauenfeindlichen Macho-Kultur ändern wird noch an dem tief sitzenden Antisemitismus und Israelhass, der sich seit dem bestialischen Pogrom der Hamas am 7. Oktober 2023 auf Deutschlands Straßen ausstößt. In Essen riefen Hunderte „Der Sieg Allahs ist nah!“

Auch Scharia-Freunde und bärtige Friedensrichter einer islamischen Paralleljustiz, die offene Ablehnung von Demokratie und Rechtsstaat, dafür Sympathien für den Hamas-Fan Erdogan werden dadurch kein biss-

—
All das hat etwas Scheinheilig- Opportunistisches, Konfliktscheues, ja Unterwürfiges, Zwergenhaftes, freilich ins luftige Gewand der Toleranz gehüllt, die am Ende für nichts mehr steht



Alle Beiträge von Reinhard Mohr finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

chen weniger problematisch, vom islamistischen Terror und der steigenden, milieubedingten Gewalt- und Clankriminalität zu schweigen. Von den Angriffen auf christliche Kirchen in der arabischen Welt ist auch in protestantischen und katholischen Kreisen kaum die Rede, weil es diskriminierungsunsensible „islamophobe“ Ressentiments schüren könnte. Um jede Provokation zu vermeiden, werden in einigen kirchlichen Kitas weder Weihnachtsbäume aufgestellt noch Weihnachtsgeschenke gebastelt. Dafür gibt es multikulturelle „Wintermärkte“, die keine religiösen Irritationen auslösen und niemanden „ausgrenzen“. Ex-Bundespräsident Wulff schlägt vor, inklusiv „auch einmal ein muslimisches Lied zu singen“. Berliner Polizisten sollen zur Fußball-EM aber bitte keine Deutschlandfahnen mitführen. Denn das wäre ausgrenzend.

Derweil hält die Einwanderung von Muslimen aus Afghanistan, Syrien, dem Irak und vielen anderen islamischen Ländern an, die für sich schon dafür sorgt, dass die Rede von der „Integration“ immer mehr zur reinen Schimäre wird, zum Placebo für eine verfehlte Politik. Doch die Mischung aus Moralismus, Realitätsverleugnung und Weltfremdheit im Verein mit einer heiß laufenden Phrasenproduktion Marke Olaf Scholz führt dazu, dass sich eine zweite Parallelwelt auftut – der Illusionismus einer bunten Straßenfest-Gesellschaft, in der alle willkommen geheißt werden, niemand zurückgelassen wird und kein Platz ist für Rassismus, Faschismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und alle anderen Übel dieser Welt.

All das hat etwas Scheinheilig-Opportunistisches, Konfliktscheues, ja, Unterwürfiges, Zwergenhaftes, freilich ins luftige Gewand der Toleranz gehüllt, die am Ende für nichts mehr steht – eine leere Hülle.

Wo aber bleibt das Eigene, das Selbstbewusstsein der Republik, der Stolz auf fast 80 Jahre demokratischer Entwicklung, auf die lebendige Leitkultur von europäischer Aufklärung und Grundgesetz, auf all die Möglichkeiten und Freiheiten, die in jenen Ländern gar nicht existieren, aus denen Hunderttausende Muslime unablässig zu uns strömen?

Auf der Fressgass würde wohl die Mehrheit an den alltäglichen Stehtischen mit Rindswurst und Kartoffelsalat die klassische Antwort der existenzialistischen Frankfurter Lebensphilosophie geben, natürlich in überlieferter Mundart: „Mer steckt ned drin, mer waases ned!“

Na dann: Happy Ramadan!